



# Plenarprotokoll

## 68. Sitzung

Donnerstag, 11. September 2014

### Gemeinsame Beratung

**a) Entwicklung der Zuwanderung, der Einreise von Flüchtlingen und von Asylbewerbern in Schleswig-Holstein .....**

5526

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/2160

**b) Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein .....**

5526

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 18/2190

Andreas Breitner, Innenminister.... 5527  
Astrid Damerow [CDU]..... 5529  
Serpil Midyatli [SPD]..... 5531  
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 5535

Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 5537  
Angelika Beer [PIRATEN]..... 5539  
Lars Harms [SSW]..... 5541  
Dr. Axel Bernstein [CDU]..... 5542  
Astrid Damerow [CDU], zur Geschäftsordnung..... 5543

Beschluss: Überweisung der Antwort auf die Große Anfrage Drucksache 18/2160 und des Berichts Drucksache 18/2190 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Sozialausschuss, den Bildungsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss... 5543

**Humanitäre Katastrophe im Irak - Flüchtlinge jetzt aufnehmen .....**

5543

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/2215

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/2266

Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2269		Flemming Meyer [SSW].....	5566
		Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....	5567
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5543, 5551		
Astrid Damerow [CDU].....	5545, 5554	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/2221 und der für selbstständig erklärten Änderungsanträge Drucksachen 18/2255 und 18/2267 an den Sozialausschuss und an alle weiteren Ausschüsse.....	5569
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5547		
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	5548		
Angelika Beer [PIRATEN].....	5549		
Lars Harms [SSW].....	5550, 5556		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	5552		
Jürgen Weber [SPD].....	5553		
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	5556	<b>Einführung der Pkw-Maut verhindern</b> .....	5569
Johannes Callsen [CDU].....	5557		
Andreas Breitner, Innenminister....	5558	Antrag der Fraktionen von FDP und PIRATEN Drucksache 18/2224 (neu)	
Johannes Callsen [CDU], zur Geschäftsordnung.....	5559		
Birgit Herdejürgen [SPD], zur Geschäftsordnung.....	5559	<b>Sinnvolle Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur</b> .....	5569
Beschluss: 1. Ablehnung des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/2269		Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2263	
2. Annahme des Änderungsantrags Drucksache 18/2266 mit in geänderter Fassung			
3. Annahme des Antrags Drucksache 18/2215 in der Fassung des mündlich geänderten Änderungsantrags Drucksache 18/2266.....	5560	Christopher Vogt [FDP].....	5569
		Hans-Jörn Arp [CDU].....	5571
		Kai Vogel [SPD].....	5575
		Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5576
		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]....	5577
		Flemming Meyer [SSW].....	5581
		Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	5582
		Hans-Jörn Arp [CDU], zur Geschäftsordnung.....	5583
		Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/2224 (neu) und des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/2263 an den Wirtschaftsausschuss	5583
<b>Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern</b> .....	5560		
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2221			
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2255			
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2267			
Tobias von Pein [SPD].....	5560		
Hans Hinrich Neve [CDU].....	5562		
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5562		
Anita Klahn [FDP].....	5564		
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	5565		
		<b>Gemeinsame Beratung</b>	
		a) <b>Für eine leistungsstarke B 5 als Bypass zur A 7 - schnellstmögliche Planung sicherstellen und Finanzierung sichern</b> .....	5583
		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2222	

<b>B 5 sorgfältig und nachhaltig planen</b> .....	5583	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	5607
		Anita Klahn [FDP].....	5607
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2262		Beschluss: Berichts-antrag Drucksache 18/2204 und Tagesordnungspunkt insgesamt mit Berichterstattung der Landesregierung erledigt.	5610
<b>b) A 20 westlich der A 7 weiterplanen</b> .....	5583	<b>Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April 2014 bis 31. Juni 2014</b> .....	5611
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/2225		Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 18/2177	
Hans-Jörn Arp [CDU].....	5583	Uli König [PIRATEN], Berichter-statter.....	5611
Christopher Vogt [FDP].....	5587		
Kai Vogel [SPD].....	5589	Beschluss: Kenntnisnahme des Be-richts Drucksache 18/2177 und Bestätigung der Petitionen.....	5612
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5590		
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	5591	<b>Landesweit einheitliche Standards für Entwicklungsberichte von Kompetenzen in Grundschulen</b> .....	5612
Flemming Meyer [SSW].....	5592		
Klaus Jensen [CDU].....	5593	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2212	
Lars Harms [SSW].....	5594	<b>Zeugnisnoten in Kombination mit Lernentwicklungsberichten sind eine bereichernde Chance für alle</b> .....	5612
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	5595	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 18/2257 (neu)	
Hans-Jörn Arp [CDU], zur Ge- schäftsordnung.....	5596	Beschluss: Überweisung an den Bil- dungsausschuss.....	5612
Christopher Vogt [FDP], zur Ge- schäftsordnung.....	5596		
Beschluss: 1. Überweisung des An- trags Drucksache 18/2222 und des für selbstständig erklärten Ände- rungsantrags 18/2262 an den Wirtschaftsausschuss 2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2225.....	5597		
<b>Berichts-antrag Strategiekonzept Verbraucherzentrale</b> .....	5597		
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2204			
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	5597, 5609		
Uli König [PIRATEN].....	5599, 5608		
Karsten Jasper [CDU].....	5600		
Regina Poersch [SPD].....	5601, 5608		
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5602		
Oliver Kumbartzky [FDP].....	5604		
Flemming Meyer [SSW].....	5606		

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

\* \* \* \*

**Beginn: 10:01 Uhr**

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung und begrüße Sie alle sehr herzlich heute Morgen hier im Plenarsaal. Zunächst bitte ich die Kolleginnen und Kollegen der Medien, ihre Plätze einzunehmen.

Ich teile Ihnen zunächst mit, dass sich der Kollege Hauke Götttsch sowie die Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn krankgemeldet haben. - Wir wünschen ihnen beiden von dieser Stelle aus alles Gute und vor allem schnelle Genesung!

(Beifall)

Auf der Tribüne sehe ich bisher noch keine Schülerinnen und Schüler, die mir angekündigt worden sind. Vielleicht kommen diese etwas später. Deshalb warten wir mit deren Begrüßung noch ein wenig ab. Ich kann auf der Tribüne aber Torsten Döhring vom Flüchtlingsbeauftragten Schleswig-Holstein begrüßen, der sicherlich auch wegen unseres ersten Tagesordnungspunkts am heutigen Tage diese Landtagstagung verfolgt.

(Beifall)

Ich rufe also die Tagesordnungspunkte 12 und 43 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Entwicklung der Zuwanderung, der Einreise von Flüchtlingen und von Asylbewerbern in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/2160

**b) Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 18/2190

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich Herrn Minister Andreas Breitner das Wort.

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die **Flüchtlingszahlen** steigen weiterhin deutlich an. Dies gilt insbesondere für den Personenkreis der Asylsuchenden. Für das laufende Jahr ist mit einem Zugang von mindestens 6.500 neuen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Schleswig-Holstein gegenüber 3.904 in 2013 zu rechnen, also mit einer Steigerung um rund 66 %.

Die Situation nähert sich allmählich und kontinuierlich der zu Beginn der 90er-Jahre. Sie bringt für das Land und die Kommunen erhebliche Herausforderungen bei der Unterbringung der Schutzsuchenden mit sich. Die Landesregierung hat angesichts dieser Entwicklung zahlreiche **Maßnahmen** im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung getroffen. Der **Bericht der Landesregierung** „Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein“ gibt hierüber umfassend Auskunft.

Ich sage aber auch deutlich: Patentrezepte und Universallösungen gibt es nicht. Das zeigen auch die Erfahrungen der anderen Bundesländer. Ebenso sollte die Frage der Unterbringung von Flüchtlingen keinen Anlass für parteipolitische Scharmützel und überflüssige Schuldzuweisungen bieten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Vorwurf, der Anstieg der Flüchtlingszahlen sei schon Anfang des Jahres erkennbar gewesen, ist daher nicht nur falsch, sondern ist auch kontraproduktiv. Rückwärtsgerichtete Diskussionen über angebliche Versäumnisse helfen niemandem, schon gar nicht den in Not geratenen Menschen.

Stattdessen sollte uns die gemeinsame humanitäre Verpflichtung einen, Menschen in Not umfassend, Menschen in Not schnell und Menschen in Not angemessen zu helfen. Dies gilt umso mehr, als Bund und Länder vor den gleichen Herausforderungen stehen - unabhängig von der Farbe der jeweiligen politischen Führungen.

Ich freue mich darüber, dass mein Integrationskollege aus Hessen, der dortige Sozialminister Grüttner, heute aktuell auch meinen Vorstoß aufgegriffen hat, dass wir in dieser nationalen Frage auch **nationale Vereinbarungen** brauchen. Er hat heute dazu aufgefordert, dass sich die Bundeskanzlerin dem Thema Flüchtlinge stärker annimmt und Berlin zu einem Flüchtlingsgipfel einlädt.

Die aktuellen Diskussionen um die **Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen** haben wir nicht nur in Schleswig-Holstein, wir haben sie auch in Bayern und in Baden-Württemberg. Ich glaube, dies sind Beispiele dafür, dass wir nicht alleine stehen.

Mit Blick auf unseren Bericht möchte ich Ihnen gern einige Aspekte näherbringen. Zunächst zum Thema Erstaufnahme:

Die Erhöhung der Unterbringungskapazitäten des Landes, die sich zurzeit auf regulär 400 Plätze beläuft, zuletzt aber immer öfter deutlich überschritten wurde, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der Situation in der Flüchtlingsunterbringung im Lande. Bei einem monatlichen Zugang von 700 bis 750 Asylsuchenden können die Flüchtlinge derzeit längstens drei Wochen in der **Erstaufnahmeeinrichtung Neumünster** bis zur anschließenden Verteilung auf die Kreise und kreisfreien Städte untergebracht werden.

Wesentliche Aufgaben der Erstaufnahme, wie zum Beispiel die Asylanhörung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, können während der derzeitigen kurzen Aufenthaltszeit in der Landesunterkunft nicht oder nur sehr eingeschränkt durchgeführt werden. Um die im Asylverfahrensgesetz vorgesehene Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahmeeinrichtung von bis zu sechs Wochen zu realisieren, benötigt das Land sehr zeitnah insgesamt 800 zusätzliche Unterbringungsplätze. Bis dahin haben wir uns entschlossen, zur Abfederung von Engpässen auch die kurzfristige Unterbringung in Zelten durchzuführen. Diese sind beheizbar, aber nicht winterfest. Das ist daher keine Dauer-, aber eine akzeptable Übergangslösung. Bei steigenden Zugangszahlen kann es auch zu weiteren Zeltunterbringungen kommen. Der Jahreszeit angemessen wird das dann in der Folge in winterfesten Zelten passieren müssen.

Neben der Erweiterung der Liegenschaft in Neumünster prüft die Landesregierung dazu aktuelle Unterbringungsmöglichkeiten an **anderen Standorten**. Ins Auge gefasst haben wir insbesondere die Nutzung frei werdender **Bundeswehrliegenschaften**. Dazu zählen die Rantzau-Kaserne in Boostedt, das Gelände des ehemaligen Marinefliegergeschwaders 5 in Kiel-Holtenau und die Schill-Kaserne in Lütjenburg. Bei allen dreien fehlt übrigens noch die Einverständniserklärung des Eigentümers. Das heißt, wir planen im Moment parallel an allen drei Standorten. Wir fragen uns: Welche Auswirkungen hat das auf Schule, welche Auswirkungen hat das auf Polizei? Aber die Antwort auf diese Fra-

(Minister Andreas Breitner)

gen kommunizieren wir zurzeit nicht vor Ort; denn zuvor benötigen wir das Einverständnis des Eigentümers. Dies ist erforderlich, bevor wir die Leute vor Ort noch stärker einbinden.

Insbesondere die **Rantzau-Kaserne in Boostedt** böte aufgrund der räumlichen Nähe zur Erstaufnahmeeinrichtung Neumünster optimale Rahmenbedingungen für eine Aufnahme von Flüchtlingen. Verhandlungen sind geführt. Die Erweiterung der Erstaufnahmemöglichkeiten wird von der Landesregierung mit großem Nachdruck betrieben. Vor allem die Flüchtlinge, aber auch die später für die Aufnahme und Unterbringung zuständigen Kommunen werden hiervon profitieren.

Daneben ist das **Programm zur Wohnraumförderung** für Flüchtlinge auf großes Interesse gestoßen. Für den Bau, den Umbau und die Modernisierung von Wohnungen und Projekten des gemeinschaftlichen Wohnens für Flüchtlinge im Rahmen der Erstaufnahme stellen wir ab dem kommenden Jahr 20 Millionen € an Darlehen zur Verfügung. Anfragen und Informationswünsche gab es hierzu bislang von 18 Kommunen.

Konkret zeichnet sich zum jetzigen Zeitpunkt die Entwicklung von drei Modellprojekten ab. Durch eine Neuregelung, die erstmals auch Unterbringungsstandards formuliert, konnte in Lübeck eine Gemeinschaftsunterkunft anerkannt werden. In Kürze werden zwei weitere Anerkennungen erfolgen.

Meine Damen und Herren, aufgrund der hohen Zugangszahlen stehen bei der Flüchtlingsaufnahme gegenwärtig quantitative Aspekte eindeutig im Vordergrund. Es geht zunächst einmal darum, die zu uns kommenden Flüchtlinge überhaupt mit einem Dach über dem Kopf zu versorgen. Wir werden aber auch die **Qualität der Unterbringung** dabei nicht aus den Augen verlieren.

Die **Arbeitsgruppe „kommunale Aufnahme“** hat einen Leitfaden entwickelt. Er wird die Grundlage für weitere Überlegungen und Maßnahmen zur Optimierung der Flüchtlingsaufnahme darstellen. Konkret prüft die Landesregierung derzeit Maßnahmen zur Verbesserung der sprachlichen Förderung von Flüchtlingen und die Anhebung der Kostenpauschale für dezentrale Betreuung. Außerdem soll die Migrationssozialberatung neu ausgerichtet und verstärkt in die Beratung von Flüchtlingen eingebunden werden. Es sollte uns dabei allen klar sein: Die Unterbringung der Flüchtlinge, aber auch die Verbesserung der Aufnahmebedingungen werden er-

hebliche Haushaltsmittel in Anspruch nehmen und den Landeshaushalt in Zukunft merklich belasten.

Die Aufnahme von Flüchtlingen kann - dies gilt in Zeiten hoher Zugangszahlen natürlich ganz besonders - nur dann gelingen, wenn alle hieran beteiligten Akteure zusammenwirken. Deshalb befindet sich das Innenministerium mit den kommunalen Landesverbänden, den Kreisen und kreisfreien Städten, einzelnen Gemeinden und Ämtern sowie den in der Flüchtlingsarbeit aktiven Verbänden und dem Flüchtlingsbeauftragten in einem ständigen Dialog über die Flüchtlingsunterbringung. Diesen werden wir fortsetzen, und wir werden ihn ausbauen. Dazu werde ich in den kommenden Wochen alle Landräte und Bürgermeister der kreisfreien Städte besuchen, um mit ihnen die Unterbringung der Flüchtlinge zu erörtern. Anfang November ist auch der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Kiel zu Gast.

Auf der Grundlage dieser Gespräche beabsichtige ich dann, zu Beginn des kommenden Jahres zu einer **landesweiten Unterbringungskonferenz** einzuladen. Es geht darum, trotz der angespannten Situation in enger Abstimmung mit den Kreisen und Kommunen Wege zu finden, um den Schutzsuchenden in Schleswig-Holstein eine menschenwürdige Unterbringung und gute Startbedingungen bieten können. Dazu müssen alle Beteiligten und alle Verantwortlichen an einen Tisch kommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, der zweite Tagesordnungspunkt betrifft die Beantwortung der **Großen Anfrage zur Entwicklung der Zuwanderung, der Einreise von Flüchtlingen** und von **Asylbewerbern** in Schleswig-Holstein. Bevor ich kurz noch einige Bemerkungen dazu mache, möchte ich zunächst den sechs Ministerien, einem Landesamt und den 15 Ausländerbehörden in den Kreisen und kreisfreien Städten sowie nicht zuletzt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Innenministerium ausdrücklich dafür danken. Sie waren sehr intensiv mit der Beantwortung beschäftigt.

Der Umfang der Antwort zeigt deutlich, wie komplex das Migrationsrecht und seine praktische Umsetzung in allen betroffenen Bereichen geworden sind. Aus Zeitgründen gestatte ich mir, auf die Lektüre des Berichts zu verweisen.

Lassen Sie mich nur so viel sagen: Die Antworten der Landesregierung stellen eine aufschlussreiche Informationsquelle für viele migrationspolitische Fragen dar. Sie zeigen deutlich auf, was bisher ge-

(Minister Andreas Breitner)

schaftt wurde, was uns erwartet und auch, was von uns erwartet wird. Dabei wird deutlich, dass es schwierig ist, allen Erwartungen, die an die Landesregierung gerichtet werden, gleichzeitig zu entsprechen. Selbst aus tiefster Überzeugung formulierten Handlungsempfehlungen kann nicht immer sofort und in vollem Umfang gefolgt werden. Nicht selten gibt es rechtliche oder praktische Grenzen. Diese zu verschieben, erfordert gerade im Föderalismus einen langen Atem.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Flüchtlingsfragen sind nicht allein in Schleswig-Holstein zu beantworten. **Flüchtlingspolitik** ist eine **nationale Aufgabe**. Wir sitzen mit dem Bund und allen anderen Ländern in einem Boot. Dieses Thema ist auch kein politisches Schlachtfeld wie jedes andere. Wir brauchen für unsere besondere humanitäre Handschrift einen gesellschaftlichen Konsens. Dieser wäre gefährdet oder gar gescheitert, wenn es uns nicht gelingt, bei diesem Thema eine gemeinsame Haltung zu finden. Ich finde, die Ausgangsbasis in diesem Haus dafür ist gut. In allen Debatten, Publikationen und Programmen gibt es unter Ihnen und auch zu uns den gemeinsamen Nenner der Humanität. Auch wenn wir, Frau Damerow, nicht in jedem Detail übereinstimmen, halte ich fest: Im Umgang mit den Menschen, die sich hierher flüchten, weil sie um ihr Leben und ihre Gesundheit fürchten, sind wir uns einig: Sie sind uns willkommen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Noch einmal: Lassen Sie uns bei allen Unterschieden in Einzelfragen Flüchtlingspolitik weiterhin gemeinsam denken. Widerstehen Sie dem oppositionellen Reflex, die Einigkeit in der Grundfrage durch Detailkritik zu relativieren. Bei dem Thema wollen wir das Gleiche: ein weltoffenes und tolerantes Schleswig-Holstein.

Gerade bei dem Thema müssen wir aufpassen, dass wir keinen Zweifel an der gemeinsamen Haltung der demokratischen Parteien zulassen. Ressentiments, Vorurteile und Fremdenangst stärken uns nicht, sondern sie schwächen uns. Sie stärken andere, und das würde Schleswig-Holstein nicht guttun. Nur gemeinsam wird es uns gelingen, den Menschen in Schleswig-Holstein glaubhaft zu vermitteln, dass wir zusammenrücken und in unserem Land Platz schaffen müssen.

Für die Landesregierung darf ich versichern, dass wir in Schleswig-Holstein im Interesse der Migranten, aber auch im Sinne eines guten gesellschaftli-

chen Zusammenlebens nicht nachlassen werden, alle Möglichkeiten für eine erfolgreiche Integration auszuschöpfen und auch das bisher Erreichte weiter auszubauen. Wir, meine Damen und Herren, denken Integrations- und Flüchtlingspolitik zusammen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Minister. - Bevor wir zur Aussprache kommen, teile ich Ihnen mit, dass der Minister seine Redezeit um 7 Minuten überzogen hat. Diese stehen Ihnen allen jetzt natürlich auch zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Abgeordneten Astrid Damerow von der CDU-Fraktion.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst einige Worte zur Beantwortung unserer Großen Anfrage sagen. Zualtererst möchte ich ganz ausdrücklich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung, in den Verwaltungen, für die wirklich ausführliche und ergebnisreiche Beantwortung unserer Anfrage danken.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Antwort zeigt, das **Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik** eine **Querschnittsaufgabe** ist. Das ist für uns keine neue Erkenntnis. Aber ich finde, bei dieser Antwort wird das ganz besonders deutlich. Sie zeigt im Übrigen auch, dass sich die Anforderungen an eine zukunftsgerichtete Zuwanderungspolitik ständig verändern und wir hier ebenfalls ständig gefordert sein werden.

Wir sollten nun die Möglichkeit nutzen und ausgehend von den Ergebnissen dieser Großen Anfrage in den nächsten Monaten eine umfassende Debatte zum Thema Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik führen. Dies betrifft - ich sagte es schon - im Querschnitt viele Bereiche in unserem Land. Es betrifft den Sozialbereich und den Bildungsbereich ebenso wie die Bereiche Europa und Wirtschaft. Aus diesem Grund beantrage ich für meine Fraktion die Überweisung der Großen Anfrage federführend in den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend in die Ausschüsse Soziales, Bildung, Wirtschaft und Europa. Ich glaube, dass wir noch eine Menge Dis-

(Astrid Damerow)

kussionsstoff und auch viele Anregungen für Maßnahmen und Aktionen in den nächsten Jahren haben werden.

Ich komme nun zu dem **Bericht** über die **Unterbringungssituation**. Hier wird es nun doch erheblich schwieriger. Die Konflikte in der Welt bleiben auch für uns in Deutschland nicht folgenlos. Seit dem Jahr 2012 sind die Flüchtlingszahlen in Schleswig-Holstein außerordentlich stark angestiegen. Der Minister hat es bereits ausgeführt. Deutschlandweit sind die Kapazitäten für die Unterbringung von Flüchtlingen nahezu erschöpft. Dies betrifft sowohl die Aufnahme in Erstaufnahmeeinrichtungen als auch die Unterbringung in den Kommunen. In Berlin wurde die zentrale Aufnahmeeinrichtung vorübergehend geschlossen. Auch bei uns in Schleswig-Holstein müssen Flüchtlinge - zumindest vorübergehend - in Zelten untergebracht werden.

Herr Innenminister, Sie haben in einem Interview gesagt, die **steigenden Flüchtlingszahlen** seien nicht **vorhersehbar** gewesen, und Sie haben eben sehr deutlich ausgeführt, dass uns rückwärtsgewandte Diskussionen nicht weiterbringen. Ich wollte eigentlich erst am Ende meiner Rede darauf eingehen. Nun schiebe ich es aber doch etwas früher ein. Das ist ja ein netter Versuch. Sie tun nicht das, wozu wir Sie hier im Landtag aufgefordert haben, und wenn wir dies kritisieren, dann bezeichnen Sie das als rückwärtsgewandte Diskussion. Fakt ist doch, dass bereits vor einem Jahr abzusehen war, dass die Flüchtlingszahlen steigen würden. Die Konflikte in der Welt sind ja nicht neu. Die Auswirkungen des neuesten Konflikts im Irak sind hier bei uns überhaupt noch nicht spürbar. Die Flüchtlinge aus dem Irak sind noch nicht da. Bei den Flüchtlingszahlen, mit denen wir es heute zu tun haben, handelt es sich um Flüchtlinge aus Krisengebieten, die bereits vor einem Jahr vorhanden waren. Deshalb, Herr Minister, ist das nicht rückwärtsgewandt. Ich stelle fest - und das ist unsere Aufgabe und kein Reflex der Opposition -

(Beifall CDU)

dass wir Ihre Arbeitshaltung zu diesem Thema kritisieren.

Als wir damals den Antrag gestellt haben, noch bevor die anderen Fraktionen sich dankenswerterweise daran beteiligt haben, haben Sie in einem Interview klar zum Ausdruck gebracht, dass dieser Antrag vermutlich ins Leere zielen werde. Es zeigte sich da schon sehr deutlich, wie Ihre Einstellung dazu war. Genauso sind Sie mit diesem Antrag umgegangen. Sie haben nämlich einfach schlicht

nichts getan. Das kritisieren wir, so denke ich, zu Recht und vor allem auch im Sinne der Flüchtlinge, die davon betroffen sind.

(Beifall CDU)

Wir diskutieren hier in keiner Weise über den Umgang und über das Ob und Wie wir mit den Flüchtlingen umgehen. Hier herrscht traditionell - Sie haben es richtig erkannt - ein großer Konsens in diesem Schleswig-Holsteinischen Landtag. Den stellen wir nicht infrage. Wir stellen aber sehr deutlich infrage, ob diese Landesregierung den Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingspolitik überhaupt gewachsen ist. Wir als Opposition sagen: Die Landesregierung ist dem in keiner Weise gewachsen.

(Beifall CDU)

Im Übrigen hat auch der Flüchtlingsbeauftragte nun relativ wenig Verständnis für Ihre plötzliche Erkenntnis, dass nun ganz viele Flüchtlinge kommen. Auch er war der Ansicht, wir sollten frühzeitig beginnen, Kapazitäten zu schaffen.

Wir hatten Sie im letzten Jahr dazu aufgefordert, uns über ein **Konzept**, das Sie gemeinsam mit den **Kommunen** erarbeiten sollten, halbjährlich Bericht zu erstatten. Im März 2014 haben Sie uns darüber berichtet, und das war schon relativ dünn. Dann hatten wir gedacht, im September 2014 kommt ein weiterer, umfassenderer Bericht. Aber bei Durchsicht dieses Papiers stellen wir fest, dass Sie uns viele Maßnahmen, die Sie uns bereits im März vorgestellt haben, heute noch einmal präsentieren. Sie haben diese nur etwas stärker ausformuliert.

Sie preisen sich dafür, dass Sie gemeinsam mit den **Kommunen** einen **Leitfaden zur Willkommenskultur** erarbeitet haben. Ja, das ist richtig und wichtig, hilft aber nicht bei der Unterbringung der Flüchtlinge, die jetzt vor unseren Türen stehen.

(Beifall CDU und FDP)

Sie sprechen von Regionalkonferenzen, Sie sprechen von Dienstversammlungen - wobei die letzte schon relativ lange her ist -, aber es fehlt ein Konzept, wie Sie den Kommunen bei steigenden Flüchtlingszahlen unter die Arme greifen, wie Sie ihnen praktisch helfen wollen. Welchen Lösungsansatz haben Sie denn konkret, damit die Kommunen die immer größer werdenden Herausforderungen und Anforderungen an eine qualitativ hochstehende Betreuung der Flüchtlinge, die zu uns kommen, überhaupt bewältigen können? - 63,91 € als Betreuungspauschale pro Quartal und Flüchtling sind dafür wirklich nicht ausreichend.

(Astrid Damerow)

(Beifall CDU)

Auch der **Leitfaden** für die **Qualität der Unterbringung** hilft da nicht, genauso wie ein **Betreuungskonzept**, das demnächst erarbeitet werden soll, eher weniger hilfreich ist. Sie sind extrem bürokratisch. Schauen wir uns einmal die Gemeinschaftsunterkunft Schackendorf an. Seit Anfang des Jahres wartet der Kreis auf einen Bewilligungsbescheid zum Umbau und zur Erweiterung der Unterkunft. Bis heute ist nichts passiert.

Sie reden davon, dass Sie Alternativen beziehungsweise zusätzliche Unterkunftsmöglichkeiten für die Gemeinschaftsunterkunft zur **Erweiterung der Erstaufnahmeeinrichtungen** suchen. Das ist richtig und auch notwendig. Es wird auch erforderlich sein, hier mit der erforderlichen **Sensibilität** mit den **Kommunen** zu sprechen. Leider ist es so, dass die Gerüchteküche häufig schneller ist als Sie. Die Unruhe in den betroffenen Gemeinden ist bereits da. Und hier hätte ich mir schon gewünscht, dass Sie erheblich früher mit den Gemeindevertretungen, die davon betroffen sind, das Gespräch suchen.

(Beifall CDU)

Damit aber kein Missverständnis entsteht: Wir sind nicht gegen eine Erweiterung der Gemeinschaftsunterkunft, wir kritisieren allein den Weg, den Sie permanent beschreiten. Sie haben ganz offensichtlich gedacht, dass dieser Kelch irgendwie an Ihnen vorübergeht. Und plötzlich stellen Sie fest - -

(Zuruf)

- Natürlich ist es seine Aufgabe.

(Serpil Midyatli [SPD]: In den Kommunen sind die Kommunen zuständig)

- Entschuldigung, aber für die Kapazität der Erstaufnahme ist diese Landesregierung zuständig, und für die Unterstützung der Kommunen in unserem Land zur Unterbringung der Flüchtlinge ist ebenfalls das Land verantwortlich.

(Beifall CDU)

Dafür haben wir eine Landesregierung.

Es fehlt nach wie vor ein Konzept. Die Menschen, die bei uns ankommen, sind vor Verfolgung geflohen, sie haben Angst um Leib und Leben und müssen hier nun erleben, dass wir den Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht gewachsen sind. Das, so muss ich gestehen, ist ein Armutszeugnis vor allem für diese Landesregierung. Da wir ganz offensichtlich feststellen, dass diese Landesregierung nicht in der Lage ist, mit den Kommunen ver-

nünftig zu reden, beantrage ich für meine Fraktion, dass wir diesen Bericht in den Innen- und Rechtsausschuss überweisen und dass wir dann dort als Landtag mit den Kommunen und mit den Akteuren vor Ort das Gespräch suchen. Denn ganz offensichtlich können Sie das nicht. Daher nehmen wir das jetzt als Landtag in die Hand. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP - Lachen SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Serpil Midyatli das Wort.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Torsten Döhring, Mitarbeiter des Flüchtlingsbeauftragten! Liebe Johanna Böttcher, Mitglied des Flüchtlingsbeirats. Ich möchte das ein bisschen zurechtrücken. Dieser Einstieg hat dazu geführt, dass ich mich ein wenig sammeln konnte. Ich wollte eigentlich mit einem fetten Lob beginnen, Frau Kollegin Damerow, mit einem richtig fetten Lob für die CDU-Fraktion.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Sehr schön!)

- Das wollte ich eigentlich.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nicht übertreiben!)

- Ganz genau, Kollege Garg, nicht übertreiben. Dennoch möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zur Beantwortung der Großen Anfrage beigetragen haben, bedanken und möchte gern feststellen, dass die Antwort auf die Große Anfrage, die uns jetzt vorliegt, nicht nur uns in unserer parlamentarischen Arbeit mehrere Monate begleiten wird. Ich finde es sehr gut, dass Sie den Vorschlag gemacht haben, dies an die Ausschüsse zu überweisen. Denn ich finde, wir haben es in Schleswig-Holstein trotz der guten Fortschritte immer noch nicht geschafft, zu erreichen, dass dies eine Querschnittsaufgabe ist, die alle Ministerien betrifft.

Die Antwort wird aber auch den Kommunen vor Ort helfen, denn es ist ein Berg von Informationen. Viele Kommunen haben sich bisher nicht so sehr damit auseinandergesetzt, wenn es darum geht, wie die Flüchtlinge untergebracht werden müssten, können und sollten. Daher wird es auch für die Arbeit der Kommunen vor Ort sehr von Nutzen sein. Davon bin ich fest überzeugt.

(Serpil Midyatli)

Ihre Vorwürfe, Frau Kollegin Damerow, sind wirklich sehr erstaunlich. Denn Sie wissen genau, wie die Verteilung in diesem Land funktioniert. Sie sind die Fachsprecherin für Ihre Fraktion. Sie wissen genau, dass wir für die Erstaufnahme als Land zuständig sind - da teile ich auch ein wenig Ihre Kritik -, aber für die Verteilung in die Kommunen und die dortige Unterbringung sind die Kommunen verantwortlich. Es gibt eine klare Aufteilung, wer hier die Kosten übernimmt: 70 % das Land, 30 % die Kommunen. Dies kann die Kommune durch Gemeinschaftsunterkünfte lösen, dezentral organisieren oder eine Betreuung organisieren oder auch anders handhaben. Das wissen Sie ganz genau. Ihren Vorwurf hier in den Raum zu stellen, das Land beziehungsweise die Landesregierung habe versagt und die Unterbringung in den Kommunen nicht vernünftig vorbereitet, finde ich sehr erstaunlich.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es diskreditiert auch die Arbeit der Kommunen. Ja, wir haben höhere Eingangszahlen, ja, wir stehen vor einer Herausforderung, aber ich möchte ganz gern sagen, dass das keine Probleme sind. Neulich stand in einem Kommentar, der in den „KN“ erschienen ist, hierbei handele es sich nicht um Probleme, sondern um Herausforderungen. Wir wollen eigentlich alle gemeinsam an vernünftigen Lösungen arbeiten. Ihr Beitrag, Kollegin Damerow, hat gerade nicht dazu beigetragen.

(Beifall SPD)

Auch wenn meine Redezeit leider begrenzt ist, obwohl Sie, Herr Minister Breitner, uns bereits eine längere Redezeit verschafft haben, möchte ich jetzt doch noch auf die Punkte eingehen, welche die **Landesregierung haushalterisch** vorgenommen hat. Das zeigt, wie vorausschauend diese Landesregierung gewesen ist. An dieser Stelle möchte ich auch gern der Finanzministerin Heinold danken, die uns hier eine sehr große Unterstützung ist. Hier arbeitet die Landesregierung gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten, mit der Finanzministerin und dem Innenminister des Landes zusammen. So zu tun, als würde diese Landesregierung ihre Hausaufgaben nicht machen, ist wirklich unverschämt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Beispielhaft möchte ich nennen, dass wir selbstverständlich die Mittel für die Unterbringung der Flüchtlinge aufgestockt haben. Sie wissen auch genau, dass es sich hierbei um einen zweistelligen Millionenbetrag handelt. Wir haben auch die Mittel

für die Unterkunft in Neumünster aufgestockt, weil hier neben den erforderlichen Sanierungsmaßnahmen auch Umbaumaßnahmen nötig sind. Sie haben aber gestern auch gehört, wie schwierig es ist, hier den ersten Spatenstich zu machen, genauso wie es für das UKSH gilt. Dass man hier vernünftig planen muss, gilt selbstverständlich auch für die Landesunterkunft.

Bereits im vergangenen Jahr sind von der Landesregierung **Fördermittel** bereitgestellt worden, um die **Wohnraumversorgung** zu verbessern, damit die Kommunen Mittel für Gemeinschaftsunterkünfte abrufen können. Zudem hat der Innenminister per Erlass möglich gemacht - Kollege Lehnert, Sie werden das wissen -, dass die Kommunen sogar Mittel aus der **Wohnraumförderung** für die Unterbringung von Flüchtlingen in Anspruch nehmen können. Das alles wurde bereits im vergangenen Jahr in Angriff genommen. Dafür bedanke ich mich bei der Landesregierung.

(Vereinzelter Beifall SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Lehnert?

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Ja.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte schön, Herr Lehnert.

**Peter Lehnert [CDU]:** Ich spreche nicht nur in meiner Funktion als wohnungsbaupolitischer Sprecher, sondern auch als ehrenamtlicher Bürgermeister. Insofern bin ich des Öfteren mit dieser Thematik befasst.

Wenn ich den Innenminister richtig verstanden habe, werden Fördermittel **zinsvergünstigt** angeboten. Wissen Sie, zu welchen **Konditionen** die Kommunen im Augenblick über die **Investitionsbank** Zinsmittel in Anspruch nehmen können und ob es noch eine Differenz zu den angegebenen zinsgünstigen Darlehen gibt?

(Minister Andreas Breitner: Ja, gibt es!)

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Der Minister hat die Frage schon beantwortet. - Ja, das gibt es.

(Serpil Midyatli)

Den Bericht haben Sie sicherlich gelesen; denn als wohnungsbaupolitischer Sprecher muss Sie das sehr interessieren. Darin haben Sie sicherlich gelesen, dass das Innenministerium sogar Unterstützung für die Kommunen angeboten hat. Sie wissen, dass wir da sehr kompetente Ansprechpartner haben. Dies gilt auch für die Investitionsbank. Alle drei stehen also für die Kommunen bereit, um diesen bei den Konzepten zu helfen. Wenn es dabei Schwierigkeiten gibt - Kollege Lehnert, so verstehe ich das, was Sie gerade mit Ihrer Frage bezwecken wollten -, sind wir doch die Letzten, die den Kommunen nicht helfen wollen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Lehnert?

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Ja.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte schön, Herr Lehnert.

**Peter Lehnert [CDU]:** Ich kann Ihnen noch einen Hinweis aus der Realität geben. Wenn es für mich als Bürgermeister überhaupt einen Vorteil gibt, dann ist es die Finanzierung direkt über die Investitionsbank anstatt über andere Anbieter, weil die Zinsen inzwischen bei unter 1 % liegen. Das heißt, diese Programme werden nicht greifen, weil sie nicht attraktiv genug sind. Insofern brauchen wir vielmehr entweder Zuschüsse oder zusätzliche Gelder für die Betreuung, wie es Frau Damerow bereits angesprochen hat.

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Kollege Lehnert, Zuschüsse gibt es für die Gemeinschaftsunterkünfte. Das waren im vergangenen Haushalt 2 Millionen €.

Dann haben wir noch eine weitere Möglichkeit geschaffen. Ich habe von insgesamt drei Möglichkeiten gesprochen, durch die das Land hilft.

Ich verstehe Ihre Frage aber auch so, dass Sie als Bürgermeister vor Ort dafür werben wollen, diese Mittel abzurufen. Ich denke, dass das Innenministerium der letzte Ansprechpartner ist, der Ihnen als

ehrenamtlichem Bürgermeister bei Ihrer Tätigkeit nicht helfen wird. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Gern.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte schön.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Liebe Frau Kollegin, ich habe die Zwischenbemerkung des Kollegen Lehnert ein wenig anders verstanden. Wir erfahren hier, dass den Kommunen zu extrem günstigen Konditionen geholfen wird. Wir wollen hier aber nicht darüber reden, dass noch jemand daran verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist nicht die Absicht. Vielmehr ist es die Absicht, Kommunen zu unterstützen. Das geschieht unbürokratisch und auf unterschiedlichen Wegen. Wir sollten dafür werben, dass diese Hilfe auch in Anspruch genommen wird.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Vielen Dank. - Ich glaube nicht, dass das die Absicht des Kollegen Lehnert ist. Nach der flüchtlingspolitischen Rede der Kollegin Damerow glaube ich, dass sie ihre Fraktion davon überzeugt hat, dass es hierbei um humanitäre Hilfe geht.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Neben der Unterbringung von Flüchtlingen ist und bleibt aber auch die **Betreuung und Begleitung der Flüchtlinge** vor Ort ein besonderes Anliegen. Daher gilt seit Juli 2014 bei der dezentralen Unterbringung - wir müssen aufpassen, welche Fakten wir möglicherweise durcheinander bringen - die direkte Hilfe für die Kommunen, damit die Betreuung der Flüchtlinge durch die örtliche Gemeinschaft erleichtert werden kann. Dies wird durch eine Willkommenskultur ergänzt.

Es mag sein, dass Ihnen der Betrag von 63,91 € zu gering erscheint. Das finde ich auch. Dieser Betrag

**(Serpil Midyatli)**

ist so krumm, weil man seit der Euromstellung die Betreuungssätze nicht mehr erhöht hat. Frau Kollegin Damerow, zu Ihrer Zufriedenheit kündige ich Ihnen jetzt schon an, dass wir bei den kommenden Haushaltsberatungen einen Antrag stellen werden, um die **Betreuungspauschale** zu erhöhen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Ich freue mich und bedanke mich jetzt schon für Ihre Unterstützung dieses Antrags.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Es gilt, eine **Willkommenskultur** bei den **Ausländerbehörden** zu erarbeiten, die die erste Anlaufstelle für die Flüchtlinge sind, wenn sie auf die Kommunen verteilt worden sind.

Sehr geehrter Herr Innenminister Breitner, ich persönlich würde als allererstes die Ausländerbehörde umbenennen. Ich finde es nicht mehr zeitgemäß, in einer Einwanderungsgesellschaft immer noch von Ausländern zu reden. Das klingt eher nach Gefahrenabwehr.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erwarten fast täglich das Go von Bundesverteidigungsministerin von der Leyen. Nur noch ihre Zustimmung fehlt, damit wir die weiteren Kapazitäten in **Boostedt** ausbauen können. Die Fraktionsvorsitzenden der Boostedter Gemeindevertretung haben bereits ihre Unterstützung erklärt. Dies verdient auch unseren Respekt.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Dadurch wird der wirkliche und ehrliche Umgang der Kommunen in diesem Land mit den Flüchtlingen deutlich. Dadurch wird aber nicht das Bild gezeichnet, das Sie hier leider aufgezeigt haben, Kollegin Damerow.

Angesichts der Steigerung der Zahlen frage ich mich allerdings - das ist meine Kritik an dieser Stelle -, warum wir es zum Beispiel immer noch nicht geschafft haben, die **Container** zu bestellen. Ich kann nachvollziehen, dass es Zeit braucht, bis die Container da sind. Wir wussten, dass die Zahlen steigen werden. Auch die Kommunen wussten das schon lange, weil der Innenminister seit seinem Amtsantritt in allen Gesprächen mit den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden immer wieder darauf eingegangen ist. Ich glaube eher, dass einige Kommunen gedacht haben, dass dieser Kelch an ihnen vorbeigeht. Einige wenige Kommunen haben jetzt Schwierigkeiten.

Die Unterbringung in Zelten darf nur eine Übergangslösung sein. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen, bei dem ich nicht mit dem Bericht des Innenministers übereinstimme. Ich halte fest, dass die **dezentrale Unterbringung** von Flüchtlingen für mich immer noch allerhöchste Priorität hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Argumente der Landesregierung für die Sammelunterkünfte, die in dem Bericht vorgetragen worden sind, kann ich zwar nachvollziehen. Neben den geringeren Kosten für die Kommunen, die manchmal für die Kommunen, aber nicht für mich das Hauptargument ist, geht es auch um eine Willkommenskultur in der Gemeinde. Dies wird in diesen Tagen sehr deutlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie sich einmal die Mühe und schauen sich einige Veranstaltungen im Land an, bei denen die Menschen in diesem Land wirklich Großartiges leisten, und zwar ehrenamtlich mit Unterstützung der Bürgermeister und der Gemeindevertreter. Runde Tische und Flüchtlingsbeiräte werden eingerichtet. Unterstützernetze werden gegründet. Es gibt eine **Solidarisierungswelle** in diesem Land, die einen sehr stolzen macht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bin fest davon überzeugt, dass diese differenzierte Haltung und der Wunsch, zu helfen, auch etwas damit zu tun haben, dass wir eine ausgesprochen gute transparente und **differenzierte Darstellung** in der **Presse** haben. Hierfür bedanke ich mich recht herzlich bei Ihnen. Ich glaube, Sie tragen sehr dazu bei, dass die Gespräche vor Ort ganz anders geführt werden, als sie noch in den 90er-Jahren geführt wurden. Man schaut sich auch Einzelschicksale an. Sie schauen sich die Zahlen genauer an. Sie schauen, woher die Menschen wirklich kommen. Sie greifen nicht die üblichen Stammtischparolen auf, die man derzeit leider wieder aus Bayern hören muss. Sie schauen genau: Wer kommt zu uns? Wie kommen die Menschen zu uns? Welche Wege haben die Menschen zurückgelegt? Das hilft auch den Menschen vor Ort. Vielen Dank. Ich freue mich sehr, dass ein sehr gutes Zusammenspiel zustande gekommen ist.

(Serpil Midyatli)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ja, die Flüchtlingszahlen sind gestiegen. Ja, wir haben hier und da Probleme bei der Unterbringung. Es sind aber alle bereit, nach guten Lösungen für diese Menschen zu suchen, die sehr viel ertragen mussten, die auf der Flucht fast alles zurücklassen mussten und Familienangehörige verloren haben. Sie haben sehr viele schlimme Dinge erlebt.

Ich muss allerdings feststellen, dass es neben der großartigen Arbeit, die in diesem Land auch unter schwierigen Bedingungen geleistet wird, auch etwas gibt, wofür ich mich sehr schäme. Ich habe feststellen müssen, dass die Kolleginnen und Kollegen von der CSU in Bayern Forderungen aufstellen, die wirklich unfassbar sind.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich meine dabei nicht das Leuchtturmprojekt der CSU die Pkw-Maut betreffend, sondern die Forderung nach Grenzkontrollen zwischen Bayern und Österreich. Neulich sagte jemand: Die Kollegen haben wohl etwas gegen ihre österreichischen Nachbarn. Anders kann man es nicht verstehen. Nein, Kollege Seehofer, diese Art von Flüchtlingspolitik wollen wir hier in Schleswig-Holstein nicht. Sie wird niemandem helfen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Deutschland ist die leistungsfähigste Volkswirtschaft Europas. Es ist eines der reichsten und eines der organisiertesten Länder der Welt mit einer funktionierenden Verwaltung und einer Zivilgesellschaft. Die Grenzen dichtzumachen, wird niemandem helfen. Weiterhin stark belasteten Ländern wie dem Libanon, der Türkei, Jemen und Jordanien überlässt man nicht die Opfer von Flucht und Vertreibung im Nahen Osten. Wir alle haben uns um diese Menschen zu kümmern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen gern drei Daten nennen: 22. August 1992 Rostock-Lichtenhagen, 29. Mai 1993 Solingen, 23. November 1992 Mölln; ich finde, dass wir uns diese Daten wieder in Erinnerung rufen sollen. Wenn Sie meinen, ich würde hier den Teufel an die Wand malen, dann sage ich: Nein, das tue ich nicht. Schauen Sie sich die Zahlen im neuesten BKA-Bericht an. Von 2012 auf 2013 sind die **rechtsmotivierten Straftaten** gegen Asylbewerberheime auf das Doppelte gestiegen. Pro Asyl hat jetzt gemeldet, dass bereits bis zum Juni in diesem Jahr 20 Anschläge auf Asylbe-

werberheime verübt worden sind. Darunter waren 12 Brandanschläge.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin!

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Diskussion so sachlich zu führen, wie wir das hier in Schleswig-Holstein machen, und die Menschen in den Vordergrund zu stellen, um ihnen zu helfen, ist gut. Die Diskussion einiger Innenminister kann ich nicht verstehen, und ich werde dies auch nicht verstehen.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Abgeordnete, ich muss Sie leider darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit beendet ist.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Eka von Kalben das Wort.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für Ihre Rede, Frau Midyatli. Ich kann mich ihr in vielen Teilen anschließen. Ich werde wohl einiges aus meiner Rede weglassen und dafür anderes erwähnen. Sie haben bereits vieles genannt, was mir sehr am Herzen lag. Vielen Dank dafür.

Ich danke auch dem Innenminister und seiner Fachabteilung für diesen Bericht. Genauso danke ich den Kommunen und allen anderen Beteiligten, die sich konstruktiv eingebracht haben. Das Land steht vor einer gewaltigen Kraftanstrengung hinsichtlich der Unterbringung der Flüchtlinge, das machen die Zahlen aus dem Bericht deutlich. Die Ankommenden sind in Schleswig Holstein willkommen. Wir stehen zu unserer humanitären Verpflichtung, Menschen in Not aufzunehmen; wohl wissend, dass die Zahl der Krisenherde zunimmt und dass damit die Herausforderungen steigen werden.

Es ist wichtig, dass Flüchtlinge mittlerweile nicht mehr nur als Last und als lästig angesehen werden, sondern dass wir auch ihre Talente und ihr Potenzial sehen. In vielen Reden wird betont, wie wertvoll der Zuzug der Menschen auch für unseren Arbeitsmarkt sein kann. Die **Integration von Flüchtlingen** darf sich allerdings nicht nach der Wirtschaftslage in Deutschland richten. Es ist gut, dass das Ministe-

**(Eka von Kalben)**

rium dies ausdrücklich betont und nicht nur das Potenzial der Hochqualifizierten in den Blick nimmt, sondern auf Integration von Anfang an setzt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich will ergänzen: Natürlich ist es in dieser Situation, in der viele Flüchtlinge für uns auch wertvolle Arbeitskräfte sind, einfacher, gesellschaftliche Mehrheiten zu finden. Frau Midyatli hat es ausgeführt: Es ist erfreulich, dass die Stimmung in unserer Gesellschaft zurzeit sehr positiv ist. Wir wissen aber spätestens seit der Wahl in Sachsen und den Wahlergebnissen dort, zum Teil aber auch schon länger, dass diese Stimmung durchaus zerbrechlich ist. Deshalb ist es so wichtig, dass wir hier in Schleswig-Holstein ein klares politisches Signal geben und uns in der Frage des Umgangs mit den Flüchtlingen sehr einig sind, auch wenn es Diskussionen darüber gibt, ob das Konzept zu spät gekommen ist oder ob es das enthält, was sich die CDU wünscht. In der Grundausrichtung, nämlich dass Flüchtlinge hier willkommen sind, sind wir uns einig, und das ist wichtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die aktuelle **Situation** in **Neumünster**, die Tatsache, dass Menschen ein bis drei Nächte im Zelt schlafen müssen, hat uns in dieser Woche aufgeschreckt. Mich hat dies im wahrsten Sinne des Wortes aufgeschreckt. Ich bin am Montagmorgen hingefahren und habe mir die Situation angesehen. Dort gibt es eine Aufnahmesituation, die nicht zu all dem passt, was wir unter Willkommenskultur verstehen. Die Flüchtlinge brauchen zuallererst ein Dach über dem Kopf, und zwar ein festes. Das Zeltlager darf sich nicht verfestigen.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Serpil Midyatli [SPD])

Nur wenige Jahre nach der Schließung der Einrichtungen in Lübeck und Flensburg sind wir nun wieder an dem Punkt, dass wir eine **weitere Gemeinschaftsunterkunft** oder eine **Erweiterung der Einrichtung** in Neumünster brauchen, vermutlich brauchen wir perspektivisch beides. Wir brauchen dies auch, um die Kommunen zu entlasten. Im letzten Jahr haben wir 5 Millionen € zur Sanierung der Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster zur Verfügung gestellt. Wir wollten die Qualität der Unterkünfte verbessern. Jetzt reden wir notgedrungen vor allem über die Quantität. Die zunehmend rasant steigenden Zahlen erhöhen den Druck auf die Akteure. Wir dürften uns alle einig darin sein, dass die

Situation in Neumünster so, wie sie aktuell ist, nicht hinnehmbar ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Unterbringungsdruck spüren die Kommunen genauso. Sie sind es, die vor der Aufgabe stehen, dauerhaft genügend Wohnraum und Integrationshilfen zur Verfügung zu stellen. Wir brauchen die **konstruktive Zusammenarbeit aller Ebenen** und viel Flexibilität und Engagement von Bauämtern, von Gemeinderäten, von den Finanzerverantwortlichen und von denjenigen, die sich in besonderem Maße um die Flüchtlinge kümmern, wie zum Beispiel dem Flüchtlingsbeauftragten und den vielen Ehrenamtlichen vor Ort.

Frau Midyatli hat es erwähnt: Es ist eine erfreuliche Tatsache, dass sich vielerorts **Runde Tische** mit Menschen bilden, die sich um die Neuankömmlinge kümmern wollen. Diese Helferinnen und Helfer brauchen unsere Unterstützung. Die Netzwerke brauchen Koordination und professionelle Unterstützung. Hier kann und muss das Land Unterstützung leisten.

Frau Damerow, wir brauchen auch die **Unterstützung des Bundes**, zum Beispiel bei den stattfindenden Gesprächen mit der Bundeswehr. Das sind Zeitfaktoren. Das sind Dinge, die eine schnelle Lösung blockieren. Da die Ministerin Ihrer Partei angehört, bitten wir Sie um Ihre Unterstützung im Zusammenhang mit der Bundesregierung.

Meine Damen und Herren, wir Grüne haben uns immer für dezentrale Lösungen stark gemacht. **Gemeinschaftsunterkünfte** haben wir nach den Erfahrungen in Mölln abgelehnt. Und doch haben wir schon im letzten Haushalt 2 Millionen € zur Sanierung und zum Ausbau der kommunalen Gemeinschaftsunterkünfte zur Verfügung gestellt. Auf dem ersten Blick scheint dies ein wenig schizophren zu sein. Bei aller Kritik gilt aber: Gemeinschaftsunterkünfte können dann, wenn sie professionell unterstützt werden und gut gemacht sind, in der Tat eine Art Orientierungshilfe bieten, in der Beratungsangebote zentral organisiert werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Verweildauer - wie zum Beispiel zurzeit in Neumünster - sehr kurz ist und wenn die Menschen direkt nach ihrer Flucht in die Gemeinden können. Es kann in diesen Fällen schwierig sein, gleich allein in einer Wohnung untergebracht zu sein. Insofern können Gemeinschaftsunterkünfte für eine Übergangszeit als temporäre Lösung in Kommunen und Kreisen sinnvoll sein.

**(Eka von Kalben)**

Wir werben in den Kreisen dafür, wie zum Beispiel im Kreis Pinneberg, wo überlegt wird, eine Gemeinschaftsunterkunft zu gründen, nicht an einer Stelle zentral eine große Unterkunft - vielleicht sogar noch irgendwo auf dem Dorf - zu bauen, sondern in den Mittelstädten an verschiedenen Stellen kleinere Gemeinschaftsunterkünfte zu bauen. Dies kann den Kommunen helfen, dauerhaften Wohnraum zu suchen. Es kann den Menschen helfen, und es kann auch den Ehrenamtlern helfen, Angebote zu machen. Ich glaube, eines ist klar: Das Dach über dem Kopf ist wichtig, wichtig ist auch das dauerhafte Dach in der eigenen Wohnung und in der eigenen Privatsphäre. Um dort aber wohnen zu können, braucht es **Sprache, Sprache, Sprache**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Oliver Kumbartzky [FDP])

Wenn die Menschen nicht die Chance haben, unsere Sprache zu erlernen, dann ist es in diesem Land sehr schwierig, am Leben teilzuhaben, Einkäufen zu gehen, Behördengänge zu machen und zu arbeiten. Das hat nichts mit irgendeinem Leitbild oder etwas dergleichen zu tun, sondern das ist einfach faktische Realität. Es hat auch nichts mit dem alten Vorwurf zu tun, sie wollten alle nicht lernen, sodass wir jetzt eine Sprachverpflichtung einführen müssten. Fakt ist: Wir müssen die Angebote für die Menschen schaffen, damit sie die Möglichkeit haben, hier Sprachunterricht zu nehmen.

Frau Damerow hat es angesprochen: Wir wollen eine Anhörung und extra vom Innenausschuss aus auch eine Art Kongress auf Landesebene organisieren. Dazu gehört nicht nur das Thema kommunale Unterkünfte und „Dach über dem Kopf“, sondern da muss auch die Bildungsministerin mit ins Boot, was den Bereich der Sprache angeht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Der Bericht liefert eine wichtige Grundlage für diese gemeinsame Zusammenarbeit. Ich freue mich auf die weitere Beratung. Lasst uns nicht nur darauf schauen, was an Worten hier im Land, im Landtag und in der Regierung geschaffen wird, sondern lasst uns Taten beschließen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das in diesem Sinne gemeinsam auf den Weg bringen werden. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Kollegen der FDP-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor haargenau einem Jahr, im September 2013, hat der Landtag aufgrund eines Antrags aller Fraktionen Folgendes beschlossen. Ich zitiere:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen aktiv zu unterstützen und in Zusammenarbeit mit den Kommunen ein kurzfristig wirkendes und dauerhaft einsetzbares Konzept zu entwickeln und fortzuschreiben, das die Unterbringung von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein sichergestellt.“

Zwölf Monate später müssen wir in den Zeitungen lesen, dass in **Neumünster** ein **Zelt** mit 50 Schlafplätzen für Asylsuchende aufgestellt worden ist, weil die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes aus allen Nähten platzt. Man möge sich einmal für einen Moment vorstellen, dies wäre unter einer schwarz-gelben Landesregierung passiert. Die heutigen Koalitionsfraktionen würden dann ein politisches Spätsommertheater allererster Güte inklusive Mahnwachen vor dem Innenministerium und der Staatskanzlei aufführen,

(Beifall FDP und CDU)

anstatt sich verständnisvoll über die von dieser Entwicklung völlig überraschte Landesregierung zu äußern. Gegen einen Innenminister Klaus Schlie wären in einer solchen Situation mehrere rot-grünblaue Exorzistenbataillone aufmarschiert mit dem Ziel, ihn sofort ins politische Fegefeuer zu schicken.

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU - Klaus Schlie [CDU]): Damals war der Justizminister zuständig!)

- Gegen den auch! Danke für die zutreffende Erinnerung, Klaus.

(Glocke der Präsidentin - Serpil Midyatli [SPD]: Das hier ist keine lustige Debatte!)

- Ich weiß, dass es Sie ärgert, wenn man daran erinnert, wie Sie in einer solchen Situation unter anderen politischen Vorzeichen reagiert hätten.

(Beifall FDP und CDU)

**(Dr. Ekkehard Klug)**

Halten Sie deshalb den Ball einmal flach, wenn wir uns gegenüber der Landesregierung auch kritisch äußern.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ich habe mich auch kritisch geäußert!)

- Sehr gut! Wunderbar! Dann machen Sie das weiter so!

Punkt 1. Die Zeltaktion, Meine Damen und Herren, ist zutiefst beschämend. Ich teile die Auffassung der Kollegin von Kalben, die vor mir gesprochen hat, dass das nicht zu einer speziellen Form schleswig-holsteinischer Willkommenskultur werden darf. Da muss sich alsbald etwas ändern.

(Beifall FDP und CDU)

Punkt 2. Die **Entwicklung** ist keineswegs **überraschend** gekommen. Ausweislich des vorliegenden Berichts der Landesregierung, über den wir hier ja diskutieren, ist die Entwicklung der Aufnahmezahlen - auf Seite 6 ist das nachzulesen - in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes wie folgt verlaufen: 2010 waren es rund 1.200. - Ich runde auf.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD]: Es sind ja „nur“ Menschen!)

2011 waren es rund 1.400, 2012 rund 2.100, 2013 rund 3.650 und im ersten Halbjahr 2014 schon rund 3.000, also fast so viele wie im gesamten Jahr 2013, in dem der große Anstieg begonnen hat. Der rasante Anstieg war also spätestens im Verlauf des vorigen Jahres 2013 absehbar. Auch der vor gut einem Jahr gefasste Landtagsbeschluss zeigt ja, dass jedenfalls das Parlament mit allen seinen Fraktionen die Entwicklung damals so dramatisch eingeschätzt hat.

(Beifall FDP, CDU und Angelika Beer [PI-RATEN])

Auch die Tatsache, dass die sozialdemokratischen Länderinnenminister auf ihren jeweiligen Treffen mehrere Beschlüsse gefasst haben, die von der Bundesregierung spezielle Aufnahmeprogramme für Flüchtlinge aus dem Mittleren Osten fordern, spricht nicht für eine nachlassende Dynamik der Entwicklung. Es ist offensichtlich, dass dies auch in den SPD-geführten Innenministerien der Länder durchaus nicht unbekannt gewesen ist.

Wenn man gleichzeitig im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Zeltaktion liest, das schleswig-holsteinische Innenministerium bemühe sich seit Wochen um die Einrichtung einer zweiten Landesunterkunft in einer Kaserne und zwar - Zitat - im Expresstempo, so Staatssekretär Küpperbusch, dann gewinnt man nicht den Eindruck, dass sich

unsere Landesregierung nach dem vor zwölf Monaten gefassten Landtagsbeschluss zeitnah um dessen Umsetzung bemüht hat. Das ist meine Feststellung.

(Beifall FDP, CDU und Angelika Beer [PI-RATEN])

Auf die Herausforderung, vor die uns die Entwicklung auch im **Bildungsbereich** stellt, hat Frau Kollegin von Kalben eben hingewiesen. Ich möchte ergänzen: Laut Angaben von UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, war jeder dritte Flüchtling, jeder dritte Asylbewerber in Deutschland im vorigen Jahr ein junger Mensch unter 18 Jahren. Das heißt, vor allem sind die Kinder und Jugendlichen in unsere Schulen und in unser Bildungssystem zu integrieren. Natürlich gibt es auch einen steigenden Bedarf für die Vermittlung von Deutschkenntnissen an Erwachsene, das ist klar. Aber eine Bildungs- und Lebensperspektive für die jungen Zuwanderer zu schaffen, halte ich für einen ganz zentralen Punkt. Das ist im Übrigen auch eine wesentliche landespolitische Aufgabe. Deshalb ist es richtig, auch das **Bildungsministerium** in die Diskussion über die Thematik mit einzubeziehen. Es geht darum, dass wir etwa die Angebote in den **Zentren für Deutsch als Zweitsprache** an die steigenden Bedarfe anpassen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Kollegin Anita Klahn hat ja bereits in einer Kleinen Anfrage zutage gefördert, dass hier die Zahlen in den letzten Jahren steigen, während die Stellenkontingente, die für diesen Bereich zur Verfügung stehen, gleich bleiben. Ich weiß, dass wir die Problematik der Lehrerstellenausstattung haben. Aber hier existiert in der Tat ein unabwiesbarer Mehrbedarf, um den wir uns zu kümmern haben.

Dazu gehören weitere Dinge. Die **Zugangsmöglichkeiten** für Asylbewerber und Flüchtlinge auf den deutschen **Arbeitsmarkt** sind ein Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen werden müssen. Hier bestehen nach wie vor Schranken, die auf Dauer eine Integration behindern. Ich bin der Auffassung, dass wir hier eine Entwicklung fördern müssen, die die Integration in der Zukunft erleichtert.

Viele der Zuwanderer, der Flüchtlinge und Asylbewerber gerade aus dem Mittleren Osten sind durchaus qualifizierte Menschen, die man in einem Land, das unter Fachkräftemangel leidet, gut in den Arbeitsmarkt integrieren könnte, wenn die entsprechenden Sprachkenntnisse vermittelt werden. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Dr. Ekkehard Klug)

(Beifall FDP und CDU)

Das Thema ist geteilt worden. Die antragstellenden Fraktionen haben sich leider nicht zu einer verbundenen Debatte durchringen können. Deshalb werde ich mich zu der Thematik Irak und Sonderprogramm für Flüchtlinge beim nächsten Tagesordnungspunkt äußern.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der PIRATEN erlaube ich der Abgeordneten Angelika Beer das Wort.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Kollege Klug hat eben den Beschluss von vor einem Jahr zitiert. Aufgrund der offensichtlichen Zahlen und der Belastungen der Kommunen und Kreise hätten wir uns gewünscht, dass es zu diesem Bereich eine Regierungserklärung gibt, die die Verantwortung in die Hand nimmt und konkrete Schritte aufzeigt, wie wir allen Betroffenen - den Flüchtlingen, den Kommunen, den Kreisen, den ehrenamtlichen Helfern, dem Flüchtlingsrat und vielen mehr - Unterstützung geben und gemeinsames Handeln tatsächlich umsetzen können.

Herr Kollege Breitner, die unnötige Schärfe haben Sie in diese Debatte gebracht

(Beifall PIRATEN)

mit Ihrem Interview vor zwei Tagen, in dem Sie über eine sachliche Kritik an der Nichtumsetzung von **Landtagsbeschlüssen** von vornherein sagten, Sie seien gegen politischen Streit auf dem Rücken der Flüchtlinge. Das schafft ein Klima der Auseinandersetzung. Ich bedauere das; denn es ist eher eine Diffamierung als der Versuch, jetzt gemeinsame Schritte zu entwickeln, um mit dem Problem umzugehen.

Die **Flüchtlingsunterkünfte** im Land platzen seit Monaten aus allen Nähten. Die Kommunen wissen nicht mehr wohin mit den in immer kürzeren Zeitabständen zugewiesenen Flüchtlingen. Ein Versiegen des Zustroms - das ist hier schon deutlich geworden -, egal ob aus Syrien, Afghanistan, Irak und später vielleicht auch aus anderen Ländern, ist nicht zu erwarten. Wir wissen: Es werden nicht weniger, sondern mehr werden. Die Forderung der Kreise und Kommunen, dass die **Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster** erheblich ausgeweitet werden muss, wird seit Monaten erhoben.

Wir begrüßen die Klarheit von Innenminister Breitner, der gesagt hat: Das Boot sei nicht voll - das stimmt: Das Boot ist nicht voll -, Schleswig-Holstein werde seiner Verantwortung nachkommen. - Dann erwarten wir aber auch, dass er konkret sagt, wohin diese Menschen aus den Mehraufnahmen sollen, wie und mit welchen Mitteln wir sie umsorgen und was wir genau dafür in die Hand nehmen sollen.

Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, die organisatorischen Probleme, die eine **steigende Zahl an Flüchtlingen** mit sich bringt, sind zum Teil hausgemacht.

Anträge auf Bewilligung von Gemeinschaftsunterkünften wurden viel zu zögerlich bearbeitet, wurden nicht schnell genug freigegeben, obwohl der Bedarf offensichtlich vorhanden war und ist. **Schackendorf** ist doch ein Skandal. Schackendorf im Januar zu sagen, die Bewilligung komme, und in der letzten Woche wird die Gemeinde unterrichtet, dass die Bewilligung immer noch nicht da ist - so kann man weder mit Gemeinden noch mit den Flüchtlingen umgehen.

(Beifall CDU)

Ich habe schon den Eindruck, dass diese Kritik notwendig ist, weil die Landesregierung offensichtlich überfordert ist; denn sonst würde uns ein anderer Bericht heute vorliegen und als Grundlage der Diskussion dienen.

Erinnern wir uns an **1995**. Die Zahlen haben Sie selbst in der Antwort auf die Große Anfrage genannt. Auch ich bedanke mich für die Arbeit der Mitarbeiter in den Ministerien. 1995, nach dem zweiten Golfkrieg und mitten in den Jugoslawienkriegen auf dem Balkan, sind in unserem Land 3.559 Flüchtlinge untergekommen. Das waren genauso viel wie 2013 bei uns in Schleswig-Holstein. Das heißt, es gibt Erfahrungen, damit umzugehen. Ich glaube, ich brauche gerade die SPD nicht daran zu erinnern, dass damals die SPD in der Regierungsverantwortung war, das heißt, das ganze Problem schon einmal miterlebt hat, und seit 1996 dann in der Koalition zusammen mit den Grünen dieses Problem gemeistert hat.

Und heute? - Es werden Verbesserungen vorgeschlagen. Auch ich halte eine **Zeltlösung** wirklich nicht für eine Lösung. Es ist allenfalls eine Notlösung, die schnellstmöglich beendet werden muss. Ich sage aber fairerweise auch, denn ich habe für Hilfsorganisationen im Irak und in manchen anderen Ländern gearbeitet: Ein Mensch, der diese Not dort überlebt, der es schafft, zu uns zu kommen, der

(Angelika Beer)

wird - das ist heute auch in der „KN“ nachzulesen - erst einmal für wenige Tage, vielleicht für wenige Wochen, froh sein, ein solches Zelt zu haben, weil es besser ist, in einem Zelt zu überleben und Hilfe zu bekommen, als in einer Krisenregion zu sterben.

(Beifall PIRATEN und Peter Lehnert [CDU])

Gleichwohl können auch **Container** in der Zukunft keine Lösung für die Unterbringungsprobleme sein. Wir wissen: Sie kosten viel Geld, und die Container sind auch eine Notmaßnahme. Trotzdem müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass einige Kreise und Kommunen Notfallpläne zumindest analysieren, um im Zweifel bei weiteren Zuweisungen aus Neumünster auch Sporthallen als Flüchtlingsunterkünfte zu nutzen. Auch das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist bekannt und sollte auch dem Innenminister bekannt sein.

Herr Breitner, ich sage Ihnen auch: Der Ruf nach einem Krisengipfel in Berlin reicht nicht aus. Es reicht nicht aus, wenn wir Herrn Kauder als Unionsfraktionschef hören, der vor Kurzem gesagt hat - ich zitiere:

„Ich finde, dass wir weitere Flüchtlinge aufnehmen müssen, wenn sie es bis zu uns schaffen.“

Ist das eine Regierungspolitik der humanitären Verantwortung? - Ich sage: Nein!

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir dürfen keinen Kotau vor der Großen Koalition in Berlin machen, die sich einen schlanken Fuß macht, wenn es um die Gestaltung der Flüchtlingspolitik in Deutschland geht. Herr Breitner, deswegen begrüße ich Ihre Ankündigung, dass Sie endlich in Schleswig-Holstein alle zusammenholen wollen. Ich begrüße auch, dass Sie ankündigen, in die Kreise zu fahren. Ich kann Ihnen da hervorragende Unterlagen anbieten, denn ich habe das bereits gemacht. Wir haben aufgrund einer Umfrage aus dem Juni bei allen Kreisen und Gemeinden Antworten zur Situation und zur Problemlage bekommen. Ich denke, dass sich der Minister schleunigst auf den Weg machen sollte, denn dann weiß er auch, dass die heutige Kritik an uns - in dem Fall an der Opposition - vollkommen unangemessen war.

Dann wüssten Sie auch, wie es ist in einer Gemeinde wie **Boostedt**. Das ist meine Gemeinde. Ich danke unserem Bürgermeister und den Kommunalvertretern für ihre Bereitschaft, auch Flüchtlinge in

Gebäuden der Bundeswehr unterzubringen. Wir werden das schaffen.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber dann brauchen wir dort auch den viel gepriesenen **Dialog** dieser Landesregierung - wenn es geht, aller Fraktionen. Es kann nicht sein, dass eine solche Kommune, auch wenn es noch in der Prüfung ist, die Überlegungen aus der Zeitung erfährt. Das darf nicht passieren, weil es dann dazu kommt - wir haben gestern auch den Bericht im „Schleswig-Holstein-Magazin“ dazu gesehen -, dass die Bürger auf einmal - ganz ohne Grund aus meiner Sicht - doch ängstliche Fragen stellen. Was passiert, wenn dann Flüchtlinge bei uns im Kindergarten sind? Was passiert in den Schulen? - Das alles hätte man verhindern können, wenn man frühzeitig in der Gemeinde im Kreis Segeberg mit ihnen gesprochen hätte. Dann hätte man auch vermeiden können, dass in einer Nacht- und Nebelaktion frisch zugeführte Flüchtlinge aus der ZASt in Neumünster nach Boostedt in den Kreis Segeberg in ein Holzhaus gebracht werden, wo das Rattengift von den vorher das Haus bewohnenden Flüchtlingen noch in der Küche und im Wohnzimmer ist und aus dem wir sie schleunigst wieder herausholen mussten. Es waren sechs Personen in einem Gebäude, das maximal für drei Personen geeignet gewesen wäre. All solche Sachen wollen wir gemeinsam verhindern. Ich und meine Fraktion bieten Ihnen da ausdrücklich unsere Unterstützung an.

(Beifall PIRATEN)

Dazu gehört dann aber auch eine angemessene **Finanzausstattung** aufgrund der Erfahrungen, die diese Landesregierung in den 90er-Jahren gemacht hat. Herr Breitner, ich erwarte dringend, dass Sie das konkretisieren. Es kann doch eigentlich nicht sein: Sie schreiben in Ihrem Bericht, dass die Zahl der **minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge** schon jetzt massiv angestiegen ist und weiter ansteigen wird, ich finde in Ihrem Haushaltsplan 2015 aber nicht einen Titel, der diese Notlage bedient. Das kann doch nicht sein. Haben Sie es einfach vergessen? Wie entlasten wir denn die Kreise und Kommunen, wenn es um traumatisierte Flüchtlinge aus Syrien und später aus dem Irak geht? Sie werden auf Ihrer Rundreise hören, dass die Kommunen keinerlei Unterstützung haben, um mit traumatisierten Flüchtlingen umzugehen, dass sie oft gar nicht merken, dass diese traumatisiert sind, weil diese Menschen nicht in der Lage sind, es mit ihren Kenntnissen der Sprache, die noch nicht ausrei-

(Angelika Beer)

chen, so zu transportieren, dass sie sofort ärztliche Unterstützung bekommen.

Wir setzen darauf, dass wir nach dieser etwas strittigen Debatte wieder gemeinsam in den Kommunen, in den Kreisen und auch in den unterschiedlichen Ministerien agieren. Sie haben da vollkommen recht, es ist nicht nur das Innenministerium, es ist auch das Sozialministerium. Aber es reicht nicht aus, auf das andere Ministerium zu zeigen, sondern wir brauchen ein Bewusstsein der **Querschnittsaufgabe** zu sagen: Ja, wir haben eine Willkommenskultur, eine Bleiberechtskultur, und willkommen zu heißen heißt für uns, mit allen zusammenzuarbeiten, insbesondere mit den Betroffenen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt FDP und Beifall Dr. Axel Bernstein [CDU])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Kollege Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, möchte ich eines vorwegschicken, weil die Kollegin Beer eben sagte, dass die Debatte kontrovers sei. Ich glaube, dass das nicht so ist. Natürlich ist es so, dass der eine oder andere einmal ein bisschen zuspitzt. Auch der Kollege Klug hat gerade eben ein bisschen zugespitzt. Das ist das gute Recht in einer parlamentarischen Debatte. Ich bin aber davon überzeugt, dass wir beim Thema **Unterbringung von Flüchtlingen** in diesem Hohen Haus über alle Fraktionsgrenzen hinweg der gleichen Auffassung sind, dass humanitäre Hilfe notwendig ist und so gut wie möglich geleistet werden soll.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und Peter Lehnert [CDU])

Ich bin dankbar dafür, dass wir alle diese Einstellung zu diesem Thema haben.

Vor diesem Hintergrund möchte ich zuerst Minister Breitner einen recht herzlichen Dank für den ausführlichen Bericht aussprechen. Die dargestellten Zahlen sprechen für sich. Die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen ist zurzeit nicht ganz unkompliziert. Vor allem von kommunaler Seite kann man derzeit ein lautes Rufen hören, aber

auch dass wir schon jetzt bei der Erstaufnahme auf Zelte zurückgreifen müssen, spricht Bände.

Die Landesregierung verschließt Augen und Ohren nicht, im Gegenteil, sie versucht, konstruktive Lösungswege aufzuzeigen. Dies wird auch im Bericht dargestellt. In den letzten zwei Jahren ist das Ministerium in Bezug auf den Austausch zwischen den kommunalen und landesspezifischen Behörden systematisch vorangegangen. Ein dichtes Netz an Diskussionen hat sich aufgetan. Das ist nicht zu unterschätzen. Das zeigt, dass man miteinander redet, dass man mit der kommunalen Ebene redet. Das ist das Entscheidende, wenn Akzeptanz vor Ort hergestellt werden soll. Vor dem Hintergrund ist es nicht zu kritisieren, dass die letzten zwei Jahre geredet wurde, sondern es ist sehr positiv, dass unser Innenminister immer wieder mit der kommunalen Ebene geredet hat.

Die Kommunen stehen vor einem zusätzlichen Problem, nämlich dem Mangel an **Wohnraum für Asylbewerber und Flüchtlinge** sowie in einigen Fällen einer darüber hinausreichenden generellen Wohnraumknappheit. Dies ist eine große Herausforderung. Wie die Unterbringung konkret durchgeführt wird, ist Sache der Kreise und kreisfreien Städte. Sie selbst entscheiden, wie diese zu erfolgen hat. Wir vom SSW können an dieser Stelle nur appellieren, sich weiter für eine **möglichst dezentrale Form der Unterbringung** zu entscheiden, auch wenn dies nicht immer die preisgünstigste Lösung ist.

(Vereinzelter Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bericht beinhaltet aus meiner Sicht nicht nur das Aufzeigen der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, sondern es lässt sich auch ein gewisser Ehrgeiz herauslesen. Der Anspruch liegt darin, eine wirklich gute Aufnahme möglich zu machen.

„Wer in Schleswig-Holstein angekommen ist, darf nicht am Aufenthaltsstatus scheitern.“

So steht es im Bericht geschrieben. Ein Anspruch, der es wert ist, gewürdigt und umso mehr mit Leben erfüllt zu werden.

Das Innenministerium hat sich ein sehr ambitioniertes Ziel gesetzt. Ich finde es begrüßenswert, dass man in Verbindung mit der Aufnahme von Flüchtlingen nicht zurückscheut, sich selbst anspruchsvolle Zielvorgaben zu setzen. Allerdings müssen wir

(Lars Harms)

klar erkennen, dass auch unsere Kapazitäten in Schleswig-Holstein begrenzt sind, und uns schon heute Gedanken darüber machen, was wir tun wollen, wenn wir an die Grenzen unserer vorhandenen Einrichtungen stoßen. So ehrlich muss man sein.

Es ist ja richtig: Die Menschen aus dem Irak haben den Weg hierher noch gar nicht gefunden. Das heißt, mit sinkenden Zahlen ist nicht zu rechnen, sondern mit steigenden Zahlen. Da müssen wir ehrlich miteinander umgehen, meine Damen und Herren.

Zu einer **integrationsorientierten Aufnahme** von Flüchtlingen, die sich nicht nur über Verwahrungsmaßnahmen definiert, gehören auch der **Spracherwerb** und eine sofortige **Beschulung**. Die Beschulung ist besonders wichtig, da sie ausnahmslos an erster Stelle steht, wenn es darum geht, eine Ausbildung oder eine Beteiligung am Arbeitsmarkt möglich zu machen. Ein Blick auf die Zahlen genügt, um zu erkennen, dass uns hier in Zukunft noch einige Herausforderungen erwarten werden. Die Anzahl der Asylbewerber hat sich seit 2008 deutlich erhöht, in Schleswig-Holstein sowie im ganzen Bundesgebiet. 2008 befanden sich 770 Asylbewerber im Land. Eine solche Zahl kann man aus heutiger Sicht fast nur noch belächeln.

In den nächsten Jahren werden wir es aller Wahrscheinlichkeit mit höheren Zahlen zu tun haben. Daher muss sich jetzt etwas bewegen und die Zusammenarbeit auf allen Ebenen intensiv gepflegt werden. Das Innenministerium hat, wie in der Auflistung der verschiedenen Veranstaltungen und **Gesprächen** dargestellt, gezeigt, dass auch das Ministerium eine solche Zusammenarbeit wünscht. Von unserer Seite aus können wir diese Zusammenarbeit nur unterstützen und werden dies auch in Zukunft weiter tun.

Das Ziel, ein dauerhaft einsetzbares und tragbares **Konzept** in Schleswig-Holstein, werden wir dabei fortwährend im Auge behalten. Es geht nicht nur darum, die Leute unterzubringen und dann zu sehen, wie man irgendwelche Verfahren abarbeitet, sondern es geht darum, dass diese Menschen länger bei uns bleiben werden, vielleicht sogar immer bei uns bleiben werden, dass sie bei uns willkommen sind,

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

dass wir ihnen alle Möglichkeiten geben, sich persönlich und beruflich hier weiterzuentwickeln, und dass sie selbst die Chance haben zu entscheiden, ob sie zurückgehen, weil sie ihr Land wieder aufbauen

wollen, oder ob sie hierbleiben wollen, weil sie hier eine Chance für sich und ihre Familie sehen. Beides soll möglich sein. Da haben wir eine große Verantwortung, die Infrastruktur so zur Verfügung zu stellen, dass diese Menschen diese Entscheidung auch treffen können.

(Beifall SSW und SPD)

Es zeigt sich also, dass eine Unterbringung mehr ist als nur ein Dach über dem Kopf. Es ist nicht nur ein Dach über dem Kopf, es ist nicht nur ein Konzept oder ein Leitfaden, sondern es ist und bleibt eine zentrale Aufgabe unserer gesamten Gesellschaft.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für einen Dreiminutenbeitrag hat der Kollege Dr. Axel Bernstein das Wort.

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Redner haben betont, dass wir uns im Ziel einig sind. Ich habe mich aus zwei Gründen gemeldet, einmal, weil es mir wichtig ist, darauf hinzuweisen - ich will das keinem unterstellen, aber es kann so ankommen -, dass es nicht redlich ist, wenn Kritik am Verfahren oder Kritik an Punkten, wo es wirklich hakt, ein bisschen unter den Verdacht gestellt wird, das würde einer humanitären Einstellung gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen entgegenstehen. Darum geht es nicht. An der Stelle sind wir uns einig. Wir müssen nur zusehen, dass es in einer Art und Weise funktioniert, die für alle Beteiligten tragbar ist.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Unruhe)

Da ist es natürlich - die Kollegin Beer hat es angesprochen - vor dem Hintergrund der Informationen, die wir schon länger haben, überhaupt nicht nachvollziehbar, dass der **Bewilligungsbescheid** für **Schackendorf** seit Monaten hängt und bis heute nicht vorliegt.

Auch das Thema **Boostedt** haben Sie angesprochen. Als für diesen Bereich örtlich mit Zuständiger möchte ich an der Stelle drei Anmerkungen machen. Es ist unglücklich, wenn die Gemeinde aus der Presse von der Überlegung erfährt und erst unmittelbar danach informiert wird. Ich habe Verständnis dafür, dass man unter einem großen Druck steht, dass man hier eine Lösung finden muss. Ich

**(Dr. Axel Bernstein)**

halte die angedachte Lösung auch für durchaus vernünftig. Das ist eine weitgehend sanierte Kaserne in ziemlicher Nähe zur heutigen Unterkunft. Deswegen ist das ein Standort, über den man nachdenken kann.

Die kritische Anmerkung in Richtung Bund geht in meinen Augen völlig fehl. Denn es ist eine große Leistung, wenn dort in kurzer Zeit das Einverständnis gegeben wird, diesen Standort zu prüfen, der ja noch in Betrieb und in Abwicklung ist. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Man muss jetzt aber auch gegenüber der Gemeinde deutlich sagen, wie man ihr helfen will und kann. Denn über den in Schließung befindlichen Standort wird seit Jahren intensiv diskutiert, was eine Nachnutzung angeht. Da muss die Gemeinde weiter begleitet werden. Es muss klargestellt werden, dass die Konversion auf den Flächen, die nicht benötigt werden, weiterlaufen kann. Es muss klargestellt werden, dass die angedachte Befristung eine Verbindlichkeit bekommt. Es muss klargestellt werden, welche Unterstützung die Gemeinde nach Ende der Zwischenlösung bekommt, damit der Standort in einen Zustand an die Gemeinde, einen möglichen Investor oder Nachnutzer übergeht, der die Chance zur Konversion nicht verschlechtert. Diese Fragen sind - das ist kein Vorwurf - bisher nicht geklärt. Das muss jetzt kommen, bevor man da Nägel mit Köpfen macht.

(Vereinzelter Beifall CDU und PIRATEN - Unruhe)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage, Drucksache 18/2160, sowie den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2190, federführend dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss, dem Bildungsausschuss, dem Wirtschaftsausschuss und dem Europaausschuss zu überweisen. - Frau Damerow, Sie haben eine Bemerkung zu diesem Antrag. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, haben Sie das beantragt.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Frau Präsidentin, ich habe beantragt, dass die Antwort auf die Große Anfrage Drucksache 18/1801 federführend an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an die weiteren Ausschüsse über-

wiesen wird und der Bericht zur Unterbringungssituation allein an den Innen- und Rechtsausschuss.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Die Große Anfrage wird nicht in den Ausschuss überwiesen. Damit können Sie sich gern im Rahmen der Selbstbefassung beschäftigen. In der Regel wird die Antwort der Landesregierung überwiesen; Ihre Große Anfrage kennen wir ja.

(Astrid Damerow [CDU]: Selbstverständlich!)

Sie wollen die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage in den Innen- und Rechtsausschuss überweisen?

(Astrid Damerow [CDU]: Nein! Ich glaube, es ist unkomplizierter, wir machen es so: federführend Innen- und Rechtsausschuss und die genannten Ausschüsse mitberatend!)

- Dann noch einmal: Die Antwort auf die Große Anfrage hat die Drucksachennummer 18/2160. Sie und der Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/2190, sollen federführend dem Innen- und Rechtsausschuss, mitberatend dem Sozialausschuss, dem Bildungsausschuss, dem Wirtschaftsausschuss und dem Europaausschuss überwiesen werden. Ja? - Gut. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

**Humanitäre Katastrophe im Irak - Flüchtlinge jetzt aufnehmen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/2215

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/2266

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/2269

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner von der SPD-Fraktion das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits gestern habe ich während der Haushaltsdebatte betont, wie erschreckend die Nachrichten

(Dr. Ralf Stegner)

sind, die uns derzeit aus aller Welt erreichen. Sie führen uns einmal mehr vor Augen: 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges und 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges ist Frieden keine Selbstverständlichkeit. Die Bilder aus anderen Teilen der Welt zeigen, welch ungeheures Glück wir haben, hier leben zu dürfen.

Umso mehr, meine ich, tragen wir Verantwortung dafür, das zu tun, was nötig ist, um Menschen zu helfen, denen es nicht so gut geht. Ich will gleich sagen, dass dies auch abseits von gewaltsamen Krisen und Konflikten gelten sollte. Ich würde es weiterhin unterstützen, wenn Deutschland endlich einer Forderung Willy Brandts nachkäme, das **Millenniumsziel** umsetzen und 0,7 % des BIP für die Entwicklungshilfe auszugeben. Da könnten wir Vorreiter sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wir sind allerdings auch hier in Schleswig-Holstein gefordert, direkt vor Ort. Wir können unsere **Flüchtlingspolitik im Land** wirklich hervorheben. Das, was wir alle gemeinsam mit den Kommunen konkret tun, macht die Willkommenskultur in Schleswig-Holstein vielerorts erlebbar. Ich füge, von der Debatte eben ausgehend hinzu: Man muss sich manchmal sehr genau überlegen, welche Sätze man formuliert und wie das in den Ohren derjenigen ankommt, über die wir hier reden. Das, was bei der Flüchtlingspolitik gilt, gilt es auch angesichts der furchtbaren Gewalt im Irak fortzusetzen. Deshalb fordern wir vom **Bund**, unverzüglich eine **humanitäre Aufnahmeaktion für Flüchtlinge** aus dem **Irak** zu beschließen, parallel das bestehende Resettlement-Programm zu verlängern und - damit es hier auch akzeptiert wird - den Kommunen die angemessene Unterstützung zur Verfügung zu stellen.

Flüchtlinge hier aufzunehmen ist das eine. Schon die Destabilität in der Region und Kapazitäts- sowie Sicherheitsgrenzen vor Ort machen dies unverzichtbar. Das andere sind direkte Hilfen vor Ort, die ebenfalls wichtig sind. Humanitäre Hilfen wie die Versorgung der Flüchtlinge mit Lebensmitteln, medizinischer Hilfe und Unterkünften haben erste Priorität. Das ist eine Riesenaufgabe. Der Winter kommt bald. Ich bewundere die Helfer, die zum Teil auch aus Schleswig-Holstein kommen und dort vorbildliche Arbeit leisten.

(Beifall)

Ich finde es ganz unangebracht, dass solche humanitäre Unterstützung manchmal öffentlich lächer-

lich gemacht wird - als sei vor allem der Waffeneinsatz das Entscheidende.

Ich will aber auch in diesem Haus sagen: Die Entscheidung der Bundesregierung, nun **Waffen** an die **Kurden im Nordirak** zu liefern, halte ich für falsch. Ich freue mich, dass diese Position auch die Zustimmung meiner eigenen Fraktion in Schleswig-Holstein erhalten hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ja, es ist richtig, dass die Amerikaner militärischen Schutz aus der Luft gewähren, den die im unseligen Irakkrieg von George Bush zerstörten staatlichen Schutzstrukturen leider nicht gewähren können.

Dabei möchte ich nicht verhehlen, dass vielen die Entscheidung für Waffenlieferungen sicherlich nicht leicht gefallen ist, sondern ein wahres Dilemma darstellt. Natürlich müssen wir den Verfolgten und Opfern der grausamen Terrormilizen des IS helfen. Die Frage ist aber, wie. Man muss immer auch die Folgen bedenken. Waffenlieferungen können gefährliche Folgen haben, die uns noch lange beschäftigen werden. Denn welche regionale Situation ist die Folge? Reden wir morgen darüber, dass es einen Kampf um einen unabhängigen Kurdenstaat gibt, der sich dann vielleicht gegen den Zentralstaat Irak richtet? Was bedeutet das für die Türkei? Was folgt aus solchen Entscheidungen für die Situation in der Ostukraine? Es gibt keine einfachen Antworten auf so komplexe Fragen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich persönlich komme zu der Einschätzung: Die Risiken überwiegen. Ohnehin bin ich generell der Auffassung, dass grundsätzlich keine Waffen in Krisengebiete und Diktaturen geliefert werden sollten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Das jüngste Beispiel um SIG SAUER zeigt übrigens, dass auch wir hier etwas damit zu tun haben. Es geht auch um Betriebe in unserem Land.

Das alles macht mich übrigens nicht zum Radikalpazifisten. Gerade Deutschland verdankt seine Freiheit dem Sieg der alliierten Streitkräfte über Nazi-Deutschland. Bedrohten Völkern auch militärisch zu helfen, das muss die Völkergemeinschaft manchmal entscheiden.

(Dr. Ralf Stegner)

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Deshalb müssen wir die Handlungsfähigkeit der **Vereinten Nationen** stärken. Es ist nämlich Aufgabe dieses Organs der Völkergemeinschaft, das zu regeln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Hier muss auch Deutschland Verantwortung tragen.

Aber primär ist Deutschlands außenpolitische Rolle in der Welt eine andere. Ich bin überzeugt davon, dass es der Diplomatie gelingen kann, Konflikte frühzeitig zu entschärfen. Außenminister Frank-Walter Steinmeier praktiziert dies übrigens in vielen Krisenregionen der Welt mit Überzeugungskraft und der notwendigen Kondition. Ich habe vorgestern einen Kommentar in der „Welt“ gelesen. Da hieß es: „Der Mann redet und redet und redet und redet.“ Ich sage: „Es ist doch besser, als dass er schießt.“ Was ist das für eine Haltung, das zu kritisieren?

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann haben in der Menschheitsgeschichte Waffenlieferungen wirklich Gutes bewirkt? Heute liefern wir Waffen, morgen sind wir ganz erstaunt, dass damit unschuldige Menschen getötet werden. Die humanitäre Hilfe vor Ort und die Aufnahme von Flüchtlingen hier sind die von uns unterstützten Konzepte.

(Beifall Lars Winter [SPD])

Ich freue mich, wenn möglichst viele daran mitwirken. Ich sage mit Willy Brandt, der immer noch recht hat:

„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zur Antragslage Folgendes bemerken: Wir lehnen den Änderungsantrag der Union ab, weil er hinter das zurückgeht, was wir insgesamt miteinander bewegen können. Der Änderungsantrag der Piratenfraktion bringt in der Sache das zum Ausdruck, was ich gerade vorgetragen habe. Wir haben uns in der Koalition mit den Grünen und dem SSW - dafür bedanke ich mich ausdrücklich beim SSW - darauf verständigt, dass wir das als eine Gewissensentscheidung der Abgeordneten betrachten und die Abstimmung freigeben. In dem Sinne werden sich die Fraktionen verhalten. Ich würde mich sehr freuen,

wenn dieser Änderungsantrag in der gesonderten Abstimmung eine Mehrheit in diesem Haus bekommt. Ich glaube, dass es gut ist, wenn wir den Menschen helfen, aber dass es der falsche Weg ist, Waffen zu liefern. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der CDU hat die Frau Kollegin Astrid Damerow das Wort.

Bis sie das Mikrofon erreicht, teile ich Ihnen mit, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Parlamentarischen Geschäftsführer darauf verständigt haben, dass die Tagesordnungspunkte 17 und 26, die folgen werden, getauscht werden. Wir rufen also nach diesem Tagesordnungspunkt den Punkt 26, Kinder- und Jugendaktionsplan fortführen und erweitern, auf und erst danach den Berichtsantrag Strategiekonzept Verbraucherzentrale. Ich sage Ihnen dies jetzt schon, damit Sie sich darauf einstellen können.

Jetzt hat die Kollegin Astrid Damerow von der CDU-Fraktion das Wort.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Danke sehr, Frau Präsidentin. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bilder, die uns aus dem Irak erreichen, sind wahrhaftig erschreckend. Der Terror nimmt stetig zu. Die Terrorgruppe Islamischer Staat hält das Land in einem Würgegriff. Menschen werden auf Sklavenmärkten verkauft, Frauen vergewaltigt oder einfach umgebracht, regelrecht abgeschlachtet. Ich denke, wir alle sind uns einig, die Weltgemeinschaft, Europa und auch Deutschland dürfen hier nicht tatenlos zusehen.

Der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen und der PIRATEN spricht sich für ein **bundesweites Aufnahmeprogramm** für irakische Flüchtlinge aus. Wir haben beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt über das Thema Flüchtlinge und deren Aufnahme gesprochen, auch über die Probleme, vor denen wir hier im Land stehen. Damit will ich nicht sagen, dass wir uns gegen eine Aufnahme irakischer Flüchtlinge oder Asylsuchender sträuben. Aber wir dürfen die Probleme, die wir heute schon haben, nicht außer Acht lassen.

Wir müssen in dieser Debatte auch einmal darüber diskutieren, ob **Resettlement-Programme** für Menschen in solchen akuten Notlagen richtig sind. Sie werden zum Teil sehr bürokratisch gehandhabt

(Astrid Damerow)

und dauern sehr lange. Das ist ein Thema, mit dem wir uns in unserem Ausschuss einmal beschäftigen sollten. Die aktuellen Programme für syrische Flüchtlinge zeigen dies übrigens sehr deutlich. Die Aufnahmekontingente können schon heute nicht ausgeschöpft werden.

Wenn man über **Kontingente** nachdenkt - deshalb unser Änderungsantrag -, kann dies unserer Ansicht nach nur in Abstimmung von Bund und Ländern erfolgen. Denn die Flüchtlinge müssen ja auch von Bund und Ländern gemeinsam betreut und untergebracht werden. Es ist zu einfach, nur immer den Bund dazu aufzufordern, insoweit zu handeln. Dies wird nur gemeinsam mit Bund und Ländern gehen können.

Im Übrigen dürfen wir im Rahmen der von uns geführten Diskussion am Ende natürlich auch nicht vergessen, dass wir auch unsere Kommunen in die Lage versetzen müssen, entsprechend handeln zu können und die Probleme vor Ort lösen zu können.

Es muss aber auch sehr deutlich werden - das hat der Kollege Stegner eben angesprochen, und das teilen wir -: Die oberste Priorität muss nach wie vor die **Stabilisierung der Lage im Irak** haben. Insoweit gibt es durchaus aktuell erste Schritte, die Hoffnung machen. Wir werden abwarten müssen, wie sich die Situation dort weiterentwickeln wird.

Weiterhin müssen selbstverständlich humanitäre Hilfen vor Ort sichergestellt werden. Diese Maßnahmen erreichen nämlich kurzfristig erheblich mehr Menschen, als das jedes Aufnahmeprogramm im Moment könnte.

Darüber hinaus dürfen wir nicht vergessen, dass mit den Aufnahmekontingenten natürlich auch das Asylrecht ein Schutzmechanismus ist, der genutzt werden wird. Hinter jedem Flüchtling, der hierher kommt, hinter jedem Asylsuchenden steht ein schweres Schicksal. Die Aufnahme von Flüchtlingen und die Gewährung von Asyl funktionieren nicht ohne geordnetes Verfahren. Es muss in jedem Einzelfall eine Prüfung vorgenommen werden. Diese **Prüfungsverfahren** müssen zügig durchgeführt und beschleunigt werden. Das Bundesamt für Migration wird hierfür 300 zusätzliche Stellen schaffen. Dies wird auch dringend notwendig sein.

Wenn wir diese Diskussion führen - ich will das Thema an dieser Stelle wirklich nur streifen -, müssen wir auch darüber reden, wie wir mit Flüchtlingen aus Ländern umgehen wollen, die nicht dieser Gefährdung unterliegen. Ich spiele hierbei auf die Diskussion an, die im Bundestag geführt worden ist und die in der nächsten Woche auch im Bundesrat

anstehen wird, nämlich die Diskussion über die Entscheidung, **Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien zu sicheren Herkunftsstaaten** zu erklären. Dies wird im Bundesrat von den Grünen blockiert, und auch hier habe ich Stimmen vernommen, dass sich Schleswig-Holstein gegen eine solche Regelung stemmen könnte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Angelika Beer [PIRATEN])

Bevor Sie applaudieren, lassen Sie mich Folgendes sagen: Diese Blockade geht im akuten Fall zulasten der Menschen, die aus Bürgerkriegsländern zu uns kommen. Wer eine verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik machen will, der darf auch diese Realitäten nicht ausblenden.

Wir fordern deshalb gemeinsame Lösungsansätze von Bund und Ländern, die auch die Kommunen einbeziehen. Am Ende eines solchen Prozesses kann unserer Ansicht nach durchaus auch ein Aufnahmekontingent stehen. Aber, wie gesagt, wir sollten die Verantwortung dafür nicht einfach nur auf den Bund schieben.

Lassen Sie mich noch etwas zu den **Waffenlieferungen** sagen. Auf Bundesebene ist darüber viel diskutiert worden. Ich will das auch nicht alles wiederholen, möchte aber sagen: Wir sehen das komplett anders, und das ist nicht wirklich überraschend. Ich glaube, niemand hat sich diese Entscheidung leicht gemacht. Niemand ist begeistert darüber, Waffen in den Irak und an die Kurden zu liefern. Wir alle kennen die Problematik aus den letzten Jahrzehnten. Aber ich glaube, es ist viel zu einfach und viel zu banal, wenn wir nun sagen: Wir machen die humanitäre Hilfe, und die USA liefern die Waffen. So einfach ist Politik nicht.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Sie jetzt bitte zum Ende kommen müssen.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Ja, das werde ich tun. - Manches Mal muss sich leider auch Politik in Grauzonen bewegen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nein!)

Das ist für die jeweiligen Politiker und für Sie persönlich sehr, sehr schwierig. Ich weise aber darauf hin - -

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Abgeordnete!

**Astrid Damerow [CDU]:**

Ich bin bei meinem letzten Satz. - Während wir diskutieren und uns darüber unterhalten, wer zuständig ist, sterben täglich Menschen. Deshalb sind wir gezwungen, auch einmal für uns persönlich sehr unangenehme Entscheidungen zu treffen.

(Wortmeldung Dr. Heiner Garg [FDP])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Abgeordnete, möchten Sie - -

**Astrid Damerow [CDU]:**

Ich möchte nicht, dass unseretwegen Menschen im Irak sterben.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Abgeordnete, ich frage Sie - -

(Astrid Damerow [CDU] verlässt das Rednerpult - Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich hatte mich zu einer Zwischenfrage gemeldet!)

- Bei aller Liebe, aber es war nicht möglich, diese Zwischenfrage zu stellen. Ich glaube aber, Sie werden es anders hinkriegen, noch das zu sagen, was Sie haben sagen wollen. Es gibt ja auch die Möglichkeit von Dreiminutenbeiträgen.

Jetzt hat zunächst für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Frau Abgeordnete Eka von Kalben das Wort.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ehe mir nachher am Ende meiner Rede die Zeit dazu fehlen könnte, möchte ich eine Klarstellung bezogen auf das Thema **sichere Herkunftsstaaten** machen, das eben so nebenbei hier eingeflossen ist.

Wir als Koalition wollen nicht, dass Flüchtlinge aus dem einen oder aus dem anderen Land als schlimmer betroffene Flüchtlinge und weniger schlimm betroffene Flüchtlinge gegeneinander aufgerechnet werden. Für uns haben auch die Menschen vom Balkan das Recht, hier Asyl zu beantragen. Deswegen haben wir in der Koalition verabredet, dass wir den dazu unternommenen Vorstoß der Bundesregierung ablehnen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, es ist höchste Zeit. Die Entwicklung im Irak macht möglicherweise sprachlos, aber sie darf uns nicht handlungsunfähig machen. Dementsprechend haben wir die Initiative übernommen und fordern von der Bundesregierung, umgehend die humanitäre **Aufnahme** von **irakischen Flüchtlingen** zu beschließen, und zwar nicht nur für die, die es zu uns schaffen. Wir freuen uns sehr, dass unser Innenminister, Andreas Breitner, immer wieder öffentlich für die Aufnahme weiterer Flüchtlinge eintritt und dies auch für irakische Flüchtlinge zuletzt auf der Innenministerkonferenz Ende August getan hat.

Ich will nicht verhehlen: Ein solcher Beschluss, nachdem wir gerade beschrieben haben, in welcher Not die Erstaufnahme in Neumünster ist und welche Kraftanstrengungen die Kommunen vornehmen, scheint absurd. Nicht nur die Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten befürchten, dass die Aufnahmekapazitäten für ein friedliches Miteinander ausgereizt sind. Ich gebe zu, gerade wir Grüne neigen dann dazu, mit dem moralischen Zeigefinger zu wedeln und zu sagen: „Stellt euch nicht so an! Habt ihr etwa kein Herz? Wer Waffen schickt, der muss auch Flüchtlinge aufnehmen.“

So einfach ist es aber nicht. Ich will, dass sich die Menschen, die hierher kommen, hier auch wohlfühlen. Dazu gehört, dass sie von der Gesamtbevölkerung oder mindestens von der großen Mehrheit aufgenommen werden. Das ist zurzeit so. Überall in kleinen Gemeinden und in großen Städten bilden sich Gruppen, die bei der Aufnahme der Flüchtlinge helfen wollen. Das gilt es zu stärken und zu stützen, damit es so bleibt und die Ängste der Menschen nicht überhand nehmen und in Fremdenfeindlichkeit umschlagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW und Wolfgang Kubicki [FDP])

- Jetzt kriege ich auch noch Applaus. Ich lobe Herrn Kubicki ungerne. Aber ich muss sagen, vor allem auch vor dem Hintergrund dessen, was Sie gestern im Rahmen der Debatte zum Antisemitismus gesagt haben: Wir dürfen die Augen nicht verschließen vor diesen Richtungen. Es nützt nichts, zu sagen, das seien alles Rechtspopulisten, die wir alle in einen Sack stecken können, sondern wir müssen die diesbezüglichen Ängste ernsthaft im Auge behalten, ohne sie selber zu übernehmen und ohne sie selber in unseren Sprachgebrauch zu integrieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, **Länder** und **Kommunen** können diese Aufgabe aber nicht alleine bewäl-

**(Eka von Kalben)**

tigen. Wir fordern auch den Einsatz der **Bundesregierung**. Der Einsatz für die Menschen im Irak darf sich nicht auf militärische und sicherheitstechnische Unterstützung beschränken. Es braucht hierzu eine umfassende **humanitäre Strategie**. Wenn Geld für militärische Unterstützung vorhanden sein soll, dann muss auch Geld für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen bereitgestellt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich persönlich befürworte die **Waffenlieferung** in den Irak nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und PIRATEN)

Ich kann die vermeintliche Alternativlosigkeit dieser Handlung - trotz der dort stattfindenden Gräueltaten - nicht nachvollziehen. Und ja, es ist manchmal schrecklich, zuzuschauen. Aber ein Einsatz ohne UN-Mandat ist für uns nicht etwas, was wir unterstützen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Wolfgang Kubicki [FDP])

Diese Haltung ist bei den Grünen wie bei so vielen in Deutschland umstritten, und es gibt in dieser Frage wohl Überzeugungen, aber kein klares „Richtig“ oder „Falsch“.

Klar ist: Wir wissen nicht, ob wir den Menschen vor Ort mit den Waffenlieferungen helfen werden oder den Konflikt perspektivisch sogar anheizen. Wir wissen hoffentlich, dass die Menschen bei uns vor dem Krieg sicherer sein werden, und deshalb bitte ich sie herzlich um Unterstützung unseres Antrags.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Bevor wir in der Rednerliste fortfahren, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam Schülerinnen und Schüler der Klaus-Groth-Schule aus Neumünster auf der Tribüne zu begrüßen. - Seid uns herzlich willkommen hier im Kieler Landtag!

(Beifall)

Nun hat für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es gleich zu sagen: Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag der regierungstragenden Fraktionen zu, und zwar mit der Ergänzung aus dem Änderungsantrag der Piratenfraktion, dass Waffenlieferungen in Krisengebiete abgelehnt werden.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu diesem Thema hat der Kollege Dr. Stegner meines Erachtens bereits viel Richtiges gesagt. Ich möchte hinzufügen, dass ich es für nachvollziehbar halte, dass in dieser wirklich sehr schwierigen Abwägungsfrage manche auch zu einem anderen Ergebnis kommen. Zur Begründung unserer ablehnenden Haltung, was solche **Waffenlieferungen** angeht, möchte ich auf Folgendes hinweisen und Sie bitten, diesen Gedankengang einmal mit mir nachzuvollziehen.

Wir schreiben heute den 11. September 2014. Jeder weiß, was vor genau 13 Jahren passiert ist. Man muss sich doch fragen, ob es dazu und auch zu all dem, was dann folgte, gekommen wäre, wenn ein Osama bin Laden in den 80er-Jahren nicht von der CIA in Afghanistan im Kampf gegen die Sowjetunion, gegen das „Reich des Bösen“, mit Waffen hochgepöppelt worden wäre.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind natürlich alles hypothetische Überlegungen. Aber ich will damit deutlich machen: Es gibt auch sehr gute und durch die historischen Entwicklungen zu untermauernde Argumente, die zu dem Ergebnis führen, zu dem auch wir gelangt sind, nämlich dass solche Waffenlieferungen in Krisengebiete generell nicht der richtige Weg sind.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Noch kurz zu den Anträgen. Ich finde es gut, dass sich die Regierungsfaktionen gestern nicht - ich sage einmal salopp - durch Frau Damerow haben breitschlagen lassen, ihn durch einen anderen Antrag zu ersetzen, mit dem die Landesregierung lediglich gebeten worden wäre, sich mit einem Prüfungsauftrag an den Bund zu wenden, mit dem auch die Forderung, dass wir vom Bund Hilfen für die Kommunen erwarten, ersatzlos gestrichen worden wäre. Das hat Frau Damerow nun in den neuen Änderungsantrag immerhin mit einer etwas zurückhaltenderen Formulierung mit eingebaut. Aber, wie gesagt, wir halten es für richtig, dass man ange-

(Dr. Ekkehard Klug)

sichts der Flüchtlingsströme, die wir zu bewältigen haben, auch den Bund, der nun einmal für die Außenpolitik zuständig ist, mit in die Pflicht nimmt und sagt: Da sind **Hilfen des Bundes** für die **kommunalen Gebietskörperschaften** erforderlich und angemessen.

Meine Damen und Herren, im Irak sind nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks UNHCR derzeit 1,6 Millionen Menschen auf der Flucht. Aus Syrien sind seit Beginn des Bürgerkriegs, der im Frühjahr 2011 begonnen hat, 3 Millionen Menschen in andere Länder geflüchtet. Es gibt in Syrien außerdem 6,5 Millionen sogenannte Binnenvertriebene. 190.000 Menschen sind bislang im syrischen Bürgerkrieg getötet worden.

Die Folgen der Flüchtlingswellen treffen naturgemäß in erster Linie die unmittelbaren Nachbarstaaten. Dass hier, auch was die humanitäre Hilfe der Staatengemeinschaft angeht, in erster Linie angesetzt werden muss, ist klar. Aber es ist ebenso klar, dass sich die **Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden** auch in den europäischen Staaten erhöht. Darüber haben wir ja schon beim letzten Tagesordnungspunkt gesprochen und auch auf die Zahlen hingewiesen.

Ich finde es gut, dass sich auch die Landesregierung mit diesem Thema auseinandersetzt. Das war inhaltlich noch ein bisschen anders, als Ende Mai dieses Jahres - das ist noch nicht lange her - Bundesaußenminister Steinmeier nach einem Besuch im Libanon ein neues Aufnahmeprogramm für 10.000 Flüchtlinge gefordert hat. Damals las man in der „s:hz“ vom 31. Mai 2014 Folgendes - ich zitiere -:

„Im Kieler Innenministerium hält man es für ungewöhnlich, ja nahezu ausgeschlossen, dass sich der Außenminister, ohne vorher die Länder auch nur ansatzweise informiert zu haben, für ein neues Aufnahmekontingent ausspricht.“

Unterdessen haben sich die sozialdemokratischen Innenminister im Sommer genau für ein solches **Aufnahmeprogramm des Bundes** ausgesprochen. Es ist also ein Sinneswandel eingetreten.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

- Damals war die Reaktion noch sehr zugeknöpft. Mittlerweile hat sich Herr Breitner für einen **nationalen Krisengipfel** ausgesprochen, der sich mit einem Aufnahmeprogramm für Iraker, Syrer und Afghanen beschäftigen soll. Wie gesagt, das ist keine Kritik. Ich habe nur erwähnt, dass es da bei der

Landesregierung und speziell beim zuständigen Innenminister in den letzten Wochen und Monaten eine durchaus begrüßenswerte Entwicklung gegeben hat. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Piratenfraktion hat die Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Dank all jenen gegenüber anfangen, die den Satz in unserem Änderungsantrag unterstützen:

„Die Landesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, keine **Waffenlieferungen** in den Irak, in Krisengebiete und Diktaturen durchzuführen.“

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Bedanken möchte ich mich auch bei dem Kollegen Stegner für seine Rede; das kommt ja nicht häufig vor. Wir sind meistens nicht einer Meinung. Aber das liegt vielleicht auch daran, dass meine außenpolitische Sozialisation zusammen mit Willy Brandt und Egon Bahr stattgefunden hat und ich beide bis heute sehr schätze.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die **humanitäre Katastrophe im Nordirak** - meine Vorredner haben es geschildert - können wir nicht nachvollziehen. Aber wir hören die Nachrichten mit Entsetzen. Es gibt grausame Hinrichtungen, Massenmord und Folter. Die islamische Terrormiliz zerstört alles, was nicht ihren strengen Auslegungen des Islams entspricht: Kirchen, historische Stätten, jesidische Gotteshäuser, schiitische Moscheen.

Der Kollege Klug hat eben das Datum angesprochen: **9/11**. Genau heute führen wir diese Debatte. Den außenpolitischen Diskurs des Kollegen Stegner möchte ich an dem Punkt noch erweitern. Noch ist uns nicht klar, was die Ankündigung von **Barack Obama** im Rahmen seiner **Ansprache an die Nation** anlässlich dieses Datums bedeutet. Wir wissen aber, dass solche Ankündigungen, die ganz klar besagen, dass die Luftschläge, die bisher auf IS-Stellungen im Irak begrenzt waren, auch auf Syrien ausgeweitet werden, nochmals Auswirkungen auf die zunehmende Fragilität all der Staaten haben werden, die Herr Dr. Klug eben erwähnt hat.

(Angelika Beer)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zahl ist erwähnt worden: Es sind über eine Million Menschen auf der Flucht. Wir wollen helfen. Ich kann nur sagen, dass in dieser Situation die **Vereinten Nationen** natürlich die Grundlage für uns sind. Ich kann mir auch vorstellen, dass man UN-mandatierte Korridore beschließt und einführt, um Menschen schlichtweg das Leben zu retten. All das halte ich für wesentlich verantwortungsvoller, als in diese Region jetzt auch noch Waffen zu schicken.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Das Problem ist natürlich, dass wir die **Bundespolitik** nicht beeinflussen können beziehungsweise diesbezüglich keine Entscheidungen treffen können. Aber Thomas de Maizière hat sich dagegen ausgesprochen, eine große Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Irak aufzunehmen. Deswegen bin ich sehr kritisch gegenüber dem Antrag der CDU; denn die Formulierung, liebe Astrid Damerow, dass die Landesregierung gebeten wird, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken zu prüfen, ob Flüchtlinge aufgenommen werden können - Entschuldigung, das geht gar nicht. Das halte ich für einen entsetzlichen Rückschritt gegenüber der bisherigen Einigkeit. Es kann doch nicht sein, dass geprüft wird, ob wir Kriegsflüchtlinge aus dem Irak aufnehmen. Das ist nicht Gegenstand der Debatte.

(Beifall PIRATEN, SPD und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nicht wiederholen, was andere schon gesagt haben. Ich bin mir aber in einem sicher - das will ich hier auch noch sagen -:

Wir müssen wissen, dass der nach wie vor existierende Traum von Kurdistan, sowohl bei den Kurden im Irak, als auch in Syrien, im Iran und in der Türkei, fatale Auswirkungen haben kann, wenn man jetzt an die Peschmerga, mit dem hehren Ziel, dass die IS bekämpft wird, Waffen liefert und eines Tages diese Waffen wieder in die Hand genommen werden, um ihr Kurdistan durchzusetzen - Kurden, die seit Jahrzehnten politisch verfolgt, diskriminiert wurden, und Kurden, die seitens Saddam Hussein damals mit Giftgas angegriffen und von denen über 5.000 ermordet worden sind.

Wenn sich diese Waffen dann irgendwann gegen den NATO-Partner Türkei richten oder gegen andere, dann ist eine solche Waffenlieferung jetzt keine Hilfe, sondern langfristig eine Eskalation, die keiner von uns verantworten kann. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Täglich erreichen uns neue Schreckensnachrichten aus dem Irak, Nachrichten, die für viele Menschen gelebter Alltag sind. Laut dem Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der UN sind bisher ungefähr 1,45 Millionen Menschen aus dem Irak geflüchtet oder aus ihren Heimatorten vertrieben worden. In den letzten sechs Wochen waren es allein zwischen 200.000 und 300.000 Menschen, die Haus und Hof verlassen mussten. In der Region um **Syrien** und dem **Irak** zeichnet sich heute das **weltweit größte Flüchtlingsdrama** ab. Was das bedeutet, können die meisten von uns hier im Haus sich gar nicht vorstellen. Denn einen Krieg kann man sich nur schwer vorstellen, und trotzdem wollen wir den Betroffenen im Irak Schutz bieten, Schutz, den sie schon vor langer Zeit verloren haben und den sie nicht immer in ihrer Heimat oder in den Nachbarstaaten finden können.

Für andere krisengeschüttelte und durch Krieg zerstörte Gebiete hat man in der Vergangenheit auf **Bundesebene Sonderregelungen** erzielt. Wir als rot-grün-blaue Koalition wollen dafür werben, dass eine solche Regelung auch jetzt für den Irak angewandt werden kann. Natürlich soll den Kommunen eine Unterstützung geboten werden, wenn sie Mehrbelastungen zu tragen haben. Darüber hinaus sollte eine weitere konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Kommunen, wie sie bereits heute besteht, auch in Zukunft erhalten bleiben.

Für uns steht völlig außer Frage, dass die Flüchtlinge aus dem Irak, aber auch aus Syrien, bei uns Priorität haben. Es ist wichtig, hier schnell zu handeln und den Menschen unbürokratisch zu helfen. Natürlich haben wir jetzt schon erhebliche Schwierigkeiten, alle Flüchtlinge so unterzubringen, wie wir es uns alle wünschen. Aber gerade dann ist es notwendig, hier ein Zeichen zu setzen und deutlich zu machen, dass diese Menschen, die mit dem Leben bedroht sind, absolute Priorität besitzen.

Abgesehen von einer Sonderregelung, wie sie im Antrag beschrieben ist, hat die **humanitäre Hilfe** für den SSW ganz klar erste Priorität. Es muss zumindest ermöglicht werden, den Betroffenen **vor Ort** eine Aussicht auf Schutz zu gewähren. Und das

(Lars Harms)

erste Flüchtlingscamp im nördlichen Teil des Irak ist bereits gemeinsam mit Kräften aus Dänemark, Norwegen, Schweden und Großbritannien aufgebaut worden. Am vergangenen Freitag wurden weitere Hilfsgüter aus Deutschland nach Erbil geliefert und werden von dort aus in die entsprechenden Camps gebracht. Dies ist ein erster Schritt, es sollten aber zügig noch weitere Schritte folgen. Die Bundesregierung ist hier am Zug.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon in einigen Wochen werden die Temperaturen in den Bergregionen drastisch sinken. Von daher muss jetzt noch mehr getan werden, damit der **Winter** nicht ohne irgendeine Form der Vorbereitung anbricht. Denn Fakt ist: die Menschen sind unvorbereitet. Sie mussten alles zurücklassen. In dieser Situation können sie sich nur sehr schwer selbst helfen. Es fehlt an Kleidung, Decken, Brennholz, Trinkwasser und Medikamenten. Die bisherigen Lieferungen in den Nord-Irak sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Natürlich ist es illusorisch, alle Flüchtlinge mit Hilfsgütern ausstatten zu können. Trotzdem wäre es ein positives Signal, wenn sich sämtliche Fraktionen hier im Haus für den Einsatz auf Bundesebene für Hilfen vor Ort sowie für humanitäre Aufnahmeaktionen für Flüchtlinge aus dem Irak aussprechen würden. Und das tun wir ja glücklicherweise auch.

(Beifall SSW und SPD)

Dies ist vor allem ein Signal, das auch die Notleidenden in der Region im Norden des Iraks verdient haben. Wie gesagt, da muss man, was die humanitäre Hilfe angeht, auch noch mehr tun und auch noch mehr tun wollen.

Abschließend noch ein Wort zu den **Waffenlieferungen**. Diese Frage ist in der Tat eine Gewissensfrage. Für uns als SSW kann ich sagen, dass wir meinen, dass hier sehr genau im Einzelfall entschieden werden muss. Grundsätzlich will niemand Waffen in Spannungsgebiete liefern. Allerdings kann es nach unserer Auffassung Situationen geben, in denen man angegriffenen Menschen Hilfe zur Selbstverteidigung geben muss.

(Beifall SSW)

Der IS schlachtet Menschen ab, und es gibt kein UN-Mandat, das in irgendeiner Art und Weise Hilfe in Aussicht stellt. Darunter leiden religiöse Minderheiten, und darunter leiden auch nationale Minderheiten. Dann ist Hilfe nach unserer Auffassung notwendig. Wir machen es uns nicht leicht, aber in

einem Notfall muss man auch Waffen liefern können.

Natürlich steht die humanitäre Hilfe an erster Stelle, sie wirkt aber nur, wenn die Menschen auch frei sein und sie frei auf diese Hilfen zugreifen können. Wir wissen aber, dass man eine andere Haltung haben kann und haben auch Respekt davor. Und diesen Respekt wünschen wir uns für jede Entscheidung zur Waffenlieferung, die sich niemand leicht macht.

(Beifall SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir wünschen uns diesen Respekt, gerade weil es eine Gewissensentscheidung ist. Ich finde es gut, dass heute jeder so abstimmen kann, wie wir es uns nach unserem Gewissen vorstellen. Ich denke, dies ist ein gutes Zeichen, dass man in einer so wichtigen Frage so abstimmen kann. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für einen Dreiminutenbeitrag hat nun der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal auf den Beitrag der Kollegin Damerow hin zu Wort gemeldet. Wenn Sie mir zugehört haben, werden Sie festgestellt haben, dass ich nicht nur mit Respekt über die gesprochen habe, die zu einer anderen Auffassung kommen, aber ich habe vor allem das Gegenteil dessen gesagt, was Sie mir unterstellt haben. Und das finde ich nicht in Ordnung! Sie sagen: Wir könnten es nicht zulassen, dass Menschen aus pazifistischer Gesinnung sterben. Das war nicht meine Aussage. Ich habe gesagt: Ich bin ausdrücklich dafür, dass in diesem Fall Amerika militärisch hilft, weil die USA durch den Bush-Krieg gegen den Irak mit dafür verantwortlich gewesen sind, dass der Irak es nicht tun kann.

Ich will aber auch deutlich sagen, wir haben damals als rot-grüne Bundesregierung den **Irak-Krieg** nicht unterstützt, da wir dies falsch gefunden haben. Die damalige Oppositionsführerin Angela Merkel ist in Washington aufgetreten und hat gesagt, dies sei nicht die Position des deutschen Volkes insgesamt. Gerade am Beispiel des Iraks kann man sehen, wo das herkommt. Die Waffen, die jetzt in den Händen der IS-Terroristen sind, sind doch die Waffen, die damals an den Irak gegen Chomeini oder

(Dr. Ralf Stegner)

später an al-Maliki geliefert wurden. Das sind doch die gleichen Waffen.

Das sind die Waffen, die hinterher unschuldige Menschen töten. Die werden produziert, und wir diskutieren über Rüstungsexporte. Dann wird gesagt, wir können uns doch nicht von den Rüstungskonzernen abkoppeln. Ich sage Ihnen, in ganz vielen Fällen ist es so, dass Waffenlieferungen von anderen genutzt werden. In manchen Regionen in der Welt sind es nicht wirklich die zusätzlichen Waffen, die wir zur Lösung des Konfliktes benötigen. Ich fürchte, das gilt auch für den Gazakonflikt und für andere Regionen in dieser Welt. Deswegen sollten Sie das bitte nicht tun.

Ich habe ausdrücklich gesagt, Frau Damerow, dass ich kein Radikalpazifist bin. Bei einer solchen Geschichte wie in Ruanda muss geholfen werden. Wir Deutsche verdanken unsere Freiheit den Alliierten und dass Nazi-Deutschland besiegt worden ist. Das stelle ich alles nicht in Abrede. Aber über Ihre Aussage, es sei moralisch die richtige Position, Waffen zu liefern, weil die Menschen sonst nicht gerettet werden könnten, kann man sehr unterschiedlicher Meinung sein. Man will mit so einer Position nicht unbedingt Recht behalten, aber die Geschichte, selbst die neuere Geschichte, lehrt, was mit den Waffen passiert. Das führt dazu, dass einige sagen, wir sollten den Hauptaspekt anders gewichten, und sie machen sich sogar teilweise darüber lustig. Herr Kollege Harms hat vorhin gesagt, wie wichtig es ist, humanitäre Hilfe zu leisten. Das brauchen die Menschen am dringendsten. Es sind Korridore durch die Luftangriffe der Amerikaner entstanden, sodass viele Flüchtlinge haben flüchten können.

Sie mögen Ihre Position haben, und ich respektiere das, aber Ihr Hinweis, das andere seien Pazifisten, die die Menschen sterben lassen wollten, trifft überhaupt nicht zu.

(Zuruf Astrid Damerow [CDU])

- Doch, so haben Sie es formuliert. Es trifft überhaupt nicht meine Haltung und auch nicht die der Kolleginnen und Kollegen hier im Haus, die sich anders äußern. Und da bitte ich schon darum, das anders zu Kenntnis zu nehmen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir alle wollen Menschen helfen. Und ich füge hinzu: Wir sind auch verantwortlich dafür, dass wir die Debatte in einem angemessenen Ton führen. Wir merken das gerade. Auch in Deutschland haben wir antisemitische Vorfälle, es gibt Menschen,

die Moscheen anzünden, dort Tierblut hineinkippen, die sich antiislamisch äußern. Ich finde, wir müssen uns gegen all die intoleranten Äußerungen, die gegen andere Menschen gerichtet sind, wenden. Wir müssen dafür sorgen, dass wir alles dafür einsetzen, dass solche Konflikte nicht eskalieren.

Sie haben gesagt, die UN könne momentan nicht handeln. Das stimmt, weil sich die Amerikaner und Russen blockieren. Aber das ist für uns doch nur ein Auftrag, dafür zu sorgen, dass die UN endlich handlungsfähig werden. Es ist nämlich der Traum unserer Menschheitsgeschichte, dass es gelingt, dass die Völkergemeinschaft gemeinsam so etwas verhindert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin seit 24 Jahren in Parlamenten politisch tätig und bin Anfang der 70-er-Jahre in der FDP sozialisiert worden. Ich bin verblüfft, mit welcher unglaublichen Geschwindigkeit die politische Klasse in Deutschland beginnt, kriegerische Handlungen wieder als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu begreifen.

(Beifall FDP, PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich respektiere jede Meinung. Ich will versuchen, meine Meinung zu erläutern, warum ich glaube, dass die **Waffenlieferung** in Spannungsgebiete nicht nur rechtlich äußerst zweifelhaft ist, sondern faktisch überhaupt nichts bringt.

Deutschland ist durch die Verfassung verpflichtet, an keinem Angriffskrieg mitzuwirken, auch nicht an der Vorbereitung dazu. Deutschland ist durch die Verfassung verpflichtet, dem friedlichen Zusammenleben der Völker zu dienen. Ich kann nicht erkennen, dass Waffenlieferungen dieses Kriterium erfüllen können. Kollege Klug hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir heute nicht wissen, gegen wen sich die Waffen, die wir heute liefern, morgen richten werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Waffenlieferungen an die Kurden unterstützen wir Separatisten; denn die Kurden sind nicht angetreten, die nationa-

(Wolfgang Kubicki)

le Einheit des Iraks aufrechtzuerhalten, sondern einen eigenen Staat zu gründen. Ich sage das nur im Hinblick darauf, dass wir in anderen Regionen des Landes die Verhaltensweisen von anderen zu Recht, wie ich finde, denunzieren und an den Pranger stellen, wir uns aber die Frage erlauben müssen, warum auf der einen Seite das Recht gelten soll, das wir uns herausnehmen, und auf der anderen Seite das Recht nicht gelten soll. Recht gilt entweder in gleicher Weise, oder es gilt gar nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frage ist bereits angesprochen worden. Ich bin angetreten - ich weiß, dass das für viele von uns gilt -, das Gewaltmonopol bei der **UNO** anzusiedeln. Mittlerweile interessiert sich kein Mensch mehr dafür, was die UNO sagt oder nicht sagt. Die Amerikaner machen, was sie wollen. Einige aus der Koalition der Willigen können sich daran beteiligen und halten das für gerechtfertigt. Ich halte das nicht für gerechtfertigt.

Frau Kollegin Damerow, wenn wir den Menschen helfen wollen, wenn wir das Prinzip der Nothilfe in Anspruch nehmen wollen, warum um alles in der Welt bringt die Bundesregierung keinen Antrag in die Vereinten Nationen ein, ein robustes UNO-Mandat zu erhalten, an dem wir uns dann auch mit unseren Soldaten beteiligen können. Das wäre rechtens.

(Beifall FDP, PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Anderen Waffen zu liefern und zu sagen, sie sollen sich einmal gegenseitig erschießen, halte ich nicht für eine Form von Nothilfe. Das halte ich vielmehr für eine Form von Ausflucht.

Wir müssen uns um ein robustes **UNO-Mandat** bemühen, das die Möglichkeit eröffnet, dass die Weltgemeinschaft mit Waffengewalt und dann auch unter Beteiligung der Faszilitäten der Bundeswehr für Ruhe und Frieden und für die Sicherheit der Menschen sorgt und ihnen eine Perspektive gibt.

(Beifall FDP)

Alles andere ist ein Ablenken von den Problemen, vor denen wir stehen. Deshalb ist meine Haltung, und diese Haltung wird sich auch nicht ändern: Keine Waffenlieferungen in Spannungsgebiete. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Jürgen Weber das Wort.

**Jürgen Weber [SPD]:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann an das anknüpfen, was Kollege Kubicki gesagt hat. Ich stehe hier, weil ich kurz begründen will, warum der Antrag der Regierungsfractionen für mich zielführend und richtig ist, ich dem Änderungsantrag der PIRATEN in dieser Form - anders als meine Fraktion - aber nicht zustimmen kann.

Kollege Kubicki hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass die Prinzipien, die wir uns vor vielen Jahrzehnten gesetzt haben, nach wie vor stimmen. Was aber nicht mehr stimmt, ist die Art und Weise, wie Konflikte zu analysieren sind. Wir haben nicht mehr die klassischen **Konflikte zwischen Nationalstaaten**. Wir haben keine kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Nationalstaaten mehr. Vielmehr gibt es beispielsweise in Syrien 12, 13 oder 14 verschiedene größere militärische Formationen. Das ist quasi eine Konstellation, in der jeder gegen jeden kämpft. Man kann also nicht mehr auf den Punkt kommen, dass das Gute gegen das Böse kämpft.

Es stellt sich die Frage, wie wir mit dem Massen- oder gar Völkermord im Norden des Iraks umgehen. Ich stimme zu, dass es ein großes Problem ist, einige derjenigen, die sich dort im Konflikt befinden, mit Waffen zu beliefern. Ich stimme dem auch zu, dass wir das eigentlich nicht tun dürfen. Wir dürfen eigentlich keine Waffen in Krisen- beziehungsweise Kriegsgebiete liefern, weil - das ist vom Kollegen Stegner vollkommen richtig beschrieben worden - diejenigen, denen wir die Waffen in die Hand geben, nicht wirklich vertrauenswürdig sind, und weil nicht sichergestellt ist, dass sie diese Waffen mittelfristig für den Frieden einsetzen.

Wenn das aber so ist, dann müssen wir doch sagen, wie wir dann Völker- und Massenmord stoppen wollen. Das steht da aber nicht drin. Deswegen können wir uns nicht einfach darauf beschränken, die Finger von Waffenexporten zu lassen. Dann müssen wir gleichzeitig sagen, wie wir agieren wollen. Wenn man Waffen nicht in die Hände von unzuverlässigen Menschen geben will, dann muss man diese selbst in die Hand nehmen oder ein Mandat haben, damit Menschen, die vertrauenswürdig sind, Waffen in die Hand nehmen. Das ist die Mindestvoraussetzung, die hier drin stehen muss. Das

**(Jürgen Weber)**

steht aber nicht darin. Deswegen kann ich diesem Antrag in dieser Form nicht zustimmen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Beer?

**Jürgen Weber [SPD]:**

Ja, sehr gern.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte schön, Frau Beer.

**Angelika Beer [PIRATEN]:** Herr Kollege Weber, würde es Ihnen einfacher fallen, unserem Antrag zuzustimmen, wenn wir diesen ergänzen um den Vorschlag vom Kollegen Kubicki, dass wir die Landesregierung bitten, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass ein robustes **Mandat der Vereinten Nationen** erwirkt wird?

**Jürgen Weber [SPD]:**

Das entspricht meiner Haltung. Ich weiß nicht, wie das von anderen gesehen wird. Ich will jetzt aber auch keine Komplikationen bei der Abstimmung verursachen.

Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass diese Fragen in den Grenzbereich von Gewissensfragen gehen. Deshalb wollte ich Ihnen darlegen, dass für mich dazugehört, Konflikte nicht durch nicht akzeptable Waffenlieferungen zu verschärfen. Das ist für mich eine Gewissensfrage. Die Antwort auf die Frage aber, wie man Massen- und Völkermord verhindert, gehört für mich unverzichtbar dazu. Insofern ist das für mich ein wesentlicher Punkt.

Ich will mir aber nicht anmaßen, aufgrund meiner persönlichen Auffassung die Antragslage zu verkomplizieren. Ich stelle das anheim, aber genau dieser Punkt ist für mich von zentraler Bedeutung.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Jürgen Weber [SPD]:**

Ja, sehr gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kollege Weber, ich habe in meinem Beitrag ja darauf hingewiesen, dass ich der Auffassung

bin, dass die Vereinten Nationen das geeignete Gremium darstellen. Ich würde mich allerdings etwas schwertun, es so konkret zu formulieren, weil die Vereinten Nationen selbst in der Lage sein müssen, das zu formulieren. Ich würde in diesem Zusammenhang aber nicht das Wort „robust“ verwenden. Vielleicht könnte man einfach nur auf ein Mandat der Vereinten Nationen hinwirken. Das ist ja unsere Position. Ich finde, damit wird nicht vorweggenommen, wie das aussieht.

Im Übrigen wissen wir, dass das an dieser Stelle nicht mehr passieren wird. Dass wir aber die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen stärken und dass den Vereinten Nationen solche Mandate erteilt werden sollen, das finde ich richtig. Wenn man das um diesen Halbsatz, aber ohne das Adjektiv ergänzt, dann könnten die meisten Abgeordneten sicherlich damit leben. Das wäre zumindest mein Vorschlag.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Ich weiß nicht, ob man als Zwischenfrager Anträge stellen kann. Ich würde als der hier vorne am Mikrophon Stehende die Formulierung als Antrag übernehmen. - Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt FDP und PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Ich möchte darauf hinweisen, das jetzt noch zwei weitere Dreiminutenbeiträge anstehen. Außerdem wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die soeben gefundene Formulierung rechtzeitig dem Präsidium zuleiten könnten, damit wir darüber abstimmen können.

Jetzt hat aber zunächst die Kollegin Astrid Weber von der CDU-Fraktion das Wort.

(Zurufe)

- Astrid Damerow von der CDU-Fraktion. Ich bitte um Verzeihung.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stegner, ich habe mich zu einem Dreiminutenbeitrag zu Wort gemeldet, weil mir bei meinem Redebeitrag vorhin die Zeit weggelaufen

(Astrid Damerow)

ist und meine letzten Formulierungen möglicherweise missverständlich waren.

Es ging mir in keiner Weise darum, pazifistische Grundhaltungen in irgendeiner Art und Weise herabzuwürdigen oder nicht zu akzeptieren. Ich denke, das steht auch niemandem zu. Das wird jeder Mensch für sich selbst entscheiden. Das war also nicht meine Absicht.

Ich wollte aber für mich selbst und für meine Fraktion - wir sind uns dabei einig - deutlich machen, das es für uns sehr problematisch ist, den Grundsatz zu vertreten, Amerika solle mit Waffen helfen, während wir humanitär helfen.

Wir haben hier mehrere Begründungen gehört. Das erscheint uns zu wenig. Es gibt uns das Gefühl, dass wir unserer **Verantwortung** nicht gerecht werden. Ich glaube, wir alle sind uns einig. Ich denke, niemand unterstellt dem anderen, dass er sich diese Entscheidung leicht gemacht hat. Die Diskussionen im Bundestag haben dies sehr deutlich gemacht.

Die Bundestagsfraktion meiner Partei hat sich so entschieden. Wir sehen dies in der Landtagsfraktion genauso. Ganz praktisch stehen wir nämlich vor dem Problem, dass in dieser Region täglich Menschen sterben. Wir reden hier darüber, welche Regularien wir einzuhalten haben und welche Mandate wir brauchen. In der Zwischenzeit sterben im Irak Menschen. Ich finde es höchst problematisch, hier nicht zu Lösungen zu kommen, so schwer diese auch sind. Wir werden noch sehr lange darüber diskutieren.

Uns allen ist die Problematik in der Region Kurdistan - egal, ob im Iran, im Irak oder in der Türkei - bewusst. Wir alle wissen, dass Waffen, die man in Krisengebiete liefert, mitunter ganz schnell umgedreht werden. Das alles stimmt. Das kann ich aber doch nicht den Menschen vor Ort sagen, die dort gerade übelster Verfolgung, Mord und Todschatz ausgesetzt sind. Dies ist die Haltung meiner Fraktion. Diese wollte ich vorhin deutlich machen, ohne irgendwelche pazifistischen Grundhaltungen herabzuwürdigen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Astrid Damerow [CDU]:**

Ja.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Liebe Frau Kollegin Damerow, bei dem, was Sie eben gesagt haben, gibt es zwei Probleme. Wenn ich es richtig sehe, ist es doch so, dass die meisten Menschen dort im Augenblick sterben, weil sie nicht ordentlich versorgt werden, weil es an Versorgung fehlt. Die Korridore, die durch amerikanische Lufthilfe entstanden sind, führen dazu, dass die Menschen sicher an diese Orte gelangen, in denen sie dann versorgt werden müssen. Weiter sagen Sie, wir können dies nicht den Amerikanern überlassen. Wenn die Union dies so formuliert, dann besteht Sorge, weil Frau von der Leyen öffentlich sagt, sie sei dafür, dass wir endlich **militärische Tabubrüche** vollziehen. Ich muss ehrlich sagen, militärische Tabubrüche sind das Letzte, was wir im Moment brauchen. Ich glaube, wir müssen an einer Friedensordnung mitwirken. Das ist der Punkt, der mir Sorgen macht. Es ist die Verteidigungsministerin der Bundesrepublik Deutschland, die dies formuliert. Das ist unser Problem. Daher sind wir eher für klare Formulierungen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

- Herr Kollege Stegner, das war keine Frage von Ihnen, sondern eine Feststellung. Dieser Satz von der Frau Ministerin von der Leyen wird immer wieder herangezogen. Sie hat von einem Tabubruch gesprochen. Herr Kubicki hat vorhin von einer Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln gesprochen, die diese Waffenlieferung sei. Ich denke, Sie wissen sehr genau, dass Ministerin von der Leyen mit ihrer Aussage im Grunde deutlich machen wollte, welche schwierige und durchaus heftig diskutierte Entscheidung dies ist und dass dies in der Tat eine Handlungsweise ist, die bisher für uns nicht üblich war. Das ist die Reaktion auf einen außerordentlich schwierigen und nicht einfach einzuordnenden Konflikt. Es gibt hier nicht nur Gute und Böse. Es gibt große Unterschiede.

In der Tat liefern wir Waffen in eine Krisenregion. Dies ist ein neues Vorgehen für die Bundesregierung. Ich denke, das ist genau das, was die Ministerin von der Leyen damit zum Ausdruck bringen wollte. - Ich danke Ihnen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms vom SSW das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist klar, dass es Probleme gibt, dass man nicht weiß, wo die Waffen möglicherweise landen oder wie die Waffen möglicherweise in der Zukunft verwendet werden. Das ist klar, das ist ein Risiko, dessen wir uns - so glaube ich - alle bewusst sind. Dessen sind sich auch diejenigen bewusst, die durchaus bereit sind, **Waffenlieferungen** zuzustimmen.

Ich glaube, ein Kriegseinsatz der Bundeswehr schließt sich aus. Ich glaube, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Eigentlich geht es nur um die Frage des **UN-Mandats**. Wir haben festgestellt, dass es die UN bisher selbst nicht geschafft haben, ein Mandat - sei es robust oder welcher Art auch immer - auf die Beine zu stellen. Unsere Einschätzung ist, dass auch ein Antrag der Bundesrepublik Deutschland nicht dazu führen wird, dass sich dieser Knoten auflösen lässt.

Das führt automatisch dazu, dass es dann, wenn wir heute möglicherweise mit Mehrheit einen Beschluss fassen, in dem wir sagen, lasst die UN das regeln, letztlich bedeutet, dass den Menschen vor Ort trotzdem nicht geholfen ist. Für uns ist es ganz wichtig, dass den Menschen vor Ort geholfen wird. Es kann nicht dabei bleiben, dass die Amerikaner durch ihre Bombeneinsätze Korridore schaffen, durch die die Menschen flüchten können. Das ist schon viel. Wir müssen die Menschen vielmehr in die Lage versetzen, sich selbst wehren zu können. Das können sie nicht, wenn wir nur sagen: Ein UN-Mandat wird es schon richten. Wenn es dann doch nicht kommt, dann sind einige Monate ins Land gezogen. Dann schauen wir mal, ob sich diese Frage auf irgendeine andere Art und Weise lösen lässt. Wir müssen aber jetzt handeln. Jetzt besteht Zeitdruck. Wir müssen schnell handeln und den Menschen schnell die Hilfe angedeihen lassen, die sie brauchen. Sie ist humanitärer Art, aber sie ist leider auch militärischer Art. Dies beinhaltet auch Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland. Das ist nicht schön, und das ist keine Entscheidung, die wir uns als SSW leicht machen, aber wir stehen dazu, dass diese schnelle Nothilfe jetzt notwendig ist. Deshalb werden wir auch dem neu formulierten Antrag so nicht zustimmen können.

(Beifall SSW und vereinzelt CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Jetzt erhält Herr Abgeordneter Dr. Kai Dolgner von der SPD-Fraktion das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte einen Punkt des Kollegen Kubicki noch einmal aufgreifen, da mir dieser in der Debatte zu sehr untergeht. Ja, ich glaube, es ist für jeden Menschen mit einem Gewissen schlimm, wenn er für eine Situation keine perfekte Lösung hat. Diese hatten wir aber auch nie für den **Südsudan**. Der letzte Sezessionskrieg auf dieser Welt hat zwei Millionen Tote gefordert. Es gibt eine UN-Mission, die im Dezember gerade überrannt worden ist. Im Südsudan herrscht inzwischen der nächste Bürgerkrieg.

Deshalb sind diese Fragen nicht einfach zu beantworten. Meine Antwort muss prinzipiell auf alle Regionen in der Welt anwendbar sein. Es geht um das Thema Herrschaft des Rechtes im Völkerrechtsbereich. Ich kann nicht sagen: Weil mir diese Region näher steht als andere oder mehr in der Berichterstattung zu finden ist, werfe ich alle Regularien über Bord und komme zu willkürlichen Entscheidungen in der Frage, wie ich den Konflikt eingreife.

Die Reaktion der **UNO** ist nicht das, was ich mir vorstelle, da gibt es keine Frage. Stattdessen jedoch zu sagen, hier greife ich ein, dort nicht, und jeder Nationalstaat macht das so, ist Willkür. Das Thema Waffenlieferungen versuche ich einmal zu verdeutlichen, indem ich auf die Polizeiebene abhebe! Das ist ungefähr so, als sagte man: In diesen Stadtteil möchte ich mit meinen Polizeikräften nicht hineingehen, weil dort ein zu hohes persönliches Risiko besteht, also bewaffne ich die Taschendiebe, um die Mörderbanden zu bekämpfen. Genau so ist das.

(Zuruf: Abwegig!)

- Nein, das ist nicht billiger.

(Weitere Zurufe)

- Dann habe ich den Zwischenruf nicht richtig verstanden. Sie können mir gern eine Zwischenfrage stellen.

(Zuruf)

- Doch, darum geht es. Ich versuche das an dem deutlich zu machen, was sich im staatlichen Beisammensein bewährt hat. Ich sage: Es gibt ein Gewaltmonopol, und das hat der Staat. Ich verzichte selbst in Situationen, in denen mir das schwerfällt,

(Dr. Kai Dolgner)

auf persönliches Eingreifen, auch wenn ich sage: Der Staat tut ja nichts. Wenn ich versuche, dies auf die internationale Ebene zu transferieren, dann führt dies dazu, dass nicht der **einzelne Staat** eingreift, sondern dass die **Völkergemeinschaft** eingreift, weil man eine Basis für eine Eingriffslegitimation braucht. Das hat der Kollege Kubicki richtig gesagt.

Ich möchte das noch einmal herausarbeiten: Der Angriff auf den **Irak**, so gerechtfertigt er vor dem Hintergrund des Regimes gewesen sein mag oder nicht, wobei wir über die gefälschten Beweise nicht reden müssen, war der Dammbreach. Man hat auf ein UNO-Mandat verzichtet. Die Folgen kriegen wir alle zu spüren. Wenn wir nicht alle dafür kämpfen, dass das Völkerrecht wieder Wirkung erhält und Bedeutung erlangt, dann werden wir die Konflikte der Welt nicht lösen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, PIRATEN und Wolfgang Kubicki [FDP])

Mir wird immer die Frage vorgehalten: Was ist denn deine Lösung? - Da ich rhetorisch nur eine mittelmäßig geschickte Formulierung finde, frage ich: Was ist die Lösung für die anderen Konflikte dieser Welt? Ich habe eben den Südsudan genannt. Im Augenblick gibt es eine zweistellige Anzahl an Krisenherden, bei denen genauso viele - wenn nicht sogar mehr - Unschuldige gestorben sind und täglich sterben. Wer also ein Patentrezept hat und sagt, ich möchte den oder denjenigen bewaffnen, der muss sich fragen lassen: Ist deine Lösung auch in dieser Region anwendbar? Im Südsudan haben wir übrigens inzwischen acht Bürgerkriegsparteien, die an dem Konflikt teilhaben. Ist deine Lösung im Kongo anwendbar?

(Zuruf SPD: Lybien!)

- Ein richtiger Zuruf! - Ist deine Lösung jetzt gerade in Lybien anwendbar? Oder kommt man nicht zu dem, was wir im Binnenverhältnis bei der Staatenbildung gesagt haben? Dort haben wir nämlich gesagt: Nein, wir kommen weg vom Recht des einzelnen Feudalherren, der sich selber sein Recht verschafft, indem man eine Gemeinschaft bildet und in dem dann die Gemeinschaft entscheidet, wie man mit Konflikten umgeht. Wenn wir das nicht auf die globale Ebene übertragen, dann haben wir wirklich verloren. Denn dann haben wir ein sehr kriegerisches Jahrhundert vor uns.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Entschuldigung! Wir sind hier vorn noch in der Debatte über die Formalitäten der Abstimmung, die wir gleich durchführen. Deshalb war ich einen Moment lang unaufmerksam. - Jetzt hat der Kollege Johannes Callsen von der CDU-Fraktion das Wort.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt zeigt in der Tat, wie schwierig die Entscheidung über die Frage der **Waffenlieferungen in den Irak** ist und wie schwierig es gerade für unsere Kollegen im **Deutschen Bundestag** gewesen sein muss; denn der Deutsche Bundestag ist ja dafür verantwortlich,

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider nicht!)

diese Entscheidung zumindest politisch auf Bundesebene begleitend zu treffen. Ich sagte „politisch begleitend“, Frau Kollegin von Kalben.

Niemand hat sich diese Entscheidung leicht gemacht. Aber die Bundesregierung hat nach umfangreicher Abwägung entschieden. Der Bundestag hat nach intensiver Abwägung und auch nach parteiinternen sicherlich kontroversen Diskussionen ein Votum abgegeben, übrigens auch das SPD-Parteipräsidium, Herr Dr. Stegner, mit großer Mehrheit. Auch Ihnen oder dem SPD-Parteipräsidium unterstelle ich nicht, man habe sich an dieser Stelle irgendetwas leicht gemacht.

Ich habe auch vom eigentlich zuständigen Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier - denn wir reden ja jetzt über ein **UN-Mandat** - nichts in diese Richtung gehört.

Es geht in der Tat um eine schwierige **Abwägung**, nämlich um die Abwägung, wie man den Opfern im Irak hilft. Frau Kollegin Damerow hat die Verhältnisse dort beschrieben. Ich bin Lars Harms ausgesprochen dankbar dafür, dass er das eben noch einmal unterstützt hat. Die Hilfe für die Opfer, ganz aktuell und möglichst schnell, steht für mich im Moment an vorderer Stelle. Natürlich muss auch sichergestellt werden, wie mit diesen Waffen vor Ort umgegangen wird, damit sie nicht in falsche Hände geraten. Das ist völlig klar.

Ich will gern noch einmal auf die Worte von Bischof Ulrich hinweisen. Er hat neulich in einem Interview gesagt - ich darf zitieren -:

(Johannes Callsen)

„Die Bundeskanzlerin hat recht, wenn sie sagt: Es müssen alle Optionen geprüft werden. ... Als Kirche können wir uns ... niemals mit dem Einsatz von Gewalt zufrieden geben, aber die Weltgemeinschaft darf dem Morden auch nicht tatenlos zuschauen.“

Er fügt hinzu, als letztes Mittel müsse Gewalt eingesetzt werden können, wenn ein Völkermord anders nicht zu beenden ist. Vor genau dieser Abwägung steht die Politik. Es geht um die Hilfe für die Menschen, um ein Einschreiten gegen Völkermord. Deswegen unterstützen wir die Entscheidung der Bundesregierung. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Nun hat für die Landesregierung Innenminister Andreas Breitner das Wort.

**Andreas Breitner, Innenminister:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Der UNHCR-Bericht aus dem Juni 2014 zeigt, dass Ende 2013 6 Millionen Menschen mehr auf der Flucht waren als ein Jahr zuvor. Die Brennpunkte vor allem in Syrien, Afrika, der Ukraine sowie im Irak werden zu einem weiteren Anstieg führen.

Der Vorstoß der menschenverachtenden Terrormiliz Islamischer Staat und das barbarische Vorgehen gegen die verfolgten Muslime, Christen und Jesiden haben die **Lage im Irak** dramatisch verändert. Bedroht ist das Leben von Millionen von Menschen, die Stabilität des Irak und der ganzen Region und angesichts der Vielzahl ausländischer Kämpfer nicht zuletzt auch unsere Sicherheit in Deutschland und Europa.

Das Bundesministerium der Verteidigung und der Bundesminister des Auswärtigen haben die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen am 1. September 2014 über die aktuelle Situation und die **Hilfsmaßnahmen Deutschlands** informiert. Der Kernaussage können wir sicherlich alle zustimmen. Es ist unsere humanitäre Verantwortung und unser sicherheitspolitisches Interesse, den Leidenden zu helfen und den IS zu stoppen.

Das Hilfsprogramm Nordirak beinhaltet aktuell folgende Bausteine:

Erstens. Die Bundesregierung hat mit der Bereitstellung von Hilfsleistungen in einer Höhe von bis-

lang rund 50 Millionen € begonnen. Seit dem 15. August 2014 sind mehr als 150 t lebenswichtiger Nahrungsmittel und Güter sowie medizinisches Material bereitgestellt und in das sichere Gebiet der kurdischen Regionalregierung transportiert worden.

Zweitens. Zugleich unterstützt die Bundesregierung diejenigen, die dem IS Einhalt gebieten. Hier stehen die Kräfte der kurdischen Regionalregierung im Fokus.

Drittens. Sechs Soldaten wurden zur Koordinierung vor Ort an das Generalkonsulat in Erbil entsandt.

Viertens. Schließlich wird Deutschland nun auch Waffen, Munition und weitere militärische Ausrüstung zur Unterstützung der kurdischen Regionalregierung in den Irak liefern.

Dieses Gesamtpaket ist bereits von einigem Gewicht. Ich zitiere an dieser Stelle aber Bundespräsident Gauck, der bereits im Rahmen seiner Weihnachtsansprache und erneut im Juni 2014 beim Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz fragte: Tun wir wirklich alles, was wir tun können?

Die Entscheidung der Bundesregierung und des Bundestages - Sie haben eben darüber debattiert, auch darüber, ob Waffenlieferungen aus Deutschland einen Beitrag zu einer weiteren Eskalation des Terrors leisten - ist vielen nicht leicht gefallen. Noch vor einem Jahr wäre eine solche Entscheidung nicht denkbar gewesen.

Zum Ergänzungsantrag. Ich bin sehr überzeugt davon, dass solche **Waffenlieferungen** in Krisengebiete kritisch zu bewerten sind und nicht zur Regel werden dürfen. Darüber hinaus ist es zweifelhaft, ob sie Probleme lösen oder nicht neue Probleme schaffen. Insofern setzt sich die Landesregierung sehr gern für ein **UN-Mandat in Berlin** ein.

Uns stellen sich Fragen. Müssen wir auch an anderen Stellen unsere bisherigen Positionen überdenken? Können die Länder und die Kommunen noch mehr leisten, oder sind sie bereits an der Grenze des Leistbaren angelangt? Muss angesichts der immer wieder auftauchenden Krisenherde in der Welt humanitäre Hilfe insgesamt anders, strukturierter und nachhaltiger aufgestellt werden? Wie kann eine weitergehende Hilfe praktisch organisiert werden?

Meine Damen und Herren, als nächstes müssen wir als Land uns für eine umgehende **Aufnahmeaktion für Flüchtlinge aus dem Irak** - unabhängig von einer bestimmten Religionszugehörigkeit einsetzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

**(Minister Andreas Breitner)**

Wir haben mit solchen Aktionen schon sehr gute Erfahrungen gemacht. Ich erinnere an die Aufnahme der irakischen Flüchtlinge aus Syrien. Übrigens, Herr Abgeordneter Klug, war die schleswig-holsteinische Landesregierung die erste, die auf einer Innenministerkonferenz ein solches Kontingent vom Bund gefordert hat.

Die Bundeskanzlerin hat Anfang der Woche betont, dass die Not Hunderttausender Flüchtlinge in der Region gelindert werden müsse. Sie versicherte zugleich, dass Deutschland neben den laufenden Hilfsgüterlieferungen auch - ich zitiere - durch die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen helfen werde. Das lässt auch uns hoffen. Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird sich mit allen Mitteln für eine humanitäre Hilfestellung einsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Torge Schmidt [PIRATEN], Anita Klahn [FDP] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Minister.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte um Konzentration, damit wir gut durchkommen. Denn einige Änderungen und Veränderungen wurden angekündigt. - Jetzt kommt noch eine Veränderung. Bitte schön, Herr Callsen.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Frau Präsidentin, Sie brauchen nicht die Augen zu verdrehen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Callsen, ich habe die Augen nicht verdreht, sondern ich bitte darum, dass wir jetzt konzentriert durch diese Abstimmung kommen. Ich bitte Sie, diese Bemerkung in diesem Zusammenhang und in dieser Runde nicht zu machen. Ich finde sie unangemessen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Her majesty is not amused!)

**Johannes Callsen [CDU]:**

Dann nehme ich sie zurück, Frau Präsidentin. - Ich bitte darum, über die Anträge als selbstständige Anträge abstimmen zu lassen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Jetzt hat zu einer weiteren Bemerkung zur Geschäftsordnung die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Frau Herdejürgen, das Wort.

**Birgit Herdejürgen [SPD]:**

Wir haben kein Problem damit, den CDU-Antrag als eigenständigen Antrag zu betrachten, aber wir bitten darum, dass der Piratenantrag als Änderungsantrag zu unserem Antrag abgestimmt wird.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Findet das Ihre Zustimmung? - Die CDU-Fraktion ist auch einverstanden, dann wollen wir das so tun.

Ich lasse also zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 18/2269, als eigenständigen Antrag abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Abgeordneten von FDP, PIRATEN, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2266, abstimmen. Hier haben wir Einzelabstimmung verabredet. Wer dem ersten Absatz dieses Antrags seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP, PIRATEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer lehnt diesen ersten Absatz ab? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser erste Absatz mehrheitlich angenommen.

Wir kommen jetzt zu dem zweiten Absatz, der auf Antrag des Abgeordneten Dr. Stegner - beziehungsweise formal des Abgeordneten Jürgen Weber - wie folgt geändert wurde.

(Heiterkeit)

- Ich glaube, dass es notwendig ist, das so zu formulieren.

Ich lese Ihnen den jetzt geänderten Absatz des Antrags einmal vor. Er lautet:

„Die Landesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, keine Waffenlieferungen in den

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

Irak, in Krisengebiete und Diktaturen durchzuführen, sowie auf eine Stärkung der Vereinten Nationen mit einem entsprechenden Mandat hinzuwirken.“

Das wäre jetzt die geänderte Nummer 2 des Piratenantrags, über die ich jetzt abstimmen lasse. Wer dieser Nummer 2 seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind einige Mitglieder der FDP-Fraktion, die PIRATEN, einige Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wenn ich es richtig sehe, und die Mitglieder der SPD-Fraktion. Wer lehnt diese Nummer 2 ab? - Das sind geschlossen alle Mitglieder der CDU-Fraktion. Ist das richtig? - Entschuldigung, ich bitte Sie, jetzt tatsächlich aufmerksam zu sein und aufzuzeigen, wenn Sie dies ablehnen. Das ist ein Kollege aus der FDP-Fraktion, die geschlossene CDU-Fraktion, es sind Mitglieder der Gruppe des SSW. Es geht darum, die Nummer 2 abzulehnen.

(Unruhe)

Wer enthält sich? - Das sind zwei Abgeordnete der Grünen-Fraktion. Damit ist die Nummer 2 des Antrags in der Mehrheit angenommen worden, wenn ich richtig mitgezählt habe.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Wir kommen jetzt zur Endabstimmung des Hauptantrags in der Drucksache 18/2215 in der soeben geänderten Fassung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der FDP-Fraktion, der Piratenfraktion, einige Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Mitglieder der SPD-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion und niemand sonst. Wer enthält sich? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Gruppe des SSW sowie ein Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Ich danke Ihnen für die Konzentration bei dieser Abstimmung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 26 auf:

**Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/2221

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/2255

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/2267

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Bevor ich die Aussprache eröffne, freue ich mich, auf der Tribüne Alexandra Ehlers begrüßen zu können. Sie ist Landesvorsitzende des Landesjugendrings. - Herzlich willkommen hier im Kieler Landtag!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Tobias von Pein das Wort.

**Tobias von Pein [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Die **Gesellschaft** befindet sich in einem rasanten **Wandel**. Bildungswettbewerb, Leistungsdruck, vernetzte weltweite Kommunikation, höhere Lebenserwartung und eine älter werdende Gesellschaft - die Anforderungen an die heutige jüngere Generation steigen. Aber ob junge Menschen diese neue Weltlage wirklich als Chance oder als Bereicherung für ihr Leben wahrnehmen können, ist abhängig von vielen Faktoren, vor allem aber von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die ihnen zur Verfügung stehen. Diese Rahmenbedingungen gestalten wir. Dabei ist klar: Kinder und Jugendliche müssen respektiert und anerkannt werden.

(Beifall SPD, PIRATEN und SSW)

Für ihre Entwicklung brauchen sie den bestmöglichen staatlichen und gesellschaftlichen Support. Wir wollen Chancengleichheit und Gerechtigkeit für alle jungen Menschen, Kinder und Jugendliche von Anfang an. Dies zu garantieren, ist Ziel unserer Politik. Die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention bleibt unsere ständige Aufgabe.

(Beifall SPD und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche frei von Diskriminierung und Benachteiligung aufwachsen. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche selbstbestimmt und erfolgreich ihr Leben gestalten können.

(Tobias von Pein)

Der **Kinder- und Jugendaktionsplan** Schleswig-Holstein hat bei vielen Menschen in diesem Land den Blick auf Kinder- und Jugendpolitik geschärft und ganz entscheidend dazu beigetragen, dass die Akteure in der Jugendpolitik besser vernetzt sind und Potenziale besser genutzt werden. Der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik wurde mit dem Aktionsplan ein Dach gegeben. In der Folge wurden viele wichtige Meilensteine gesetzt, ganz besonders im Bereich Kinderschutz und bei der Bekämpfung von Kinderarmut. Der tatkräftige und immer wieder fordernde Einsatz der Sozialministerin Gitta Trauernicht, die den Kinder- und Jugendaktionsplan auf den Weg brachte, hat entscheidend dazu beigetragen.

(Beifall SPD, Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Kinder- und Jugendaktionsplan hat sich bewährt. Gesundes und gewaltfreies Aufwachsen, frühe Hilfen, außerschulische Kinder- und Jugendbildung, Bekämpfung von Benachteiligung und sozialer Ausgrenzung sowie die Stärkung von Kinder- und Jugendbeteiligung müssen weiter auf der Agenda bleiben.

Wir wollen deshalb bei der Fortführung auf den bisherigen Erfahrungen aufbauen und unseren Fokus auf Jugend als eigene, von Übergängen geprägte Lebensphase richten. Es geht darum, **Jugend** als **eigenständige Lebensphase** zu betrachten. Jugendpolitik muss auf die Bedürfnisse der jungen Menschen eingehen und abgestimmte Angebote für verschiedene Lebenslagen machen. Dazu ist es aus meiner Sicht auch absolut notwendig, Jugendpolitik als zentrales Politikfeld Zukunftspolitik zu begreifen und zu gestalten.

Jugendliche stehen heute mehr denn je unter Druck. Echtzeitkommunikation macht es möglich, sich schnell und unkompliziert zu vernetzen. Die ganze **Welt der Information** ist jederzeit und überall abrufbar, doch der richtige Umgang mit den Daten ist auch ein Stressfaktor. Deshalb ist Medienkompetenz und der barrierefreie Zugang zu den Informations- und Vernetzungsquellen unserer Zeit unabdingbar. Kommunikationshierarchien darf es nicht geben.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Jeder junge Mensch hat ein Recht auf **Mitbestimmung** und **Teilhabe** an der Gesellschaft. Deshalb muss es darum gehen, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie Demokratiebildung sicherzustellen. Der § 47 f der Gemeindeordnung

muss konsequent eingefordert und eingehalten werden.

(Beifall SPD, SSW und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf SPD: Endlich!)

Die junge Generation braucht eine eigene Stimme auf allen Demokratieebenen. Die älter werdende Gesellschaft darf nicht zu einer Überrepräsentanz von bestimmten Altersgruppen führen.

Jugendarbeit braucht aber auch **Freiräume**. Die vielen Jugendverbände leisten eine großartige Arbeit, jedoch brauchen sie auch gute Bedingungen. Dabei geht es vor allem um die Frage von Zeitaufonomie. Durch die Ausweitung von Präsenzzeiten im Bildungsbereich verschwinden Freiräume, die früher noch da waren. So wird es schwieriger, ein Ehrenamt auszuüben oder außerhalb von formalen Zusammenhängen seine Persönlichkeit zu entfalten.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Uli König [PIRATEN])

Deshalb brauchen wir eine Diskussion darüber, wie wir Schule und Jugendarbeit miteinander verzahnen können. Die Vereinbarkeit von Schule, Ausbildung, Hochschule, Jugendverbandsarbeit und Ehrenamt muss verbessert werden.

Diese und andere Themen wollen wir mit dem neuen Kinder- und Jugendaktionsplan anstoßen. Ich freue mich schon jetzt über die breite Unterstützung auch aus anderen Fraktionen.

Ich begrüße auch die **Änderungsanträge** von CDU und PIRATEN. Ich glaube, dass das Ziel sein sollte, im Ausschuss eine gemeinsame Formulierung hinzubekommen. Dabei sollten wir auch darüber sprechen, ob der frühe Bericht, den die PIRATEN wünschen, wirklich zielführend ist. Ich glaube, dass ein ordentlicher Jugenddialog etwas Zeit braucht.

Schlussendlich: Geben wir der Jugend eine Stimme, einen ordentlichen Support und Freiräume! Der Kinder- und Jugendaktionsplan wird uns auch in Zukunft sicher weiter nach vorn bringen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans Hinrich Neve das Wort.

**Hans Hinrich Neve [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die Forderungspunkte des Ursprungsantrags ist der Kollege Tobias von Pein bereits eingegangen; ich möchte mich hier auf das beschränken, was wir zusätzlich über unseren **Änderungsantrag** eingebracht haben. Wir erachten drei Punkte als besonders wichtig.

Im Grundsatz sind wir uns hier im Hause alle einig: In der Kinder- und Jugendhilfe sind Partizipation und Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden wichtige Bausteine in der Jugendarbeit und in der Jugendsozialarbeit. Die Landesregierungen in der Vergangenheit haben gemeinsam mit überwiegend ehrenamtlich organisierten Jugendverbänden eine gute Grundlage gelegt. Es ist richtig und völlig unstrittig, den Kinder- und Jugendaktionsplan des Landes kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Aber schon bei der Debatte um die **politische Jugendbildung** haben wir beklagt, dass junge Menschen, insbesondere im Schulbereich, sehr unterschiedlich zum Beispiel auf die Kommunalwahl vorbereitet werden. In Gesprächen mit Jugendlichen, gerade auch im Zuge der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, haben wir feststellen müssen, dass sich viele Jugendliche nicht ausreichend oder ganz schlecht vorbereitet fühlen. Das halten wir als CDU für nicht gut und möchten das ändern.

Als überzeugter Parlamentarier ist es mir wichtig, dass wir unsere Verantwortung für eine pluralistische Gesellschaft ernst nehmen. Demokratie bedeutet für Jugendliche in diesem Bezug und in diesem ganzen Aspekt Mitmachen. Mitmachen sollten wir ernst nehmen.

Aus diesem Grunde möchten wir die **Demokratiekompetenz** von jungen Menschen in der Schule früher und intensiver fördern. Wir brauchen aber nicht immer andere Konzepte, sondern wir müssen hier mit mehr Kreativität in den Schulen vorgehen. Wir brauchen auch die Zusammenarbeit mit externen Verbänden und Institutionen in den Schulen. Man darf auch die politisch Tätigen - egal, ob Kommunalpolitiker oder Landespolitiker - nicht von den Schulen aussperren.

(Beifall)

Der nächste Punkt: Die Jugendverbandarbeit ist das Fundament für ehrenamtliches und staatsbürger-schaftliches Engagement. Was wäre unsere Gesellschaft ohne die Sportjugend mit all ihren Sparten von Fußball bis Rudern und sonst wohin, ohne die

Jugendverbände im Sozialbereich, ohne die Jugendverbände im Naturschutzbereich und nicht zu vergessen die Hilfsorganisationen, Jugendfeuerwehr, THW, Rotes Kreuz und - im Sommer besonders im Fokus an unseren Stränden an Nord- und Ostsee - die DLRG-Jugend, die ehrenamtlich aufpasst, dass die Menschen wieder heil aus dem Wasser kommen!

(Beifall)

Alle Jugendverbände sind im **Landesjugendring** zusammengefasst. Wir haben uns deren Sorgen und Nöte vor knapp zwei Wochen in Mözen angehört. Diese Erfahrungen und Kompetenzen möchten wir im Vorwege der Beschlussfassung noch intensiver in die Ausschussberatung einbringen. Ich bin mir sicher, wir tun gut daran, die Forderungen unserer Jugendverbände bei der Weiterentwicklung unseres Kinder- und Jugendaktionsplans zu hören, zu prüfen und in die Entscheidung einzubeziehen.

Der letzte Punkt, aber nicht unwichtig, sind die **Jugendorganisationen** unserer **Parteien**. Auch die dürfen bei diesem Thema nicht fehlen. Es mag ja sein, dass der eine oder andere hier im Haus seine eigene Jugendorganisation ans Gängelband legen will. Hier haben wir ein anderes Demokratieverständnis. Es entspricht unserem Verständnis, dass man Unabhängigkeit über eine finanzielle Förderung gewährleistet. Wir sind der Meinung, dass nur so der Fortbestand einer lebendigen, und zwar nicht nur innerparteilichen, Demokratie für die Zukunft gesichert und neue Themen und Akzente gesetzt werden können. Deshalb appellieren wir an dieser Stelle, den Fokus auf die VPJ-Zuwendungen 2015 zu legen. Wir müssen hier noch ein bisschen mehr tun.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ich bitte um Ausschussberatung. Wir sind gespannt, wie wir mit diesen drei Anträgen dort weiterkommen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

**Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, der Tagesordnungspunkt schließt sich sehr gut an die vorangegangene Debatte an. Denn wir sind ja auch als Land verpflichtet, den Grund-

(Ines Strehlau)

stein für Akzeptanz und Toleranz zu legen. Da sind die Kinder und Jugendlichen die Basis, da helfen auch die Maßnahmen des Kinder- und Jugendaktionsplans.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich trage im Folgenden die Rede für meine Kollegin Marret Bohn vor.

Jugend ist eine eigenständige Phase im Leben. Sie wird als die Zeit zwischen dem 13. und dem 21. Lebensjahr definiert. Jugendliche sind raus aus den Kinderschuhen, aber noch nicht ganz erwachsen. Jugend ist eine prägende Zeit in der Identitätsbildung. In die Jugendzeit fallen Pubertät, das Ende der Schulzeit, der Beginn der beruflichen Ausbildung und die Abnabelung von den Eltern. Es ist jede Menge los in der Jugend.

Genau deswegen ist es richtig, dass die **Jugend** ein **eigenständiges Kapitel** im **Kinder- und Jugendaktionsplan** bekommt. Hierfür wirbt unser Antrag. Ich gehe davon aus, dass alle Fraktionen, auch die Opposition, dieses Ziel teilen. Wir alle wollen ein junges Schleswig-Holstein.

Der Kinder- und Jugendaktionsplan ist in Schleswig-Holstein eine Erfolgsgeschichte. Er wurde im Juni 2005 im Rahmen einer landesweiten Diskussion erstmalig vorgestellt. Ziel des Kinder- und Jugendaktionsplans ist es, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik als Querschnittsaufgabe zu verankern. Das ist gelungen. Maßgeblich unter der Kinder- und Jugendministerin Gitta Trauernicht hat der Dialog mit Kommunen, Wirtschaft, Verbänden und jugendrelevanten Gruppen begonnen. Politikfeld- und fachübergreifend sind gemeinsame Ideen entwickelt und die Kräfte gebündelt worden. Ministerin Kristin Alheit führt diesen Prozess engagiert weiter.

Der Kinder- und Jugendaktionsplan setzt sich aus sechs Handlungsfeldern zusammen. Dazu gehören gesundes Aufwachsen, Familien stärken, Kinder und Jugendliche schützen, chancengerechte Bildung gestalten, Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement stärken, Jugendkultur und Jugendtourismus fördern. Die Projekte und Maßnahmen werden gemeinsam von den Kooperationspartnern entwickelt und Schritt für Schritt umgesetzt.

Die Gesellschaft verändert sich und mit ihr die Anforderungen an eine gute Kinder- und Jugendpolitik. Deshalb hat sich die Küstenkoalition in ihrer Koalitionsvereinbarung darauf verständigt, den

Kinder- und Jugendaktionsplan weiterzuentwickeln.

Dabei sind uns Grünen zwei Bereiche besonders wichtig. **Neue Medien** sind die zentrale Entwicklung des 21. Jahrhunderts. Wer heute jugendlich ist, für den sind PC, Laptop, Tablet und Smartphone eine Selbstverständlichkeit, Suchmaschinen, Apps und YouTube gehören zum Alltag. Echtzeitkommunikation, soziale Netzwerke, facebook, Twitter und WhatsApp prägen die Kommunikation und das jugendliche Miteinander.

Daraus entstehen jede Menge Chancen, auch für die elektronische Partizipation. Aber es gibt genauso auch Gefahren und datenschutzrechtliche Probleme. Die **Medienkompetenz** spielt für Jugendliche eine ganz zentrale Rolle, und nicht allein für sie. Hier zählt sich früh Beginnen aus. Medienkompetenz muss in der Kita beginnen, Eltern einbeziehen und sich über Schulen und Jugendarbeit fortsetzen.

Wir leben in einer globalisierten Welt. Alles hängt mit allem zusammen. Kriege und Konflikte lassen Menschen eine neue Heimat suchen. Der internationale Mangel an Fachkräften führt zu Arbeitsmigration. Via Internet macht es keinen Unterschied, wo ein Gesprächspartner sitzt, nebenan, in einer anderen Stadt oder in einem anderen Land.

Insofern ist es wichtig, den **europäischen** und den **internationalen Jugendaustausch** zu stärken. Wer selbstverständlich mit Menschen aus anderen Nationen und Kulturen in Kontakt ist, fremdelt nicht. Er oder sie lernt Vielfalt, Toleranz und Akzeptanz schätzen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Interkulturelles Miteinander und seine spezifischen Lernprozesse sind die besten und wirksamsten Mittel gegen Fremdenhass, rechte Gesinnung und Diskriminierung. Ich freue mich auf einen neuen wichtigen Schwerpunkt für den Kinder- und Jugendaktionsplan. Deshalb finde ich es gut, dass zu unserem Entwurf Änderungsvorschläge vorliegen. Wir wollen ein junges Schleswig-Holstein nicht überstülpen, sondern gemeinsam mit den Jugendlichen gestalten. Wir werden alle Anträge gemeinsam in den Ausschuss überweisen. Ich freue mich auf die gemeinsame Diskussion auf Augenhöhe mit der Jugend. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der **Kinder- und Jugendaktionsplan** stößt - so wie ich das wahrnehme - fraktionsübergreifend auf Konsens. Auch ich kann Ihnen gleich zu Anfang sagen, dass wir allen drei Anträgen Positives abgewinnen können. Auch wir freuen uns auf die Beratung in den Ausschüssen. Ich beantrage an dieser Stelle bereits, alle Ausschüsse einzubeziehen, denn die Themenvielfalt dieser Anträge und der Kinder- und Jugendaktionsplan betrifft alle Ausschüsse.

Er ist 2005 ein verlässlicher **Rahmenplan** für die vielfältigen regionalen und überregionalen Anbieter von verschiedenen Aktionen geworden. Geht man durch das Land, hört man in diesem Zusammenhang immer wieder den Namen der damaligen Ministerin Frau Dr. Trauernicht, die sich dort ganz besonders eingesetzt hat.

Ich bin der festen Überzeugung, dass viele der damals angeschobenen Projekte heute nichts an Aktualität verloren haben. Nach wie vor müssen wir eine stark veränderte Lebensweise der Familien berücksichtigen. Wir müssen feststellen, dass Kinder in einer zunehmend medialisierten und vernetzten Welt leben und sich zurechtfinden müssen.

Anders als in unserer Kindheit haben Jugendliche heute nicht mehr die **Freiräume**, die wir hatten. Sie sind wesentlich stärker in einem strukturierten Alltag - Schule und Familie - eingebunden und werden fremdbestimmt, während wir uns nach sechs Stunden Unterricht dem elterlichen Haus durchaus entziehen konnten und unsere eigene Demokratisierung und Sozialisierung in Wald und Straße, im Freundeskreis, vis à vis erleben und erproben konnten. Das ist heute der große Unterschied.

Sie haben es eben ausgeführt, Frau Strehlau. Die Jugendlichen, die über Facebook, Twitter und Co. miteinander kommunizieren, haben nicht unbedingt den Gesichtsausdruck ihres Partners gegenüber und merken, ob ihre Äußerung verletzend war, ob sich zwar jemand freudig anhört, aber eigentlich todtraurig ist.

Auch die Debatte von heute Morgen zur Flüchtlingspolitik hatte mir aufgezeigt, wie wichtig es ist, unsere Jugendlichen stark an **Demokratie- und Partizipationsprozesse** heranzuführen. Die geringe

Wahlbeteiligung - der Kollege Neve hat das ausgeführt - ist erschreckend. Wir müssen uns fragen, woran es liegt.

Das, was in den Anträgen steht, ist ein wichtiger Schritt, Jugendliche an Demokratie, an Prozesse und an Beteiligung heranzuführen. Insofern ist es damals richtig gewesen, § 47 f in die **Gemeindeordnung** aufzunehmen. Sie sagen, Sie wollen das flächendeckend einführen. Das hört sich für mich ein bisschen so an, als wollten Sie eine zwangsweise Umsetzung. Was passiert denn in den Orten, in denen man keinen Kinder- und Jugendbeirat bekommt? Will man der Kommune verbieten, einen Spielplatz zu errichten? Wie soll das dort ein? An dieser Stelle widerspricht es meinem liberalen Grundverständnis, Zwang einzuführen, während wir gleichzeitig sagen, wir wollen Menschen dazu bringen, sich aus persönlichem Interesse einzubringen und sich für etwas einzusetzen.

(Beifall FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete Klahn, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten von Pein?

**Anita Klahn [FDP]:**

Ja.

**Tobias von Pein [SPD]:** Zwischenbemerkung oder -frage - genau weiß ich das noch nicht. - Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass in der Gemeindeordnung durchaus formuliert ist, dass alle Kommunen Schleswig-Holsteins verpflichtet sind, angemessene Beteiligungsmöglichkeiten zu finden. Dazu haben wir uns erhofft, dass es auch andere Möglichkeiten - außer den Jugendbeiräten vor Ort - gibt und sich das durchaus noch in der Diskussion befindet. Wir alle müssen anstoßen, dass das mehr eingefordert wird und auch andere Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Stimmen Sie mir zu, dass wir mit der Diskussion noch lange nicht am Ende sind?

- Ich bin Ihnen dankbar für die Nachfrage, weil ich damit die Möglichkeit habe, noch ein bisschen detaillierter darauf einzugehen. Wenn Sie formulieren, Sie wollten anschieben, dass das stärker genutzt wird, haben Sie mich an Ihrer Seite. Ich habe Ihren Text aber so verstanden, dass Sie es zu einer

(Anita Klahn)

Verpflichtung, einer Muss-Bestimmung, machen wollen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das ist Bestandteil der Gemeindeordnung!)

- Er hat es eben völlig korrekt formuliert: angemessen zu beteiligen. Der Antrag ist in einer Form formuliert, dass Sie, wenn es mangels Interesses von Jugendlichen, wenn sie also keine Gruppe zusammenbekommen, nicht funktioniert, regulierend eingreifen wollen. Ich weiß, wovon ich rede; ich bin lange genug in der Kommunalpolitik und in diese Prozesse eingebunden gewesen. Was wollen Sie mit den Kommunen machen, die trotzdem für die Jugendlichen etwas tun wollen, auch wenn sie nicht genügend Jugendliche für eine Beteiligung zusammenbekommen? Was ist dann? Wir werden im Ausschuss drüber diskutieren,

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das scheint nötig zu sein!)

wie stark Sie dort eingrenzend, **regulierend** tätig werden wollen. So, wie der Antrag jetzt formuliert ist, fordert er alle auf, Jugendliche angemessen einzubinden.

(Demonstrativer Beifall Birgit Herdejürgen [SPD])

Aber es gibt keinerlei erkennbare Sanktionen. Ich lese aus Ihrer Formulierung und Ihrem Antrag, dass das droht. Lediglich darauf habe ich hingewiesen. Ich freue mich, wenn wir im Ausschuss darüber diskutieren können.

Ich wünschte mir auch, dass wir den Bereich des **Kinderschutzes** thematisierten. Wir haben bei Inobhutnahmen in der Vergangenheit gesehen, dass es dort immer noch Schwachstellen gibt. Ich wünschte mir, dass wir die Zahl der Pflegefamilien, die Zahl der Betreuer, die in den Jugendhilfeeinrichtungen in den Kommunen sind, verstärken könnten und die Kommunen dafür auch das Geld hätten.

Ich weise darauf hin, dass die CDU/FDP-Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode einige Verbesserungen durch Fallzahlbegrenzung und durch das Mitwandern der Akten der Kinder erreicht hat, dass das Bildungs- und Teilhabepaket eingeführt wurde, dass Jugendliche damit einen wichtigen Baustein zur Begrenzung von Ausgrenzung und Benachteiligung erfahren.

Spannend finde ich, dass man sich in 2005 noch sehr lobend über die Mehrgenerationenhäuser als einen wichtigen Bestandteil geäußert hat. Davon

merke ich bei der aktuellen Landes- und Bundesregierung sehr wenig. Ich wünsche mir, dass wir im Rahmen der weiteren Diskussionen dazu kommen, dass auch sie noch bedacht werden können.

Wir werden eine ganze Menge Punkte haben, über die wir diskutieren müssen, und ich freue mich auf die weiteren Beratungen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich den Kollegen von der SPD und den Grünen für die Signale danken, die gekommen sind, dass wir das gemeinsam beraten können, dass wir eigentlich die gleichen Ziele haben und gar nicht weit auseinander sind. Auch der Antrag der CDU beinhaltet Dinge, an die ich vorher nicht gedacht habe. Von daher freue ich mich auf die konkreten und wahrscheinlich sehr konstruktiven Beratungen im Ausschuss. Auch ich beantrage Ausschussüberweisung.

Trotzdem gibt es einen kleinen Unterschied. Ich habe es dem Kollegen von Pein auf dem Weg hierher schon gesagt. Wir sehen es ein wenig anders. Zwar einen uns die Ziele, uns fehlen aber die **Grundlagen**. Dazu möchte ich Folgendes ausführen: Wir bemühen uns alle seit Jahren, den Ansprüchen von Kindern und Jugendlichen immer besser gerecht zu werden, sie zu schützen, sie zur Mitbestimmung einzuladen, ihnen Freiräume und gleichzeitig Sicherheit zu geben, ihnen Chancengerechtigkeit einzuräumen und Wahlmöglichkeiten zu geben. Das alles ist gut. Wirklich niemand hier im Haus wird das wohl bestreiten.

Die **politische Teilhabeoffensive** - ich habe das Wort ein wenig in Leichte Sprache gefasst -, die auch Gegenstand des weiterzuführenden Plans ist, war - ich erinnere gern daran - eigentlich eine Initiative von uns PIRATEN. Wir nannten es damals schlicht **Aktionsplan politische Jugendbildung**. Man hielt uns vonseiten der Koalition entgegen, dass man für den Beschluss, so etwas umzusetzen, keine Informations- und Erkenntnisbasis habe. Dem Beschluss wurde ein Bericht vorgeschaltet. Das ist rückblickend auch gut gewesen. Trotz dieser Grundlage wollen sie auf den Kinder- und Jugendaktionsplan verzichten. Sie fordern einen neuen Be-

(Wolfgang Dudda)

richt mit der von Ihnen skizzierten Schwerpunktsetzung zur 32. Sitzung ein.

Ich hätte gern vorher etwas aus der Bilanz dazu; denn es ist schlecht, die Fortführung von etwas zu beschließen, das nur unzureichend evaluiert wurde und dessen Bilanz wir tatsächlich nicht kennen. Dass wir zu diesem Bereich wirklich noch Informationsbedarf haben, möchte ich an einem Beispiel verdeutlichen und zitiere dazu aus einem Antrag der Grünen-Fraktion aus dem Jahre 2006:

„Die gesetzliche Verankerung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der schleswig-holsteinischen Gemeindeordnung findet bundesweit Beachtung und ist ein Meilenstein in der Jugendpolitik in Schleswig-Holstein und für die weitere Beteiligungsstruktur unverzichtbar“.

Recht hatten die Grünen damals. Vor diesem Hintergrund wundert mich an dieser Stelle heute Ihre fehlende natürliche Neugier.

(Beifall PIRATEN)

In dem Bericht zur politischen Jugendbildung werden viele Broschüren und Akteure zu Recht erwähnt. Es fehlt aber jede Aussage darüber, wie sich denn die **Zahl** von **Jugendbeiräten** entwickelt hat oder ob es Gemeinden gibt, in denen es immer noch keinen Jugendbeirat gibt und woran das liegen kann. Dies bestätigt auch eine Anfrage meines Kollegen Krumbek dazu. Die Regierung weiß nicht, ob und wie sich die Gemeindeordnung auf die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen ausgewirkt hat. Eine Vorschrift, die nicht mit Leben erfüllt ist, kann am Ende nicht das sein, was wir wollen. Das hoffe ich zumindest.

Der Gedanke, der Eingang in den Antrag der Fraktion der Grünen gefunden hat, stammt ursprünglich von der damaligen Jugendministerin Trauernicht und ist inzwischen acht Jahre alt. Was hat sich in diesen acht Jahren konkret getan? Das ist meine Frage. Darum möchte ich an dieser Stelle dem Berichtsbeschluss auch gern einen erhellenden Bericht vorschalten; das halte ich für sinnvoller, weil es an der einen oder anderen Stelle vielleicht Nachsteuerungsbedarf gibt und weil wir uns mit Worthülsen und Symbolpolitik an dieser Stelle nicht zufriedengeben dürfen.

In einem Bericht zum Kinder- und Jugendplan aus der 16. Wahlperiode schreibt Frau Trauernicht als Ministerin:

„Die erfolgreiche Kooperation all der Institutionen, Organisationen, Verbände, Träger

und Einrichtungen, die sich für familien- und kindgerechte Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein engagieren, setzt voraus, dass sie in verlässliche und tragfähige Strukturen eingebettet sind. Hierzu bedarf es einer gemeinsamen Klammer. Diese bildet der Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein. Er bietet die Möglichkeit für konkrete Absprachen und Vorhaben sowie für die Unterstützung und den Ausbau ehrenamtlichen Engagements und für mehr Professionalität.“

Ich denke, dass Frau Trauernicht damals schon damit alles umrissen hat, was wir gern wissen möchten: Welche konkreten Absprachen und Vorhaben wurden mit Erfolg umgesetzt? Wie und wie erfolgreich wurden das ehrenamtliche Engagement ausgebaut und die Professionalität vorangetrieben? Gewiss, das sind auch im Hinblick auf die neuen Herausforderungen durch die Schule wichtige Fragen. Da Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, die Erfolge ja zu kennen scheinen, wäre es nur fair, wenn Sie auch uns als Opposition an Ihrem Erkenntnisstand beteiligen würden.

Die Begründung zum Antrag der Koalition unterschreibe ich sofort; das ist alles richtig. Aber der Antrag selbst hat Lücken, und zwar weniger im Inhalt als mehr in seiner politischen Abbildung. Mehr **Medienkompetenz** fordern Sie - und reduzieren das nur auf Social Media, jedenfalls nach meiner Wahrnehmung - wollen Sie den neuen Schwerpunkt **interkulturelle Kompetenz und Antidiskriminierung** setzen. Eine Fortführung des Aktionsplans Homophobie wird es nicht geben. Ich frage: Warum nicht? Hierzu erwarte ich eine vernünftige Begründung.

Da meine Zeit abgelaufen ist, bedanke ich mich herzlich und freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Seit der Einführung des **Kinder- und Jugendaktionsplans** hier im Land sind fast zehn Jahre vergangen. Erklärtes Ziel war und ist es, „einer lebendigen Jugend- und Familienpolitik in Schleswig-Holstein ein ‚Dach‘ zu geben“. Ich den-

(Flemming Meyer)

ke, auch wenn man immer noch mehr für die Kinder und Jugendlichen in Schleswig-Holstein an der einen oder anderen Stelle tun kann, haben wir es grundsätzlich mit einem Erfolgsmodell zu tun. Egal ob **Beteiligungsrechte** in der Gemeindeordnung, **verstärkter Kinderschutz** oder Kinderrechte in der Verfassung: In Verbindung mit entsprechenden Initiativen auf Bundesebene wurden ein verstärktes Bewusstsein und damit erhebliche Verbesserungen im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik erreicht. Das lässt sich kaum leugnen. Aus diesem Grund ist aus Sicht des SSW die Weiterführung dieser Initiative sinnvoll und wichtig.

(Beifall SSW und SPD)

Doch auch wenn der Aktionsplan im Laufe der Jahre evaluiert und in Teilbereichen entsprechend weiterentwickelt wurde, halte ich neben der **Fortführung** auch eine **Vertiefung** für notwendig. Denn gerade mit Blick auf die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen sind zehn Jahre eine halbe Ewigkeit. In ihrem Alltag hat sich vieles grundlegend verändert. So wachsen zum Beispiel die Anforderungen an sie stetig. Auch die Kommunikationsformen wandeln sich, und der Umgang mit Medien spielt eine zunehmend wichtige Rolle. Das ist zwar mit neuen Möglichkeiten, genauso aber auch mit neuen Risiken verbunden. Für den SSW ist deshalb völlig klar, dass eine zeitgemäße und weiterhin wirkungsvolle Kinder- und Jugendpolitik diesen Veränderungen Rechnung tragen muss.

Genau dies tun wir mit dem vorliegenden Antrag: Die positiven Ansätze in diesem Politikfeld und insbesondere im Bereich Kinderschutz wollen wir weiterführen. Dabei werden wir es aber nicht belassen. Unser Ziel ist es, daneben weitere Akzente zu setzen. Zu diesem Zweck soll ein neuer, umfassender Schwerpunkt formuliert werden, der sich auf die erwähnten aktuellen Herausforderungen bezieht. Mit diesem erweiterten Kinder- und Jugendaktionsplan wollen wir die Rahmenbedingungen für mehr Beteiligung und die Bedingungen für mehr gesellschaftliches Engagement schaffen. Außerdem sollen hierdurch nicht nur die **Medienkompetenz** junger Menschen stärker gefördert werden, sondern auch ihr **Verständnis für andere Kulturen**.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klar ist, dass eine solche Weiterentwicklung und eine solche Neuausrichtung nicht verordnet werden können. Wir wollen auch in Zukunft eine lebendige Jugendpolitik in unserem Land. Deshalb ist für uns völlig klar, dass vor allem diejenigen, die direkt be-

troffen sind, beteiligt werden müssen. Der hier vorliegende Antrag macht also nur den Anfang für einen **Dialogprozess** im Sinne eines Jugenddialogs. Das letzte Wort in Sachen Ausgestaltung des Aktionsplans ist bei Weitem noch nicht gesprochen. Und auch in der anschließenden Umsetzung werden wir die relevanten jugendpolitischen Akteure natürlich mit einbeziehen.

Für den SSW ist eines völlig klar: Es ist nicht zuletzt Aufgabe der Politik, jungen Menschen den Rahmen für ein selbstbestimmtes Leben zu geben. Ich meine, dass wir die Belange der Kinder und Jugendlichen bei uns im Land gar nicht ernst genug nehmen können. Wir müssen und wollen ihnen auch in Zukunft umfangreiche Möglichkeiten der **Beteiligung an Politik und Gesellschaft** geben. Hier ist nicht nur der Bereich Bildung gefragt. Nein, um den Bedürfnissen der jüngeren Generation wirklich gerecht werden zu können, müssen wir Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe begreifen. Und genau diesen Weg schlagen wir mit dem erweiterten Jugendaktionsplan ein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, Kristin Alheit.

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Kinder und Jugendliche sind ein Spiegel unserer Gesellschaft. Für sie ein zukunftssicheres, zukunftsfähiges und ganz lebenswertes Schleswig-Holstein zu gestalten, muss unsere gemeinsame Aufgabe sein. Ich freue mich darüber, dass diese Debatte deutlich macht, dass das gesamte Haus dies auch so sieht. Das ist eine gute Debatte, und ich finde, sie kommt auch zur rechten Zeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der vorgelegte Antrag, Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern, eröffnet die Chance, Politik für Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein neu zu gestalten und weiter zu verändern. Deswegen danke ich ausdrücklich den Initiatoren sehr für diese hier angestoßene Debatte.

(Ministerin Kristin Alheit)

Auch die eingereichten **Änderungsanträge** machen noch weitere Ansatzpunkte für diesen Bereich deutlich. Dadurch zeigt sich, dass es großen Gesprächs- und Handlungsbedarf im ganzen Haus gibt. Ich sagte es eben schon: Ich finde, der Antrag kommt zur rechten Zeit, und ich möchte Ihnen sehr für die konstruktive Gemeinsamkeit danken, die wir an dieser Stelle haben.

Der Kinder- und Jugendaktionsplan ist keine neue Idee; die Vorredner sagten es bereits. Schon einmal haben wir mit dem Kinder- und Jugendaktionsplan ein umfassendes, vor allem auch **ressortübergreifendes Programm** gestaltet, in dem alle kinder-, alle jugend- und alle familienpolitischen Vorhaben gebündelt waren. Dies soll nun seine Fortsetzung und seine Erweiterung mit einem jugendpolitischen Schwerpunkt finden. Diesen Antrag nehme ich als fachlich verantwortliche Ministerin sehr gern entgegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Ja, das fand ich eigentlich auch; denn so etwas ist durchaus nicht selbstverständlich. Ich finde nämlich, dass mit diesem Aktionsplan das Profil der schleswig-holsteinischen Kinder-, Jugend- und Familienpolitik weiter geschärft wird.

Wir richten unser Augenmerk auf die jungen Menschen und auf die **Gelingsbedingungen des Aufwachsens**, für ein gesundes Aufwachsen, für ein Aufwachsen in Gewaltfreiheit mit Beteiligungsmöglichkeiten - darüber ist eben schon viel gesagt worden -, mit der Förderung von Medienkompetenz, wo wir genau gucken müssen, was das eigentlich für uns bedeutet, und auch mit der Auseinandersetzung von Interkulturalität.

Das sind nur einige Schwerpunkte, mit denen wir uns in der Politik der Zukunft der Kinder und Jugendlichen zuwenden wollen, Schwerpunkte, die wir gemeinsam mit den Beteiligten in den anderen Ressorts und - das ist Gott sei Dank schon mehrfach gesagt worden - im Dialog mit den Kommunen, Verbänden, vor allem natürlich mit den Jugendverbänden, und auch mit weiteren gesellschaftlichen Gruppen ausgestalten wollen.

Wer sich des Themas annimmt, weiß: Kinder-, Jugend- und Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, sie so zu gestalten, dass sie wirklich weiterentwickelt werden kann und dass wir zielgerichtet in Schleswig-Holstein diesen Bereich voranbringen.

Der neue Schwerpunkt, die Jugend, ist besonders interessant. Wir hatten hier verschiedene Definitionen, was Jugendliche angeht. Jugendliche und damit ihre Bedarfe, ihren Lebensabschnitt in den Blick zu rücken, ist etwas ganz Besonderes. Bei dieser Phase, die mit der Pubertät beginnt und den Übergang hin zu einer eigenständigen Lebensführung beinhaltet, handelt es sich um eine Phase - jemand anders sagte das auch - der Identitätsfindung und der Bestimmung des eigenen Platzes in der Welt. **Jugend** ist aber viel mehr als die damit verbundene Übergangsphase. Diese Zeit ist vor allem eine ganz **eigene Lebensphase**, die eigene Notwendigkeiten und eigene Ansprüche hat. Die vorgelegten Anträge, die an den ersten Kinder- und Jugendbericht anknüpfen und die neuen Ideen aufgreifen, stärken diese Phase.

Ich möchte folgende Voraussetzungen nennen, die Maßstab für unsere Planungen sind. Erstens. Die Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendaktionsplans wird nur in einem **dynamischen und dialogorientierten Prozess** erfolgreich sein können. Das sehen wir aber, glaube ich, alle so.

Zweitens müssen wir auch auf die **Ressourcenorientierung** gucken. Mit dem weiterentwickelten Kinder- und Jugendaktionsplan sollen die vorhandenen kinder-, jugend- und familienpolitischen Ressourcen aller Ressorts sowie der Kommunen und Verbände gebündelt werden und im Sinne einer gemeinsamen Politik für Kinder und Jugendliche und auch für Familien genutzt werden.

Der erste Kinder- und Jugendaktionsplan - ich möchte an dieser Stelle meiner Vorgängerin Gitta Trauernicht dafür danken, das auf den Weg gebracht zu haben - ist auf große positive Resonanz gestoßen, und zwar nicht nur in der Politik; vielmehr hat der Kinder- und Jugendaktionsplan weit über die Grenzen dieses Parlaments und meines Ressorts hinaus das Profil der schleswig-holsteinischen Kinder- und Jugendpolitik geschärft. Dafür noch einmal mein ganz herzlicher Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Neben der Freude über das Engagement, das das Parlament an dieser Stelle zeigt, verhehle ich nicht - deswegen habe ich mich auch über den Applaus vorhin gefreut -, dass der Kinder- und Jugendaktionsplan, den wir jetzt auf den Weg bringen, ein echter Kraftakt wird, ein Kraftakt, dem sich mein Haus gern stellt. Ich habe bei dem Antrag der PIRATEN so ein bisschen gedacht, wir sollten Sorgfältigkeit vor Schnelligkeit walten lassen; aber wir

**(Ministerin Kristin Alheit)**

werden es ja im Ausschuss gemeinsam beraten. Unser Ziel muss es sein, die Kinder- und Jugendpolitik sowie die Familienpolitik zu stärken und Schleswig-Holstein in dem Bereich weiter zu profilieren. Ich glaube, mit dem, was wir im Ausschuss gemeinsam beraten werden, werden wir auf einen guten Weg sein. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/2221 sowie die Änderungsanträge Drucksachen 18/2255 und 18/2267 als selbstständige Anträge federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an alle anderen Ausschüsse zu überweisen.

(Zuruf)

- Es ist beantragt worden, das an alle anderen Ausschüsse mitberatend zu überweisen. Das ist ein Antrag der Abgeordneten Klahn gewesen.

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause bis 15 Uhr und wünsche Ihnen einen guten Appetit.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:15 bis 15:02 Uhr)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Ihnen folgende geschäftsleitende Bemerkungen mitteilen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten. Die parlamentarischen Geschäftsführungen haben sich, wie ich es schon erahnte, darauf geeinigt, morgen ohne Mittagspause zu tagen. Außerdem sollen die Tagesordnungspunkte 24, 25, 35 und 42 ohne Aussprache behandelt werden. Das ist für Ihre Zeitplanung am morgigen Tag sicher nicht ganz unwichtig.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, bitte begrüßen Sie gemeinsam mit mir Gäste der SPD aus dem Ortsverein Viöl. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Als Nächstes behandeln wir ein Thema, das die Republik bewegt, den Landtag in seiner Gänze offensichtlich noch nicht ganz, aber das wird sich sicher in den nächsten Minuten ändern.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

**Einführung der Pkw-Maut verhindern**

Antrag der Fraktionen von FDP und PIRATEN  
Drucksache 18/2224 (neu)

**Sinnvolle Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/2263

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Daher eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat für die FDP-Fraktion und vermutlich auch für die Antragsteller der Abgeordnete Christopher Vogt.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Anwesenden! Angesichts der Tatsache, dass unsere Gesellschaft, was die Erfolgsaussichten im globalen Wettbewerb angeht, immer mehr darauf angewiesen ist, dass die Menschen möglichst gut ausgebildet werden und eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verfügung haben, investiert die öffentliche Hand in diese Bereiche im Vergleich viel zu wenig Geld. Woran liegt das? - Über Steuern und Abgaben werden allein aus dem Straßenverkehrsbereich Jahr für Jahr weit über 50 Milliarden € vom Staat eingesammelt, aber nur ein Bruchteil davon wird wieder in den Verkehrssektor investiert. Niemand kann deshalb ernsthaft behaupten, dass es hier ein Einnahmeproblem geben würde. Die chronische **Unterfinanzierung des Verkehrssektors** resultiert aus einer anhaltenden falschen Prioritätensetzung in der Haushaltspolitik.

(Beifall FDP)

Der Verkehrssektor dient dem Staat als umfangreiche und zuverlässige Einnahmequelle, seine gesellschaftliche Bedeutung wird jedoch noch immer verkannt. Die Einnahmen aus diesem Bereich müssen weitgehend andere Dinge finanzieren. Dies sollte man bei der Diskussion über die zukünftige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur nicht ausblenden.

Meine Damen und Herren, die Investitionen für den notwendigen **Erhalt, Aus- und Neubau** im Bereich

(Christopher Vogt)

der Straßen, Schienen und Wasserstraßen müssen in den nächsten Jahren schrittweise erhöht werden. Die Mittel dafür sollten überwiegend aus dem allgemeinen Haushalt kommen. Es gibt ja die wirklich bemerkenswerten Analysen und Vorschläge der Bodewig-Kommission. Herr Bodewig war sicher kein großer Bundesverkehrsminister, aber die Arbeit seiner Kommission war auf jeden Fall keine schlechte Diskussionsgrundlage. Seine Vorgänger und Nachfolger waren auch nicht viel besser. Ich teile nicht alle Vorschläge der Kommission. Das Verursacherprinzip muss sicher auch zukünftig in gewissem Maße eine Rolle spielen, aber das **Verhalten einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur** muss jedoch eine **staatliche Kernaufgabe** bleiben. Alle profitieren davon, deshalb müssen auch alle ihren Beitrag dazu leisten.

Meine Damen und Herren, die CSU hat nun gemeinsam mit CDU und SPD unsere europäischen Nachbarn, die unsere Straßen mitbenutzen, als neue Einnahmequelle entdeckt. Dabei zahlen unsere europäischen Nachbarn hierzulande an der Zapfsäule bereits heute mehr Geld an den Staat, als sie an Kosten verursachen. Die von der schwarz-roten Bundesregierung geplante **Pkw-Maut für Ausländer** ist nicht nur europarechtlich fragwürdig, sondern auch ein fatales europapolitisches Signal.

(Beifall FDP und Dr. Andreas Tietze  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie basiert auf einem krassen Wortbruch von CDU und SPD aus dem Bundestagswahlkampf. Sie ist wirtschaftspolitisch kontraproduktiv, unfair gegenüber unseren europäischen Nachbarn und nicht zuletzt völlig untauglich, um den Problemen bei der Verkehrsinfrastruktur ansatzweise wirksam zu begegnen. Sie löst zwar kein Problem, schafft aber viele neue.

Das Versprechen der Bundesregierung, dass kein deutscher Autohalter finanziell zusätzlich belastet würde, ist allein schon deshalb völlig unglaubwürdig, weil eine Reihe von Nachbarländern bereits angekündigt haben, dass sie nachziehen werden und dadurch viele inländische Autohalter zumindest indirekt, wenn sie dann ins europäische Ausland fahren, zusätzlich belastet würden. Der zu erwartende Ertrag würde in keinem auch nur ansatzweise vernünftigen Verhältnis zum Aufwand stehen.

(Beifall FDP, PIRATEN und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man würde ein neues **Bürokratiemonster** schaffen, das nun wirklich kein Mensch braucht. Meine Damen und Herren, nicht zuletzt durch die Tatsa-

che, dass diese Maut nun auch nicht mehr nur für die Nutzung von Bundesautobahnen, sondern auch für alle weiteren Straßen des Bundes, der Länder und Kommunen erhoben werden soll, wäre diese Gebühr eine massive **Belastung** für die sogenannten **kleinen Grenzverkehre** und damit auch ein Mobilitätshindernis hier in der deutsch-dänischen Grenzregion. Jeder Feldweg soll zukünftig mautpflichtig werden, wenn es nach Herrn Dobrindt geht. Das ist wirklich irre. Die Zahl der dänischen Tagesgäste würde sich reduzieren, was vor allem dem Einzelhandel und der Gastronomie im Norden unseres Bundeslandes schaden würde. Was dem Norden Schleswig-Holsteins schadet, schadet Schleswig-Holstein insgesamt. Deswegen dürfen wir da nicht einfach zuschauen.

Meine Damen und Herren, die von der Landesregierung und der schleswig-holsteinischen CDU geforderten Ausnahmen würden die Maut nicht wirklich bessern, sondern sogar noch eher verschlimmern. Wie zum Beispiel das dadurch entstehende Diskriminierungsproblem bei den inländischen Autohaltern in diesem Gebiet gelöst werden könnte, weiß offenbar niemand. Es hat sich darüber anscheinend noch niemand Gedanken gemacht. Wir wollen keine **Mautgrenzen** zu unseren europäischen Nachbarn und erst recht keine neuen Grenzen innerhalb unseres Landes schaffen, was dann passieren würde.

(Beifall FDP, PIRATEN und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese **Ausnahmen** wären immer willkürlich und würden neue **Ungerechtigkeiten** und Probleme schaffen. Nicht nur das aktuelle Konzept von Herrn Dobrindt ist problematisch, der Grundgedanke seiner Mautpläne ist unsinnig.

Dass nach der populistischen Ausländermaut nun von der CSU die Forderung nach einem Aussetzen des Schengen-Abkommens gekommen ist, sollte wirklich niemanden wundern. Wenn man daran arbeitet, die weggefallenen Grenzen innerhalb Europas mit anderen Mitteln wiederherzustellen, ist dies eben eine offene Einladung an die Populisten im Land. Meine Damen und Herren, man wird die AfD auch nicht dadurch überflüssig machen, indem man ständig versucht, sie rechts zu überholen. Es ist aus unserer Sicht jetzt der Job von CDU und SPD,

(Beifall FDP, PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die CSU in dieser Frage endgültig zur Vernunft zu bringen. Deshalb sollten die Landesregierung und auch die CDU Schleswig-Holsteins auf der Bundes-

(Christopher Vogt)

ebene nicht nur für Ausnahmen und Korrekturen kämpfen, sondern dafür, dass dieses Konzept insgesamt eingestampft wird. Die Interessen unseres Landes sind insgesamt wichtiger als die Gesichtswahrung einer bayerischen Regionalpartei. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Winter [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Hans-Jörn Arp.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt könnte ich über das Thema CSU und FDP gern reden, aber ich finde, die Zusammenarbeit in den letzten vier Jahren in der Koalition war gar nicht so schlecht. Deswegen möchte ich die CSU auch nicht als Regionalpartei abtun.

(Lachen FDP und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das ist ja nicht Gegenstand der Debatte. - Herr Stegner, schön dass Sie einmal lachen. Dann sehen Sie ganz anders aus.

Meine Damen und Herren, Christopher Vogt hat in einem Punkt recht, wenn er sagt, bei der **Infrastruktur** fehlen jedes Jahr 7 Milliarden €, um den Zustand herzustellen, den wir eigentlich brauchen, um ein leistungsfähiges Infrastrukturnetz zu bauen und zu unterhalten. Das war auch die Basis aufgrund des Gutachtens von Herrn Bodewig, das dann vor fast einem Jahr als Grundlage für die Koalitionsverhandlungen genommen wurde. In der Runde saß nicht Herr Meyer, der war noch gar nicht im Skat, sondern Ministerpräsident Torsten Albig mit Herrn Nägele. Die haben diesen Koalitionsvertrag ausgehandelt. Schleswig-Holstein ist maßgeblich an dem Ergebnis beteiligt, immerhin vertreten durch unseren Ministerpräsidenten und durch einen Staatssekretär, die dort festgelegt haben, dass diese CSU-Maut für Ausländer kommt. Das wurde zwar nicht hier im Landtag entschieden, das haben nicht wir entschieden, das ist dort entschieden worden. Es wurde dann gesagt, Herr Stegner, okay das kennen wir ja, wir sind koalitionsstreu wie bei anderen Dingen wie beispielsweise bei der Rente mit 63. Wir haben uns auch immer daran erinnert, dass wir so schön koalitionsstreu sind. Egal ob wir es nun wollen oder nicht, wir tragen die Große Koalition erfolgreich mit und halten uns daran. Das ist die Ausgangslage.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Willst du die Maut oder nicht? - Heiterkeit)

- Lass mich doch bitte zu Ende reden. Ich weiß ja, dass du ein unruhiger Geist bist, Herr Kollege. Warte doch bis zum Ende der Rede ab. Ein kleiner Spannungsbogen muss doch da sein.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Arp, der Abgeordnete Dr. Stegner kann nicht ganz so lange warten. Er möchte nämlich eine Zwischenfrage oder -bemerkung loswerden.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Wenn er nett ist, dann darf er das.

(Christopher Vogt [FDP]: Und er lächelt!)

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kollege, ich bin heute so fröhlich. Wenn ich Sie reden höre, werde ich immer fröhlicher.

Sie haben darauf hingewiesen, dass wir eine Vereinbarung getroffen haben. Diese Vereinbarung lautete allerdings mitnichten, dass wir uns auf eine Ausländermaut einigen, wie Sie das gerade genannt haben. Vielmehr lautete die Einigung: Es kann eine Maut geben, wenn Herr Dobrindt in der Lage ist, folgende drei Bedingungen zu erfüllen: Erstens muss die Europarechtskompatibilität gewährleistet sein. Zweitens muss deutlich mehr Geld reinkommen. Drittens dürfen deutsche Autofahrer nicht stärker belastet werden. Da er ein kluger Kerl ist, bekommt er das vielleicht hin.

- Das bekommt er hin. Warten Sie einmal ab. Warten wir ab, bis das Ergebnis vorliegt.

Ich möchte noch ein wenig die Vergangenheit beleuchten. Manche Leute vergessen ja sehr schnell.

Es hat nicht einmal ein Jahr gedauert, bis Ministerpräsident Torsten Albig auf eine Idee kam. Damit war er aber allein im Haus; denn er hat niemanden gefunden, der ihn unterstützt hat. Er hat die Einführung einer Vignette zu einem Preis von 100 € vorgeschlagen. Daran wären natürlich auch die Ausländer beteiligt gewesen. Das war die Idee. Das hätte eine Menge Geld gebracht, nämlich 4 Milliarden € von deutschen Autofahrern und 1 Milliarde € von ausländischen Autofahrern. Aber so schnell, wie die Idee kam, war sie auch schon wieder verschwunden. Ebenso schnell verschwunden waren auch die Ansprüche von Herrn Albig.

(Hans-Jörn Arp)

Dann hatte Herr Meyer eine Idee. Das sind alles ehrenwerte Menschen, weil sie alle das gleiche Ziel haben und weil sie alle wissen, dass wir nicht genügend Geld für die Infrastruktur haben. Herr Meyer hatte die Einführung eines Schlagloch-Solis vorgeschlagen. Diese Soli-Mittel sollten für die Reparatur von Schlaglöchern verwendet werden. Nun aber ist beschlossen worden, den Soli für Sondertilgungen zu verwenden, und von Herrn Meyer war nichts mehr zu hören.

Da haben Sie schon wieder verloren, Herr Meyer. Sie müssen auch einmal ein bisschen um Ihre Ideen kämpfen. Dafür haben Sie zu wenig getan. Meine Damen und Herren, das macht mir eigentlich Sorgen.

(Zuruf SPD)

- Wenn man euch einmal einen Spiegel vorhält, dann wird man gleich in eine Ecke gestellt und gefragt, ob man etwas geraucht hat. Keine Sorge, ich rauche nicht.

(Heiterkeit SPD)

Unsere Position ist ganz klar, dass die Maut keine Nachteile für Deutsche mit sich bringen darf. Das gilt insbesondere auch für Schleswig-Holstein. Diejenigen, die damals mit am Tisch gesessen haben - ich wiederhole mich: Torsten Albig und Staatssekretär Nägele -, werden sicherlich mit all ihrem Gewicht dafür kämpfen, dass insbesondere der Grenzverkehr, der Tourismus und natürlich die Pendler zwischen Dänemark und Deutschland nicht benachteiligt werden. Das heißt, man nimmt die Kreise Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und Ostholstein sowie die Städte Kiel, Lübeck und Flensburg von der Maut aus.

(Christopher Vogt [FDP]: Und Neumünster!)

Das ist der Vorteil, den wir dann haben. So wird der **Grenzverkehr** nicht benachteiligt. Außerdem bleiben wir so dem Koalitionsvertrag treu. Herr Stegner, keine Sorge, wir bleiben dabei. Zudem erfüllen wir so unsere Aufgabe, uns für die Interessen der Schleswig-Holsteiner einzusetzen.

Noch einmal: Wir brauchen keine neue Kommission. Vielmehr sollten diejenigen, die das verhandelt haben, das auch weitermachen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Arp, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Jederzeit.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Meine zugegebenermaßen etwas unparlamentarische Zwischenfrage lautete: Kollege Arp, wollen Sie tatsächlich die Maut? Herr Kollege Arp, glauben Sie ernsthaft daran, was Sie gerade versucht haben, uns darzustellen? Wenn man einige Kreise von was auch immer ausnähme, führe dieses völlig krude Konstrukt, das da in Berlin im Verkehrsministerium angedacht worden ist, zum Erfolg? Glauben Sie das ernsthaft, oder wollen Sie hier eine Märchenstunde veranstalten?

- Lieber Herr Kollege Dr. Garg, ein Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holsteins würde so etwas doch nicht zusammen mit einem Staatssekretär aushandeln, wenn die beiden wüssten, dass so etwas nicht geht. Ich vertraue da ganz und gar auf unseren Ministerpräsidenten, der in dieser Runde gesessen hat. Ich bin ziemlich sicher, dass so etwas funktioniert. Ich stehe hier nur für die Interessen des Landes Schleswig-Holstein. Wir sollten die **Kreise**, die davon benachteiligt würden, von dieser **Benachteiligung** befreien. Ich habe versucht, das plausibel darzustellen, sodass auch Sie das verstanden haben.

**Präsident Klaus Schlie:**

Nunmehr hat noch einmal der Kollege Dr. Stegner das Bedürfnis, Ihnen eine Frage zu stellen.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Wenn er so fröhlich ist, dann machen wir weiter.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kollege Arp, ich habe als sozialdemokratischer Landespolitiker wahrgenommen, dass die Vereinbarung, die wir miteinander geschlossen haben, an die von mir zuvor genannten Bedingungen geknüpft ist, die Sie jetzt nicht wiederholt haben, die aber alle kennen.

Mein Gefühl ist, dass hauptsächlich die Einwände von Herrn Laschet und von Herrn Schäuble, die beide keine ausgewiesenen Sozialdemokraten sind, Herrn Dobrindt das Leben schwermachen, während wir Sozialdemokraten - zum Beispiel die beiden Sozialdemokraten, die Sie gerade genannt haben, nämlich unser Ministerpräsident und Herr Nägele - uns anschauen, was denn der bayrische Zauberlehrling macht. Das ist im Au-

(Hans-Jörn Arp)

genblick die Lage. Ich habe das Gefühl, die heftigeren Zwischenrufe kommen aus Nordrhein-Westfalen und von Herrn Schäuble.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und Baden-Württemberg!)

Da wir friedfertige Menschen sind, mischen wir uns in diesen Streit nicht ein, sondern schauen uns das an.

- Dafür sind Sie ja bekannt. Das zeichnet Sie ja aus.

- Absolut.

- Sie sind sehr harmoniebedürftig. Das spricht ja für Sie. So werden Sie ja auch überall titulierte.

Sie sind hierbei genauso, wie ich es bin. Bei dieser Frage sind wir zunächst einmal Schleswig-Holsteiner. Zudem sind Sie stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender und bekleiden somit eine herausragende Position. Das heißt, Sie können auf Bundesebene viel mehr mitreden, als ich das kann. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich für die Interessen Schleswig-Holsteins einsetzen.

Ja, wir stehen ohne Wenn und Aber zum Koalitionsvertrag. Wir haben aber auch die Interessen Schleswig-Holsteins wahrzunehmen. So könnten Sie sich auch einmal profilieren. Das würde Ihre Sympathiewerte vielleicht einmal etwas steigern. Das ist ja gar nicht einfach.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Arp, Ihre Redemöglichkeiten möchte nun der Herr Kollege Christopher Vogt erweitern.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Wenn es hilft, dann gerne.

**Christopher Vogt [FDP]:** Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich möchte mich in die schwarzrote Arbeitsteilung gar nicht einmischen. Sie sind sich aber mit Herrn Verkehrsminister Meyer in dem Punkt einig, dass nicht nur Herr Meyer als Verkehrsminister des Landes, sondern auch Sie als Vertreter der CDU-Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein **Ausnahmen in Grenzregionen** gefordert haben. Das haben Sie vorhin noch einmal dargestellt. Das würde bedeuten, dass Schleswig-Holstein unterteilt würde in mautpflichtige Zonen und mautfreie Zonen. Sollen dann nur ausländische Kfz-Halter befreit werden oder auch die inländischen Kfz-Halter beispiels-

weise in Ostholstein, in Schleswig-Flensburg und in Nordfriesland? Sollten diese dann auch befreit werden?

- Noch einmal: Es geht darum, dass wir den Grenzverkehr, den Pendlerverkehr und den Tourismus nicht darunter leiden lassen. Derjenige, der für einen Tag von Dänemark nach Schleswig-Holstein fährt, weil er beispielsweise hier einkauft, wird sich nicht nach Itzehoe bewegen. Wir wissen schließlich, wie die Verkehrsströme verlaufen. Weil die Verkehrsströme durch diese Kreise und Städte laufen, dürfen diese davon nicht benachteiligt werden. Deshalb fordern wir in diesem Fall eine Befreiung. Wenn wir ganz Schleswig-Holstein ausnähmen, führten wir den Koalitionsvertrag ad absurdum. Das wollen wir aber nicht. Wir sind koalitions-treu. Wir setzen uns lediglich für die Interessen Schleswig-Holsteins ein. Das unterscheidet uns.

**Präsident Klaus Schlie:**

Es gibt eine Nachfrage des Herrn Kollegen Christopher Vogt. Gestatten Sie diese auch?

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Gern.

**Christopher Vogt [FDP]:** Ich glaube, das Problem, das ich thematisieren wollte, ist noch nicht ganz angekommen. Da EU-weit Kfz-Halter gleich behandelt werden müssen, müssten im Fall von Ausnahmen in Grenzregionen ausländische Kfz-Halter befreit werden, die inländischen aber nicht. Das wäre eine Ungleichbehandlung. Das würde aus meiner Sicht EU-Recht widersprechen.

- Es mag sein, dass Sie das so sehen. Auf eine solche Diskussion möchte ich mich mit Ihnen jetzt aber nicht einlassen. Das diskutieren wir im Ausschuss.

(Zurufe SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Nunmehr hat der Kollege Dudda das Bedürfnis, Ihnen eine Frage zu stellen.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Ja.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:** Herr Kollege Arp, Ihnen ist ja bekannt, dass Ihr Parteifreund Schäuble im richtigen Leben mein Chef ist, weil er Bundesfinanzminister ist.

(Hans-Jörn Arp)

- Deshalb ist er ein ordentlicher Kerl geworden.

Wir beide sind aber selten einer Meinung.

Kurzum: Er hat schon festgestellt, dass in seinem Bereich überhaupt keine **Kontrollmöglichkeit** für die **Maut** vorhanden ist. Mit dem Personalkörper des Bundesfinanzministeriums ist es gar nicht möglich, das zu erheben. Gleichzeitig ist mir über die Gewerkschaft der Polizei bekannt, dass es überhaupt kein Personal beim Bundesamt für Güterverkehr gibt, das bisher die Mautkontrolle für Lkw durchführt, eine Maut überhaupt zu kontrollieren.

Soll das Motto sein: Maut ist gut, Kontrolle ist besser? Wie wollen wir die Maut überhaupt kontrollieren?

- Lieber Kollege Dudda, ich bin ziemlich sicher, dass es im Beamtenapparat kluge Leute wie Sie und andere gibt, die sofort in der Lage sind, wenn es denn ein solches Gesetz gibt, dieses auch vernünftig umzusetzen. Machen Sie sich da keine Sorgen. Das zeichnet diesen Staat mit seinen Beamten aus. Sonst wären Sie nicht im Landtag.

**Präsident Klaus Schlie:**

Es gibt das weitere Bedürfnis des Kollegen Schulze, Ihnen eine Frage zu stellen.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Gern.

**Olaf Schulze [SPD]:** Lieber Kollege Arp, Sie sagten gerade, Sie setzen sich vollkommen für die schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger ein. Ich komme noch einmal auf die Frage von Herrn Christopher Vogt zurück. Wenn Sie sich für die **schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger** einsetzen wollen, dann frage ich: Wie können Sie das vereinbaren, wenn die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner die Maut bezahlen können, die **Dänen**, die zu uns kommen, jedoch zum Beispiel nicht bezahlen müssen? Ist es dann nicht so, dass Sie sich im Moment eher für die dänischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger einsetzen als für die Schleswig-Holsteiner?

(Zurufe)

- Das ist vollkommen neu. Ich dachte, zumindest der SSW unterstützt mich in der Sache. Wir begin-

nen jetzt eine neue Diskussion. Herr Kollege Schulze, die Kosten tragen schon heute die deutschen Bürger. Sie zahlen ihre Kfz-Steuer, diese wird angerechnet. Warten wir ab, bis wir den Gesetzentwurf vorliegen haben. Dann haben wir die Grundlage. Ich will nur keine Nachteile für die deutschen Arbeitnehmer, die Tourismusverbände und den Einzelhandel. Das können wir nur dadurch ausgleichen. Wenn Sie einen besseren Vorschlag haben, dann machen Sie den. Sie sitzen ja mit uns in Berlin in einer Koalition. Einen Vorschlag von Ihnen habe ich bisher nicht gehört.

**Präsident Klaus Schlie:**

Jetzt gibt es das Bedürfnis des Kollegen Matthiessen, Ihnen eine Zwischenfrage zu stellen.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Gern.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Arp, ich wollte Sie aus persönlicher Betroffenheit heraus, aber auch aus allgemeiner Sicht fragen: Ich fahre ein **Elektroauto**. Es ist auf zehn Jahre zu 100 % von der Steuer befreit. Nun soll die **Kompensation für die Mauterhebung** bei der Steuer ansetzen. Wie wird dies in solchen Fällen gehandhabt, und zwar gerade vor dem Hintergrund einer angestrebten Zielmarke von 2 Millionen Elektrofahrzeugen, die sich die Bundesregierung für die nächsten Jahre immer noch offiziell auf die Fahnen geschrieben hat?

- Lieber Kollege Detlef Matthiessen, das ist eine gute Frage. Diese Frage stellen wir uns auch immer wieder.

(Heiterkeit)

Ich kann sie auch nicht beantworten.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, wenn Sie sich jetzt hinsetzen, dann brauchen Sie keine Zwischenfragen mehr zu beantworten.

(Heiterkeit)

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Ich habe nur noch einen Appell an die Regierung: Setzen Sie sich dafür ein, dass Schleswig-Holstein nicht benachteiligt wird. Sie haben uns ausnahms-

(Hans-Jörn Arp)

weise an Ihrer Seite. - Herzlichen Dank, Herr Präsident.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Wir bemühen uns, auch mit unseren Gesichtszügen neutral zu wirken, aber das ist nicht immer möglich. - Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Kai Vogel das Wort.

**Kai Vogel [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Arp, ich gebe es ehrlich zu, ich war Ihrer Rede intellektuell nicht gewachsen.

(Beifall SPD und Uli König [PIRATEN] - Heiterkeit)

Ich habe es eindeutig nachvollzogen: Sie stehen hinter dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene. Das gilt auch für die SPD. Stehen Sie aber hinter dem Vorschlag von Herrn Dobrindt oder nicht? - Ich gebe zu, das habe ich schwerlich heraushören können. Das wird sich aber vielleicht im Laufe der Debatte noch ergeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht heute aber nicht um einen Antrag der CDU, sondern um einen Antrag der FDP, dem sich die PIRATEN am Ende angeschlossen haben. Die FDP hat wieder einmal einen ihrer üblichen - nach meinem Empfinden - populistischen Anträge eingebracht, und die PIRATEN schließen sich diesem an. Ich kann nicht ermessen, warum sie das tun, wahrscheinlich um Ihren politischen Sinkflug in irgendeiner Art und Weise zu verlangsamen. Es ist fraglich, ob die FDP in diesem Zusammenhang der richtige Partner ist. Bisher liegt noch keine exakte **Diskussionsgrundlage** vor. Aus genau diesem Grund hatte Herr Arp Schwierigkeiten, all dies in Form zu bringen. Es geht ja auch um verschiedene Dinge: zum einen um die Finanzierung des Straßenbaus, insbesondere um die Instandhaltung und den Ausbau von Straßen, zum anderen darum, welche steuernden Auswirkungen eine Ausweitung der Maut auf Pkw für unsere Mobilität hätte.

Die **Bodewig-Kommission**, die Herr Vogt bereits erwähnt hat, hat festgestellt, dass der tägliche **Wertverzehr** der Straßen 12,6 Millionen € beträgt. Die Straßen sind über Jahre hinweg viel zu wenig instandgesetzt worden, woran übrigens auch die FDP beteiligt war. Nun soll jemand anderes es richten, aber bitte ohne Belastungen. Auch durch Regierungen mit FDP-Beteiligung wurde der Wert der

Infrastruktur stark eingeschränkt. Dafür muss es eine Lösung geben, das gilt bundesweit.

Im Abschlussbericht der Bodewig-Kommission wurde die **Lkw-Maut** fachübergreifend und fraktionsübergreifend als eine der am höchsten priorisierten Maßnahmen genannt. Wie bei der Lkw-Maut eine Ausweitung erfolgen könnte, wäre auch mit Blick auf die Finanzierung der Instandsetzung von Landesstraßen und kommunalen Straßen tatsächlich auch hier im Landtag ein spannendes Thema.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache keinen Hehl daraus, dass die SPD sich die Pkw-Maut nicht gewünscht hat. Sie war ein Wahlversprechen der CSU, mit der wir im Bund in einer Koalition sind. Das entbindet die SPD im Bund als Koalitionspartner aber nicht von der Pflicht, konstruktiv an der Entwicklung des Modells mitzuarbeiten, wenn es denn vorliegt. Bisher haben wir lediglich Fragmente und Vermutungen. Wenn es konkreter wird, sollten wir uns gern auch hier im Landtag anhand der Fakten eine Meinung bilden.

Was wir jedoch jetzt schon tun können, ist, unsere teilweise speziell **schleswig-holsteinischen Anforderungen** an ein **Finanzierungsmodell** deutlich zu machen. Dieses Modell soll erstens europarechtskonform ausgestaltet werden und ausländische Verkehrsteilnehmer nicht diskriminieren, zweitens eine Regelung für die betroffene deutsch-dänische Grenzregion enthalten und drittens Schleswig-Holstein angemessen an den Einnahmen beteiligen. In jedem Fall kommt es auf die zielgerichtete Verwendung der Mittel an. Sie müssen für die Instandhaltung und Instandsetzung des Straßennetzes zur Verfügung stehen.

Daher möchte ich die Gelegenheit nutzen, kurz über die Bedeutung der Straßen in Schleswig-Holstein zu sprechen. Mit dem **Straßenzustandsbericht** hat Minister Meyer in diesem Jahr eine Bilanz der schleswig-holsteinischen Straßeninfrastruktur vorgelegt. In den Pressestatements der Opposition gewinnt man jedoch den Eindruck, Minister Meyer habe die Straßen persönlich kaputtgemacht. Ich weiß von der von gestern noch offenstehenden Frage von Herrn Stegner, ob Herr Meyer einen Lkw-Führerschein habe. Ich habe ihm diese Frage noch nicht stellen können. Wir sind uns aber sicher einig: Diese Behauptung von der Opposition war völlig hanebüchen.

Uns liegt ein offener und schonungsloser Bericht vor. Er macht deutlich, dass an vielen Stellen in Schleswig-Holstein der subjektive Eindruck von dem Zustand der Straßen nicht täuscht. Darüber

(Kai Vogel)

hinaus ermöglicht der Bericht objektive Kriterien für die **Reihenfolge**, in der **Instandsetzungsmaßnahmen** erfolgen. Wir gehen das nun endlich gezielt an.

Der wesentliche Grund für den Zustand der Landesstraßen ist, dass wir als Landtag zu wenig Geld für die Instandhaltung zur Verfügung stellen, und zwar schon sehr lange und quer durch alle Parlamentsmehrheiten. Tatsache ist auch, dass das Land Schleswig-Holstein das Geld für die Instandhaltung nicht hatte. Daher brauchen wir tatsächlich **neue Finanzierungsmöglichkeiten**. Wie ich schon sagte: Die Pkw-Maut gehört nicht zu den Vorschlägen, die wir priorisiert hätten. Wenn sie jedoch kommt, erwarten wir, dass die Anforderungen Schleswig-Holsteins berücksichtigt werden. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze das Wort.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gestehe freimütig ein, ich bin ein Fan der Muppet-Show. Seit heute bin ich ein Fan der Arp-Show. Herr Kollege Arp, das war großes Kino. Ich habe ganz vergessen, auch eine Frage zu stellen, weil ich Ihnen so fasziniert zugehört habe.

Herr Vogt, ich habe bei einer verkehrspolitischen Rede von Ihnen viel geklatscht, das kam mir komisch vor. Sie haben aber vieles gesagt, was absolut richtig ist und was auch in der Argumentation meiner Rede enthalten ist. Die grundsätzliche Frage ist nämlich, was wir derzeit in Deutschland erleben. Wir erleben ein Getöse und einen Maut-Murks. Eigentlich weiß man nicht mehr genau, was politisch gefordert wird. Wir alle haben die Worte der Kanzlerin im Ohr: „Mit mir wird es keine Maut geben.“ Jetzt gibt es doch eine irgendwie geartete Maut. Keiner weiß genau, wie sie aussehen wird. Wir alle sind gespannt, was dabei herauskommen wird und was Herr Dobrindt sich so alles ausdenkt.

Herr Dr. Stegner hat es in seiner Zwischenbemerkung gesagt: Eines ist klar, die **Autofahrer** dürfen nicht zusätzlich belastet werden. Das ist die Anforderung, die tatsächlich erfüllt werden muss. Daran

wird deutlich: Verkehrspolitik ist kein Ponyhof, und europäisches Recht ist dies schon gar nicht. Wenn der EU-Verkehrskommissar Kallas immer wieder betont, eine direkte Verbindung zwischen Maut und steuerlicher Entlastung sei nicht möglich, dann frage ich mich in der Tat: Wie will Herr Dobrindt rechtfertigen, dass die Deutschen keine Kfz-Steuer mehr zahlen, dass diese Verrechnung dann aber irgendwie mit der Maut zusammenhängt? Mir erschließt sich das nicht. Ich glaube, das ist ein riesiger Rohrkrepierer, und dieser Rohrkrepierer wird Ihnen auf die Füße fallen.

Sie haben die Probleme innerhalb der CDU angesprochen. Die Probleme liegen weniger innerhalb der Koalition als vielmehr in der CDU. Ich frage mich: Was kommt dabei heraus? - Am Ende sind wir wieder bei einer Linke-Tasche-rechte-Tasche-Trickserei. Diese Politikfrage ist uns fern und fremd. Für mich ist das keine grüne Politik. Es ist schon gar nicht eine solide, grüne Finanzpolitik. Daher lehnen wir die Maut in der Form, wie sie jetzt gefordert ist, ab.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat wundervoll zusammengefasst, worauf dieses ganze Schauspiel meiner Meinung nach zu reduzieren ist. Ich zitiere mit Verlaub, Herr Präsident:

„Für Alexander Dobrindt und seinen Zuchtmeister Horst Seehofer ist die Pkw-Maut ... ein polit-populistisches ... Projekt“.

Tatsächlich geht es darum - das ist die vom Kollegen Vogt angeführte Strategie, gegen AfD und alles, was sich möglicherweise rechts entwickelt, ein polit-populistisches Projekt nach vorn zu bringen. Das ist gescheitert. Es ist in Bayern gescheitert, und wird auch in Deutschland scheitern.

Wir gehen ernsthaft davon aus, dass wir uns mit den Ergebnissen der Bodewig-Kommission auseinandersetzen haben. Wer diesen Bericht liest, stellt fest, dass es sich um einen soliden Bericht handelt, der sehr genau und sehr präzise fest schreibt, welche Stränge es gibt und welche Möglichkeiten wir in der politischen Umsetzung einer **Infrastrukturfinanzierung** überhaupt haben. Darin steht ganz eindeutig, dass das **Verursacherprinzip** gelten muss und dass gerade diejenigen, die unsere Straßen schädigen, nämlich Lkws, auch auf Landes-, Gemeinde- und Kreisstraßen zu einer Maut herangezogen werden müssen. Das ist ein vernünftiger Weg; denn dadurch wird derjenige zur

(Dr. Andreas Tietze)

Kasse gebeten, der unsere Straßen wirklich kaputtfährt.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu brauchen Sie keine Vignette. Das möchte ich auch erwähnen. Wir haben ein ausgeklügeltes **Toll-Collect-System**. Das hat sehr viel Geld gekostet. Das System ist technisch in der Lage, diese Maut-einnahmen für Landes- und Kreisstraßen zu generieren. Es ist also gerechter, zielbezogener und schafft genau die notwendigen Einnahmen für Infrastrukturmaßnahmen, die wir dringender denn je für den Erhalt brauchen und für die Frage, wie wir unsere Straßen auch künftig als Wirtschaftswege sinnvoll bewirtschaften.

Ich konstatiere: Am Ende bleibt viel Getöse. Der CSU-Rückzug, auf die Einbeziehung genau dieser Landes- und Gemeindestraßen zu verzichten - diesen Vorschlag hat Herr Dobrindt ja abgelehnt -, halten wir grundsätzlich für falsch. Deshalb fordern wir eine ganzheitliche Betrachtung. Jede Tonne, die nicht über die Straße rollt, ist ein Gewinn für das Klima. Das ist uns wichtig. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der schlechte Zustand unserer Infrastruktur, der sich immer noch weiter verschlechtert, ist in diesem Hause bereits oft erörtert worden. Jetzt liegen verschiedene **Vorschläge** vor, wie dem abgeholfen werden soll, insbesondere von der sogenannten **Bodewig-Kommission**. Einer dieser Vorschläge regt die Einführung einer Pkw-Maut an, wie sie im schwarz-roten Koalitionsvertrag vorgesehen ist, die keine Inländer belasten soll, sondern nur ausländische Fahrzeughalter. Ich muss sagen, da haben wir uns äußerst gern dem Antrag der FDP angeschlossen; denn dieses Konzept, das in der aktuellen Fassung sogar vorsieht, die **Pkw-Maut** für jede Rumpelpiste zu erheben - das gibt es, meine ich, in keinem anderen europäischen Land -, ist vollkommen verfehlt.

Erstens sieht dieses Konzept eine völlig unwirtschaftliche Verschleuderung von Steuergeld durch **Verwaltungskosten** vor. Denn die Einnahmen, mit

denen der Bundesverkehrsminister rechnet, sind höchst unsicher. Viele Experten sagen, sie werden sich nicht in dieser Höhe erwirtschaften lassen.

Zweitens ist der **Erhebungsaufwand** gemessen am Ertrag irrsinnig hoch. Diese Pkw-Maut wird erst recht unwirtschaftlich, wenn man noch Ausnahmen einzieht, wie sie hier für den grenznahen Verkehr gefordert werden. Damit wird das Aufkommen noch geringer.

Drittens ist eine Pkw-Maut im Sinne einer Flatrate **unökologisch**, weil sie überhaupt keine Lenkungswirkung hin zu weniger Verbrauch entfaltet. Sie ist **unsozial**, weil alle Menschen gleich belastet werden, egal ob Millionär oder Hartz-IV-Empfänger. Vor allem ist sie auch **uneuropäisch**, wenn quasi die Alleinlast auf unsere europäischen Nachbarn abgewälzt werden soll.

In diesem Zusammenhang möchte ich fragen: Herr Vogel, warum werfen Sie uns eigentlich Populismus vor, wenn wir dieses Projekt stoppen wollen? Es sind doch die CSU und mit ihr die SPD und die CDU, die ein populistisches Projekt voranbringen wollen. Wir wollen diesen Populismus verhindern.

Vor diesem Hintergrund kann ich nicht verstehen, dass SPD und CDU es der CSU ermöglicht haben, mit diesem Konzept durchzukommen, zumal die Kanzlerin - es wurde schon gesagt - noch vor der Wahl im Rededuell öffentlich angekündigt hat, mit ihr werde es keine Maut geben. Es ist unverantwortlich, mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger so zu spielen. Erst recht verstehe ich nicht, dass sogar hier im Land sowohl die SPD als auch die Grünen und der SSW einen Antrag schreiben, wonach, wenn die Maut kommt, bestimmte Bedingungen aufgestellt werden. Wenn es Ihnen wirklich um das Interesse des Landes, das Interesse Schleswig-Holsteins, geht, dann müssten Sie doch die Mautpläne insgesamt ablehnen und verhindern.

(Beifall Uli König [PIRATEN] - Zuruf Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das machen wir ja!)

In Ihrem Antrag nehmen Sie auf weitere Finanzierungsvorschläge der Bodewig-Kommission Bezug, unter anderem auf eine **Ausweitung der Lkw-Maut**. Das sehe ich sehr kritisch, weil die Lkw-Maut im aktuellen System dazu führt, dass sämtliche Fahrzeugbewegungen erfasst werden. Sie wissen ebenfalls, dass gerade vonseiten der CDU immer wieder gefordert wird, diese Daten auch für ganz andere Zwecke zu verwenden, um den Autoverkehr überwachen zu können. Sinnvoll ist doch, anstelle dieser ganzen Versuche, die ein so mickri-

(Dr. Patrick Breyer)

ges Aufkommen generieren, das überhaupt nicht dafür geeignet ist, den Zustand unserer Verkehrswege zu erhalten, die bestehenden Instrumente wirklich zu nutzen, insbesondere die Mineralölsteuer. Es hat schon viele Vorschläge gegeben, sie um ein paar Cent zu erhöhen. Bezogen auf das Aufkommen käme das auf das Gleiche heraus, wäre aber sehr viel ökologischer und gerechter verteilt.

Die Bodewig-Kommission fordert weiter die **Schaffung eines Sondervermögens**. Auch dem kann ich nur eine ganz klare Absage erteilen. Denn wir wissen gerade aus unserem Bundesland, dass Sondervermögen dazu führen, dass Millionen für Schuldzinsen und Vermögen verschwendet werden, die wir gar nicht in Anspruch nehmen. Gerade dem, dem es um die Erhaltung unserer Infrastruktur zu tun ist, kann nicht daran gelegen sein, ein Instrument einzusetzen, das zu einer solchen Steuergeldverschwendung führt.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gern.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank, Kollege Dr. Breyer. - Ich bin etwas wacher geworden, als Sie sagten, dass Sie die Lkw-Maut in Bausch und Bogen ablehnen. Wir haben ja bereits eine Lkw-Maut auf Autobahnen: Toll Collect. Ist Ihre Aufforderung, diese Lkw-Maut nicht mehr einzunehmen, sie also generell abzuschaffen? Wir nehmen damit etwa 7 Milliarden € ein. Damit verbunden ergibt sich natürlich die Frage, ob Sie auf diese Einnahmen verzichten wollen. Das würde ja bedeuten, dass wir noch weniger Möglichkeiten hätten, die bestehende Infrastruktur auszubauen beziehungsweise zu erhalten. Das wäre ein völlig kontraproduktiver Vorschlag.

Aber ich will es verstehen. Schlagen Sie vor, keine Lkw-Maut mehr in Deutschland zu erheben?

- Ich kläre Sie gern auf, Herr Kollege. Ich hatte ja vorgeschlagen, auf die bestehenden Instrumente zu setzen. Das sind zum Beispiel die **Kfz-Steuer** und die **Mineralölsteuer**. Über diese Instrumente könnte man dasselbe Aufkommen oder noch mehr generieren, als es derzeit über die Lkw-Maut der Fall ist.

**Präsident Klaus Schlie:**

Gestatten sie eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Tietze?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ja.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Wir waren ja einmal in der Situation, dass wir fünf Mark für den Liter Sprit gefordert haben. Sind Sie auch der Auffassung, dass der Sprit in Deutschland dann 3 € oder 4 € kosten sollte?

- Herr Kollege Dr. Tietze, wir können uns gern auch darüber unterhalten, andere Steuern heranzuziehen, um das zu finanzieren. Aber ausgerechnet ein System einzusetzen, das sämtliche Fahrzeugbewegungen erfasst, ist falsch.

**Präsident Klaus Schlie:**

Nunmehr hat der Abgeordnete Lars Harms das Bedürfnis, Ihnen eine Frage zu stellen. Gestatten Sie auch das?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gern.

**Lars Harms [SSW]:** Herr Kollege, Sie haben eben vehement gefordert, dass anstelle beispielsweise einer Mautlösung die Mineralölsteuer erhöht werden solle. Ist Ihnen klar, dass insbesondere hier im Land Schleswig-Holstein Pendler überproportional von einer solchen Maßnahme betroffen wären? Halten Sie diese Forderung vor diesem Hintergrund weiter aufrecht?

Eine weitere Frage gleich hinterher: Ist das Ihre Haltung oder die der PIRATEN?

- Ich darf Ihnen eine Gegenfrage stellen, Herr Kollege Harms. Ist Ihnen klar, dass nach der Forderung, die in Ihrem Antrag steht, auch der Grenzverkehr ausgenommen werden soll, das heißt, dass auch nach Ihrer Forderung die Menschen, die in Grenznähe wohnen, nicht dazu beitragen würden? Das ist genau dasselbe wie der Tanktourismus, den Sie hier ansprechen.

Zu Ihrer letzten Frage: Wie Sie auf dem Antrag von FDP und PIRATEN groß und breit lesen können, ist das ein Antrag beider Fraktionen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Ist eine Zusatzfrage erlaubt?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ja.

**Lars Harms [SSW]:** Die Zusatzfrage ist natürlich die Bitte, mir meine Ursprungsfrage zu beantworten, ob Sie weiterhin die Forderung aufrecht erhalten, die Mineralölsteuer zu erhöhen, obwohl das die Pendler hier im Land Schleswig-Holstein besonders bitter belasten würde, und ob das auch die Haltung Ihrer Fraktion ist.

- Also, meine Antwort darauf ist, dass ich gesagt habe, dass die gleichen Einnahmen, die Sie mit Ihrem Konzept generieren wollen - sogar mehr, wenn man die Verwaltungskosten in Höhe von etwa 500 Millionen € einsparen kann, also deutlich mehr Ertrag - auf andere Weise erwirtschaftet werden können, zum Beispiel, indem man sie auf die Mineralölsteuer umlegt. Das heißt, die Menschen werden insgesamt nicht mehr belastet, sondern es wird bei gleicher Belastung mehr in die Infrastruktur fließen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Nun gibt es den Nachfragebedarf des Kollegen Dr. Tietze.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ja.

**Präsident Klaus Schlie:**

Auch die wird erlaubt.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Breyer. - Ihre Antworten verwirren mich eigentlich immer weiter, denn die nächste Folgefrage ergibt sich ja. Wir wollen ja weniger Lkw auf Autobahnen haben. Das heißt, wenn Sie jetzt den Lkw-Verkehr auf Autobahnen billig machen wollen - so habe ich das verstanden -, wenn jetzt alle zahlen, also wir alle, Pkw-Fahrer wie Lkw-Fahrer, zahlen einen hohen Spritpreis, dann wird es für die Lkw billiger. Damit werden ja noch mehr Güter auf die Straße verlagert. Ist das Ihre Auffassung?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Es gibt ja bei den Mineralölen unterschiedliche Kraftstoffe, die man auch unterschiedlich besteuern könnte. Es gibt auch den Ansatzpunkt der Kfz-Steuer, den ich auch schon genannt hatte, über den man auch gezielt auf Lkw eingehen könnte. Es gibt auch die Möglichkeit, die anderen Verkehrswege attraktiver zu machen, etwa Wasserstraßen oder auch den Schienenverkehr. Es gibt also viele **Lenkungsmöglichkeiten**, an denen man ansetzen könnte, um Verkehr von der Straße auf Schiene und Wasser zu verlagern, was in der Tat nötig ist.

**Präsident Klaus Schlie:**

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Dr. Tietze.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Um es zu verstehen: Ihre Richtung ist, die Nutzereinnahmen sozusagen herunterzufahren. Ist das richtig? Ich kann mir nicht vorstellen, wie in Ihrem Vorschlag die Einnahmen erhöht werden sollen. Das kann ich mir nicht vorstellen. Erklären Sie es mir bitte noch einmal.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Kollege Dr. Tietze, die beste Nutzerfinanzierung des Straßenverkehrs ist noch immer die **Mineralölsteuer**, weil alle Nutzer tanken müssen und darauf Steuern bezahlen. Das ist eine **Nutzerfinanzierung**, und sie ist sehr datenschutzfreundlich.

Sondervermögen sind eindeutig der falsche Weg, das hatte ich bereits ausgeführt. Stattdessen sollte es so sein, dass der Bund **Mittel** bereitstellt und man sich mit den Ländern auf eine **Zweckbindung** verständigt, wie es etwa bei den BAföG-Mitteln passiert ist.

Ganz falsch ist es auch, wenn jetzt der Bundesfinanzminister daran denkt, noch weiter auf private Finanzierung, also auf **ÖPP**, zu setzen. Das führt nach allen Erfahrungen, die wir mit diesem Instrument gemacht haben, dazu, dass Projekte sehr viel teurer werden, als wenn wir sie selbst realisieren würden. Richtigerweise müsste man die Schuldenbremse, Frau Finanzministerin, so umgestalten, dass sie auch Verpflichtungen aus ÖPP berücksichtigt.

Was wirklich Sinn machen würde, wäre: konsequent Erhalt vor Neubau auch bei den Gemeindeverkehrsfinanzierungsmitteln.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, da Ihre Redezeit nunmehr abgelaufen ist, hätten Sie die Chance, noch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogel zuzulassen.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ja.

**Kai Vogel [SPD]:** Vielen Dank, Herr Dr. Breyer. - Noch einmal eine Frage zur Pkw-Maut beziehungsweise der Nichtbemaunung, die von Ihnen vorgeschlagen worden ist: In dem Moment - wenn es so sein sollte -, in dem die Lkw-Maut quasi auf die Mineralölsteuer umgelegt würde, wäre die Konsequenz, dass der Dieseldieselkraftstoff, der für Lkw im allgemeinen relevant ist, deutlich teurer würde. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass die Lkw diejenigen sind, die die Infrastruktur mit am stärksten belasten. Wie stehen Sie dann zu der Situation, dass, wenn Sie in Europa schauen, wenn man zum Beispiel mit dem Lkw von Dänemark in die Niederlande fährt, es bei den Reichweiten, die Lkw mittlerweile zurücklegen können, so sein wird, dass jemand in Dänemark tankt und in den Niederlanden wieder tankt, in der Bundesrepublik die Straßen befährt, aber die Bundesrepublik in keiner Weise davon profitiert? Die Infrastruktur wird also weiterhin belastet, aber es gibt keine Einnahmen. Wie stehen Sie denn dazu?

- Also, Herr Kollege Vogel, zum Ersten möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, dass ich mich gegen das Lkw-Maut-Erhebungssystem gewandt habe, das eine Erfassung des gesamten Fahrzeugverkehrs erfordert. Das schließt nicht aus, dass es andere Mautmodelle geben könnte, die dieses nicht erfordern, und durch die man nicht festhalten müsste, wer wann welche Mautbrücke passiert hat.

Zum Zweiten haben Sie natürlich recht, dass die Belastung dadurch steigen würde. Dadurch würde jedoch auch die Lkw-Maut wegfallen, sodass insgesamt die Belastung gleichbleiben würde. Insofern sehe ich den Unterschied nicht.

Zum Dritten hat die Bodewig-Kommission selbst vorgeschlagen, man könnte eine **Abgabe für Schwerverkehre** über 44 t einführen. Diese sind sowieso genehmigungspflichtig. Das heißt - das fordere ich schon seit mehreren Tagungen -, dass man daran eine Abgabe knüpfen könnte. Erst die

sehr schweren Verkehre sind die, für die unsere Straßen nicht ausgelegt sind, die wirklich Schäden auf unseren Landesstraßen anrichten. Die geringeren gewichtigen Lkw-Verkehre sind beim Straßenbau schon berücksichtigt. Sicherlich nehmen die die Straßen auch mehr in Anspruch, aber das kann man auch anders abbilden als ausgerechnet durch die Lkw-Maut in dem System, das wir aktuell haben.

Ja, die letzte - -

**Präsident Klaus Schlie:**

Nein, es tut mir leid, Ihre Redezeit war schon abgelaufen. Sie hatten jetzt nur noch die Chance, die Frage zu beantworten. Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist um, es tut mir leid.

(Wortmeldung Lars Harms [SSW])

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Dann erlaube ich die Zwischenfrage.

**Präsident Klaus Schlie:**

Aber es gibt noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Harms. Er rettet Sie.

**Lars Harms [SSW]:** Man nennt mich auch den Retter. - Ich wollte eigentlich keine Frage stellen, bleibe aber trotzdem hier stehen und warte natürlich Ihre Antwort ab.

Ich habe jetzt verstanden, dass Sie eine Schwerverkehrsabgabe fordern, darüber hinaus eine Maut haben und zusätzlich die Menschen damit belasten wollen, dass Sie die Mineralölsteuer erhöhen. Das sind alles die Forderungen, die Sie gerade eben aufgestellt haben. Ich persönlich finde das ziemlich schockierend.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Lieber verehrter Herr Kollege Harms, ich habe davon gesprochen, auf welche Art und Weise das gleiche Volumen, wie Sie es erwirtschaften wollten, ohne Pkw-Maut und ohne eine Lkw-Maut erwirtschaftet werden kann, die den gesamten Fahrzeugverkehr erfasst. Das ist mit anderen Instrumenten möglich. Es geht nicht um eine Mehrbelastung, sondern es geht darum, die irre hohen **Verwaltungskosten** bei dieser **Pkw-Maut** zu sparen, die Sie planen, bei der das Mehreinnahmenvolumen, das man sich erhofft, schon ungefähr zu einem Drittel allein durch mehr Verwaltungskosten aufgeessen werden soll. Es geht um die Frage, wie man diese

(Dr. Patrick Breyer)

Mittel und sogar mehr in die Infrastruktur geben könnte, ohne dass die Menschen mehr bezahlen müssten.

Bei der **Mineralölsteuer** beträgt der Verwaltungsaufwand gemessen an dem Einnahmenvolumen, das daraus generiert wird, 0,02 %. Sie bewegen sich bei der Pkw-Maut bei einem Verwaltungskostenanteil in zweistelliger prozentualer Höhe. Das ist ein völlig irres Vorhaben. Gerade wenn es Ihnen um die Infrastruktur geht, können Sie nicht ein Konstrukt verwenden, bei dem der Einnahmeeffekt in keinem Verhältnis zu den Kosten steht.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Abgeordneten des SSW hat nunmehr Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der politische Streit um eine **Pkw-Maut** nimmt immer abstrusere Formen an. Die interne Uneinigkeit innerhalb der GroKo in Berlin macht deutlich, wie unausgegoren der Vorschlag von Dobrindt ist. Der Bundesinnenminister hat verfassungsrechtliche Bedenken, und der Bundesfinanzminister warnt vor einem Zuschussgeschäft. Die Kritik gipfelt nun darin, dass die CSU der CDU „Maut-Sabotage“ vorwirft. Um den Streit in der Regierung nicht weiter eskalieren zu lassen, hat Wirtschaftsminister Gabriel nun seine Zustimmung zum Mautkonzept signalisiert.

(Zurufe: Aha! - Christopher Vogt [FDP]: Guter Mann, der Gabriel!)

Was letztlich konkret vorgelegt wird, ist derzeit ungewiss.

Eines jedoch ist gewiss: Die Lufthoheit an den Stammtischen hat Minister Dobrindt übernommen. Nicht zuletzt die Bezeichnung „**Ausländer-Maut**“ verdeutlicht dies. Genau dieser Punkt taucht in der Debatte immer wieder als Kritik auf. Es herrscht große Uneinigkeit, inwieweit eine Pkw-Maut europarechtskonform ist und ob ausländische Verkehrsteilnehmer diskriminiert werden. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat jüngst zu den Plänen Dobrindts deutlich gemacht, dass das Konzept zu einer „mittelbaren Diskriminierung der Unionsbürger“ führe.

Die Jahresvignette für inländische Pkw ist preislich nach Umweltfreundlichkeit, Hubraum und Zulas-

sungsjahr gestaffelt. Derartige Kriterien für eine solche Staffelung finden jedoch keine Anwendung bei ausländischen Pkw. Eine solche Lösung kann nicht europarechtskonform sein, weil es ganz klar eine Ungleichbehandlung ist.

Dass sich insbesondere die **Nachbarstaaten Deutschlands** in die Debatte um eine Pkw-Maut kritisch einbringen, kann niemanden verwundern. Es sind insbesondere die Grenzregionen, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit dadurch erschwert sehen.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung haben sich der Flensburger Oberbürgermeister Faber, der Bürgermeister von Åbenrå, Andresen, und die Stellvertretende Bürgermeisterin von Sønderborg, Nyegaard, dahin gehend geäußert, dass die Umsetzung von Dobrindts Mautplänen das **deutsch-dänische Grenzland** in seiner Entwicklung um Jahre zurückwerfe. Die Bemühungen der gemeinsamen Entwicklung und das Begreifen des Grenzlands als eine Region werden durch die Maut ad absurdum geführt. Sie sehen in der Maut eine Hürde, nicht nur für den kleinen Grenzverkehr oder für Kurztrips über die Grenze. Auch die Kooperation der Hochschulen sehen sie durch eine Maut belastet.

Über Jahre hinweg wird auf beiden Seiten der Grenze dazu beigetragen, Hürden und Barrieren abzubauen - niemand weiß das besser als der SSW. Sollte also an den Plänen für eine Pkw-Maut festgehalten werden, was ich persönlich nicht hoffe, dann muss es eine Ausnahmeregelung für die betroffene deutsch-dänische Grenzregion geben,

(Beifall SSW, Birte Pauls [SPD] und Lars Winter [SPD])

um die nachbarschaftlichen Beziehungen in ihrer kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung nicht zu schädigen.

Statt also einen unsäglichen Streit über eine Pkw-Maut zu führen, ist es an der Zeit, nachhaltige **Pläne zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung** vorzulegen. Die Bodewig-Kommission sagt für die kommenden 15 Jahre einen Sanierungstau von insgesamt 108 Milliarden € voraus. Dabei ist ein Neubau noch nicht einmal eingerechnet. Allein der Sanierungstau ist ein Berg, den wir immer weiter vor uns herschieben, und je länger wir damit warten, ihn abzutragen, desto größer wird er.

Wir kennen die Vorschläge der Verkehrsminister der Länder, ein **Sondervermögen** einzurichten, um den Sanierungstau abzubauen. Dies scheint eventuell ein gangbarer Weg zu sein. Gespeist werden soll

(Flemming Meyer)

das Sondervermögen beispielsweise aus der Kraftfahrzeugsteuer und der Mineralölsteuer sowie aus der Ausdehnung der Lkw-Maut - jedoch ohne Pkw-Maut. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Herr Reinhard Meyer.

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den vergangenen Wochen und Monaten sind zahlreiche Ideen und Meinungen durch die Medien gegeistert, wie eine **Pkw-Maut für Ausländer** ausgestaltet werden könnte, ob sie überhaupt Sinn macht, wie viel sie einbringen würde, was die EU dazu sagen würde und, und, und. Ich habe das Gefühl, wir verlieren uns bei dieser Diskussion alle ein wenig im Dschungel der Details. Allein die Frage der Grenzregionen zeigt, dass hier ein wenig zu kurz gedacht worden ist, zeigt die Komplexität, zeigt möglicherweise auch, was Bürokratie im Zusammenhang mit der Erhebung einer Pkw-Maut bedeuten kann.

Stellen Sie sich doch vor, dass der Zoll - ich kann es mir nicht vorstellen - in Zukunft auf einem Parkplatz in Harrislee kontrollieren soll, wer nun gerade eine Vignette und wer Eintritt nach Deutschland gezahlt hat, um mit dem Auto nach Deutschland hineinzufahren.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir haben eh bald wieder Grenzkontrollen!)

Nein, meine Damen und Herren, Fakt ist: Eine wie auch immer ausgestaltete Pkw-Maut hilft uns bei unserem eigentlichen Problem nicht wirklich weiter.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Die Bodewig-Kommission hat es ja genau analysiert und beschrieben: Wir sind in Deutschland bei der Verkehrsinfrastruktur zu lange auf Verschleiß gefahren. Wir haben zumindest in den letzten 20 Jahren zu wenig Mittel eingesetzt, zumindest beim Erhalt und auch beim Ausbau - erheblich zu wenig Mittel. Ich persönlich bezweifle, dass eine Pkw-Maut - die genauen Pläne werden uns ja noch vorgelegt werden - wirklich weiterhilft, das Finanzpro-

blem, das wir bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur haben, tatsächlich zu lösen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Nein, meine Damen und Herren, was wir brauchen, sind nachhaltige, sind seriöse Konzepte zum einen zur Beantwortung der Frage, wie wir den bereits aufgelaufenen **Sanierungsstau** bei Straßen, Schienen, Brücken, Wasserstraßen finanziell schultern wollen, zum anderen auch zur Beantwortung der Frage, wie wir künftig die **Investitionen** in unsere Verkehrsinfrastruktur sicherstellen wollen. Ich sage dazu: Wir als Landesregierung werden noch in diesem Jahr zu dem eigentlichen Thema und zum Kern konkrete Vorschläge vorlegen.

Es geht um den Erhalt, es geht um den Ausbau, und es geht um die intelligente Nutzung unserer Infrastruktur. Wir müssen dringend in den Erhalt investieren. Aber nicht nur das: Wir brauchen natürlich auch einen bedarfsgerechten Ausbau unserer Infrastruktur, insbesondere wenn wir sehen, wie die Verkehrsprognosen für die nächsten Jahre sind - Stichwort Seehafen-Hinterlandanbindung.

An der zentralen Frage, wie wir in Zukunft Erhalt und Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur finanzieren wollen, kommen wir nicht herum. Wir brauchen deswegen eine verlässliche, ausführliche, überjährige Lösung, die die Verkehrsinfrastruktur insgesamt im Blick hält. Dazu gehört natürlich eine Lkw-Maut auch ab 7,5 t, auch auf allen Straßen. Denn diese **Nutzerfinanzierung** trifft diejenigen, die heute unsere Straßen am meisten schädigen. Herr Breyer, das sind allein über 4 Milliarden € pro Jahr. Lesen Sie das bei der Bodewig-Kommission nach.

Selbstverständlich brauchen wir auch einen **steuerfinanzierten Teil**. Auch dazu werden Vorschläge zu machen sein. Im Übrigen, Herr Arp, wenn es um den Solidarzuschlag geht, sage ich: Natürlich sind Straßen auch Altschulden, Altschulden aus Beton. Wenn wir über Altschulden im Zusammenhang mit dem Solidarpakt reden, gehört dieses Thema dazu.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Uns geht es nicht um die einzelne Straße. Uns geht es auch nicht um die Kanne Asphalt, mit der man die schlimmsten Schäden schnell zuschütten kann. Es geht um die grundsätzliche Frage, wie wir mit dem hohen Gut, das wir haben, umgehen. Die Infrastruktur stellt für mich einen erheblichen Substanzwert dar und ist traditionell immer Deutschlands entscheidender Wettbewerbsvorteil gewesen. Wir sind dabei, das zu verspielen. Wir müssen uns die

**(Minister Reinhard Meyer)**

Frage stellen: Wie viel ist es uns wert, und wie wollen wir die Infrastruktur finanzieren? In Anbetracht der gestrigen Haushaltsdebatte sage ich auch: Wir brauchen eben nicht nur Investitionen in Köpfe - die sind ganz wichtig -, sondern wir brauchen auch Investitionen in unsere Infrastruktur. Beides zusammen ist wichtig.

Dazu brauchen wir ein Konzept. Wir brauchen einen großen Wurf. Wir brauchen kein kompliziertes Verfahren, das uns am Ende bloß auf die Füße fällt, wie wir jetzt bei der Diskussion um die sogenannte Pkw-Maut für Ausländer erleben. Wir brauchen mehr langfristiges Denken in der Verkehrspolitik, um unsere Infrastruktur zukunftsfest zu machen. Ich sage ausdrücklich: Das, was uns bisher vorliegt und als Pkw-Maut für Ausländer bekannt ist, gehört nicht dazu. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ein kurzes Geständnis zum Schluss - das gehört sozusagen zur Vollständigkeit -: Ich besitze keinen Lkw-Führerschein. Ich war es also nicht.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Für mich erkennbar ist ein Antrag auf Ausschussüberweisung nicht gestellt worden. Der Herr Abgeordnete Arp versucht jetzt, mir das zu erklären.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bitte diesen Antrag in den Ausschuss zu überweisen und ihn dann zu behandeln, wenn Herr Dobrindt sein Konzept vorgestellt hat, das Gesetz vorliegt, auf dieser Basis zu entscheiden und dann wieder in den Landtag zu bringen. Dann haben wir eine Basis, über die wir diskutieren können; die haben wir heute eigentlich nicht, wenn wir hier abstimmen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Nunmehr ist also beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/2224 (neu) sowie den Änderungsantrag 18/2263 als selbstständigen Antrag dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein!)

- Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von FPD und PIRATEN. Die anderen sind für Ausschussüberweisung. Damit haben wir die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 27 und 29 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Für eine leistungsstarke B 5 als Bypass zur A 7 - schnellstmögliche Planung sicherstellen und Finanzierung sichern**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/2222

**B 5 sorgfältig und nachhaltig planen**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/2262

**b) A 20 westlich der A 7 weiterplanen**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2225

Das Wort zur Begründung wird, wie ich sehe, nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion mit dem Antrag zu a) hat die CDU. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp von der CDU-Fraktion.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident ist leider nicht hier. Ich würde es gern in seiner Gegenwart sagen. Vor gut zwei Jahren habe ich dem Ministerpräsidenten und dem Verkehrsminister vorhergesagt, dass sie in dieser Legislaturperiode keinen Kilometer **A 20 und B 5** neu bauen würden. Leider wird dies Realität. Dies kostet uns jeden Tag Wirtschaftskraft.

(Beifall CDU)

Herr Minister, Sie waren gestern in Neumünster - das gehört sich für einen Wirtschaftsminister auch so - und haben dort auf der Baumesse gesagt: Ja, wohl, der Weiterbau der A 20 wird kommen, und er muss kommen. Sehr gut.

Dafür haben Sie unsere Unterstützung. Aber alle diejenigen, die im Saal waren, haben gefragt: wann und wo? Eine Antwort darauf haben Sie vergessen

(Hans-Jörn Arp)

zu geben. Es wäre doch gar nicht schlecht, wenn Sie uns hier im Hause einmal erklären könnten, wann und wo, an welcher Stelle die A 20 weitergebaut werden soll. Denn mit der Unsicherheit der gesamten Infrastruktur, die wir in Schleswig-Holstein haben - auf der einen Seite das Problem der **Rader Hochbrücke**, auf der anderen Seite der Nichtausbau der B 5, dann die Situation vor dem Elbtunnel -, ist festzuhalten, dass alles dies die Unternehmer und Pendler jeden Tag Zeit und Geld kostet.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Arp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Aber gern, obwohl er jetzt wieder so böse guckt. Vorhin schaute er besser drein.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Ich höre Ihnen so genau zu, dass mir aufgefallen ist, dass Sie gesagt haben, Sie hätten vor zwei Jahren dem Ministerpräsidenten und dem Wirtschaftsminister prophezeit, in dieser Legislaturperiode würde kein Kilometer der A 20 gebaut werden. Ich schließe daraus, dass Sie schon wussten, dass in sieben Jahren von verschiedensten CDU-Verkehrsministern die Planungen so schlecht waren, dass ein Gericht sie kassieren würde. Ist das eine richtige Schlussfolgerung? Denn nur so kann man ja diese Prognose anstellen, die Sie gerade angestellt haben.

(Beifall SPD)

- Herr Dr. Stegner, Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass die letzte Bauplanung von diesem Kabinett eingereicht worden ist und nicht von dem vorherigen Kabinett. Auf eine **Gerichtsentscheidung** haben selbst wir keinen Einfluss, und das ist auch gut so.

(Zurufe SPD)

- Natürlich war es so. Die letzten Unterlagen sind doch noch wenige Tage vor der Gerichtsverhandlung nachgebessert worden. Zu diesem Zeitpunkt waren doch Sie schon längst in der Verantwortung und nicht wir.

(Beifall CDU - Zuruf SPD: Nein! - Weitere Zurufe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Arp hat das Wort. Wir würden jetzt gern so fortfahren, wie wir das hier ansonsten auch kennen. Ich frage den Herrn Abgeordneten Arp, ob er nun eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner beantworten will.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Ich habe erneut sehr genau zugehört, was Sie gesagt haben; das steht ja wahrscheinlich auch im Protokoll. Sie haben gesagt, dass Sie diese Ansicht schon vor zwei Jahren geäußert hätten. Nach meinem Wissen hat das Gericht mitnichten das Urteil mit Blick auf die letzten Detailkorrekturen des SPD-geführten Wirtschaftsministeriums vorgenommen, sondern mit Blick auf die Nichtberücksichtigung wichtiger Erwägungen aus dem Hause von Herrn de Jager und seiner Vorgänger, die man sich gar nicht alle merken kann, jedenfalls aller CDU-Minister im Verkehrsministerium.

- Herr Dr. Stegner, das sollten Sie doch auch wissen: Die A 20 ist nicht nur der Abschnitt zwischen Weede und Wittenborn, sondern auch zwischen Segeberg und Glückstadt und der Elbquerung; das ist der Abschnitt der A 20, über den wir hier reden. Sie haben von Anfang an einen großen Teil westlich der A 7 für sich ausgenommen; dieser Abschnitt sollte nicht gebaut werden. Sie wissen doch genauso gut wie ich, wenn Sie die **Planungskapazitäten** dort haben, dann hätten Sie die doch westlich der A 7 einsetzen können, Sie hätten dort weiter planen können und hätten jetzt vielleicht **Baurecht** gehabt, sodass man dort hätte weiterbauen können. Sie wollen dies aber nicht, weil sie Angst haben, Sie würden Ihren grünen Koalitionspartner verlieren. In weiten Teilen innerhalb der SPD wird dies doch mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Aber Sie haben sich an der Stelle bis heute nicht durchsetzen können. Das ist doch das Problem.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Arp, gestatten Sie nunmehr eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Gern.

(Hans-Jörn Arp)

**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Arp, das Urteil von Leipzig hatte zwei Bausteine. Der eine Baustein war das Nichtprüfen der **alternativen Trassen**. Für die Einreichung des diesbezüglichen Vorschlags war damals die Staatssekretärin Dr. Zieschang zuständig. Der zweite Baustein des Urteils war der **Fledermausschutz**. Diese beiden Bausteine beschäftigen uns jetzt, weil uns das Gericht zur Auflage gemacht hat, insoweit ordentlich zu planen und zu prüfen. Das heißt, zumindest bei der Frage der Alternativtrassen hätte die CDU-geführte Landesregierung, vertreten durch die Staatssekretärin Frau Dr. Zieschang, dafür sorgen können, dass bitte schön auch die gesamten Trassen, die in Rede standen, hätten eingereicht werden müssen. Das ist neben dem Fledermausschutz der eigentliche harte Grund dafür, dass es hier zu Verzögerungen kommt.

- Sehr geehrter Herr Dr. Tietze, für Sie gilt das Gleiche wie auch für Herrn Dr. Stegner: Sie reden hier immer nur über den einen Abschnitt Weede-Wittenborn. Es gibt aber noch vier weitere Abschnitte. Die hätte man doch weiterplanen und dort für Baureife sorgen können. Das aber ist Ihnen in zweieinhalb Jahren nicht gelungen. Das ist der Vorwurf, den ich dieser Regierung mache. Sie haben doch darauf überhaupt keinen Einfluss. Sie halten immer nur an dem einen Abschnitt fest, aber die anderen vier Abschnitte werden überhaupt nicht vorangetrieben. Das ist das **Signal an die Wirtschaft**; das ist doch katastrophal. Es geht hier nicht um 40 km Autobahn, sondern es geht darum, welche Perspektive wir diesem Land bieten. Dafür sind wir gewählt worden.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Arp, gestatten Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

**Hans-Jörn Arp** [CDU]:

Wenn er zuhört, gern.

**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Arp, soweit ich weiß, liegen die Planungsergebnisse noch nicht vor. Und sie würden dann, wenn sie vorliegen würden, auch beklagt werden. Das heißt, wir hätten die Geschichte dann ja eigentlich nur auf den anderen Abschnitten, die

wir jetzt auf dem Abschnitt bis Segeberg haben. Mir erschließt sich jetzt Ihre Erkenntnis nicht, warum wir dann in den anderen Folgeabschnitten schneller fertig werden sollten.

- Lieber Herr Kollege Dr. Tietze, Dr. Stegner würde jetzt sagen: „Ich habe Ihnen genau zugehört, und das wird ja sicher auch im Protokoll stehen.“ Sie planen erst gar nicht, weil Sie wissen, dass Ihre Planungen sowieso beklagt werden würden. Und deshalb stellen Sie die Planungen ein. Das kann aber doch keine Perspektive für unser Land Schleswig-Holstein sein.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Arp, nunmehr hat der Herr Abgeordnete Christopher Vogt das Bedürfnis, Ihnen eine Zwischenfrage zu stellen.

**Hans-Jörn Arp** [CDU]:

Aber gern.

**Christopher Vogt** [FDP]: Herr Kollege Arp, ich habe an dieser Stelle zwei Fragen.

Erinnern auch Sie sich noch daran, dass die Vorgängerregierung beschlossen hat, zunächst im Kreis Steinburg ein Teilstück zu realisieren, und dass die neue Koalition dies als Erstes gestrichen hat? Würden Sie mir auch dahin gehend zustimmen, dass diejenigen, die von den Grünen als Kläger immer angeführt werden, eigentlich die verbündeten Verbände der Landtagsfraktion der Grünen sind?

- Da kann ich Sie in beiden Fällen nur unterstützen. Heute stehen sogar noch 79 Millionen € im Haushalt für Hohenfelde-Sommerland bereit. Dort könnte man sofort beginnen, wenn man die Baureife hätte. Deshalb ist es doch eine Mär, dass es aus Berlin kein Geld gäbe. Für diesen Abschnitt ist das Geld doch bereits zur Verfügung gestellt worden. Es ist völlig richtig, Herr Kollege Vogt. Schade, dass wir in Berlin nicht mehr weiterregieren.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber noch kurz auf den Kollegen Tietze eingehen und damit auf die Grünen. Herr Tietze ist es eigentlich gar nicht wert, dass ich ihm hier so viel Raum widme.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Aber ich muss Ihnen einmal Folgendes sagen: Ich komme auf Ihre Geschichte mit dem Nordbogen zu

(Hans-Jörn Arp)

sprechen. Sehr verehrter Herr Kollege Tietze, ich möchte Sie daran erinnern, dass wir hier einen Herrn Pohlmann hatten. Da ging es um den Nordbogen bis hinauf nach Brunsbüttel und dann in Brunsbüttel die Elbquerung; das war doch Ihr Vorschlag, den Sie gemacht haben. Auch nördlich von **Itzehoe** ist die **Trasse** von den Grünen beschlossen worden. Ein Herr Pohlmann hat mir diesen Vorschlag schon vor zwölf Jahren gemacht. Das ist ein schlechtes Plagiat, das Sie benutzt haben und unter dem Deckmantel der Grünen verkauft haben. Das ist nichts anderes als die Vertuschung der Verhinderung des Ausbaus. Eines sollte doch selbst Ihnen klar sein - Sie waren doch neulich einmal auf einem Parteitag in Brunsbüttel -: Die Elbe in Brunsbüttel ist doch doppelt so breit wie die bei Glückstadt. „Doppelt so breite Elbe“ heißt auch „doppelt so langer Tunnel“. Das ist doch relativ einfach zu verstehen, auch für einen grünen Theologen. Es muss doch also möglich sein zu erklären, dass der Bau eines Tunnels bei Brunsbüttel teurer wäre als der Bau eines Tunnels bei Glückstadt.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Arp, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Aber selbstverständlich.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Arp, auf Ihre letzten Ausführungen werde ich in meiner Rede eingehen. Deshalb will ich jetzt dazu gar nichts weiter sagen. Mir geht es aber um Folgendes: Bei dem Plan, den wir vor 14 Tagen vorgelegt haben, ging unsere Planung an der A 7 los. Wir haben uns bei dieser Planung in keiner Weise, auch nicht im Rahmen einer Skizze, zum Thema **Nordbogen** geäußert; denn das Thema Nordbogen hat eine nördliche Umfahrung des Segeberger Raums zum Ziel gehabt. Insofern verstehe ich Ihre Einlassung gar nicht. Sie vergleichen hier Äpfel mit Birnen. Wir haben uns zu der Frage des Nordbogens überhaupt nicht geäußert.

- Der **Nordbogen** geht in der Konsequenz dann genau den Weg weiter, den Sie vorgeschlagen haben, nämlich um Itzehoe und Wrist herum, und er landet dann natürlich in Brunsbüttel. Wir können die Pläne ja einmal nebeneinanderlegen, dann werden wir das sehen.

Aber ich möchte nun in der Sache weiterkommen. Herr Meyer, wir machen uns große Sorgen, und zwar nicht nur große Teile innerhalb der Union, sondern auch große Teile der Bevölkerung in Schleswig-Holstein. Sie warnen immer davor, dass Sie Geld aus Berlin brauchten, weil Sie sonst nicht weitermachen könnten. Was passiert wohl, wenn der Verkehrsminister Dobrindt einmal unseren gemeinsamen Freund Ferlemann mit 200 Millionen € auf den Weg schickt und Ihnen dann im Wirtschaftsministerium sagt: „So, Herr Meyer, wir haben Ihnen nun endlich zugestimmt. Sie kriegen 200 Millionen, damit Sie bauen können.“? Dann müssen Sie sagen: „Mein lieber Herr Ferlemann, jetzt nimmst du 197 Millionen € wieder mit nach Berlin; denn wir haben noch keine Baureife. Wir haben für nichts Baurecht.“ Für die **Baureife** sind aber nun einmal Sie verantwortlich und nicht die Berliner. Deshalb ist es Ihre vordringliche Aufgabe, für die Erteilung des Baurechts die Voraussetzungen zu schaffen.

(Beifall CDU)

Sie haben hier auch gesagt, dass Sie für die gesamten **Abschnitte der A 20** im Jahre 2014 Baurecht schaffen werden. Das haben Sie nicht nur hier, sondern auch bei vielen Unternehmensverbänden gesagt. Deshalb bin ich gespannt - wir haben ja auch noch dreieinhalb Monate Zeit -, wie Sie es dann am Ende hinbekommen werden, Baurecht zu schaffen. Wenn Sie es schaffen, dann werden wir auch gemeinsam dafür sorgen - das habe ich Ihnen auch schon gesagt -, dass Sie dafür dann das entsprechende Geld bekommen werden. Aber es kann nicht allein in der Hand weniger Mitarbeiter beim Landesbetrieb liegen, dass wir in Schleswig-Holstein im wahrsten Sinne des Wortes Stillstand bei allen Infrastrukturmaßnahmen haben.

Dahinter steckt doch das große Problem, das auch Sie kennen: Wenn wir bis 2015 nicht auf der B 5 und nicht auf der A 20 in bestimmten Abschnitten Baureife haben, dann droht uns, dass diese Abschnitte aus dem **vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans** herausfliegen. Das allerdings wäre eine Katastrophe, für die es in diesem Hause keine Rechtfertigung mehr geben würde. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion mit dem Antrag zu b) hat der Herr Abgeordnete Christopher Vogt.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion zum **Ausbau der B 5** begrüßen wir ausdrücklich. Interessant ist, dass die Koalition mit ihrem Änderungsantrag offenbar noch darüber hinausgehen möchte. Angesichts dieses Wettbewerbs, wer die B 5 am weitesten ausbauen will, haben wir uns in der FDP-Fraktion kurzfristig überlegt, ob wir nicht beantragen sollten, die B 5 zeitnah komplett zur Autobahn auszubauen. Wir haben dann aber doch entschieden, dass wir etwas ernsthafter mit diesem Thema umgehen sollten; denn die **B 5** muss in der Tat endlich in geeigneter Form ausgebaut werden. Darauf wartet man an der Westküste zu Recht. Die Enttäuschung, dass es gar nicht oder viel zu langsam vorangeht, ist dort mittlerweile sehr groß. Es bringt ja nichts, an der Westküste hinsichtlich des B-5-Ausbaus immer wieder Hoffnungen zu wecken, und dann passiert am Ende wieder nichts. Ich möchte deshalb vorschlagen, dass wir die vorliegenden Anträge zum Anlass nehmen, uns im Ausschuss einmal ausführlich mit der **B 5** zu befassen. Hoffentlich kommen wir dann dazu, dass es einen verlässlichen **Fahrplan zum B-5-Ausbau** gibt; denn der ist für die Westküste nicht in Sicht.

Meine Fraktion hat heute erneut einen Antrag zum **Weiterbau der A 20** eingereicht, nicht etwa deshalb, weil bekanntlich der Lieblingsfilm von Minister Meyer „Und täglich grüßt das Murmeltier“ ist, sondern weil wir - und mit uns viele Menschen in unserem schönen Bundesland - endgültig darüber irritiert sind, was die rot-grün-blaue Koalition in dieser wichtigen Frage immer wieder veranstaltet.

Die Grünen haben vor Kurzem ein Alternativkonzept zum Weiterbau der A 20 vorgelegt. Wir sind der Auffassung, dass sich das Parlament dazu positionieren sollte. Das sollte heute geschehen. Die Grünen sind ja immerhin eine der drei Parteien, deren Landesregierung - zumindest bisher - viele Millionen Euro an Steuergeldern für die **Planung der weiteren A-20-Bauabschnitte** ausgibt. Was will diese Regierung jetzt eigentlich mit der A 20 machen? Geht die Planung der weiteren Bauabschnitte weiter, oder wird der grüne Alternativvorschlag ernsthaft geprüft? Darauf erhoffen wir uns heute eine Antwort. Meine Hoffnung ist natürlich, dass der „Grüne Weg nach Westen“ - wie der blumige Titel dieses Konzeptes war - eine reine PR-Aktion bleibt und lediglich als öffentliche Nebelkerze dazu dienen soll, die schleswig-holsteinischen Grünen aus ihrer strategischen Misere bei der A 20 zu befreien.

Der Druck auf die Grünen, Herr Kollege Tietze, ist offenbar so groß geworden, dass Sie ein Ventil brauchen. Die Grünen haben den Bau der A 20 über 20 Jahre lang politisch und juristisch nach Kräften blockiert, verzögert und verteuert und beklagen nun immer wieder, dass der Bau der A 20 nicht vorangekommen und so teuer geworden ist. Scheinheiliger, Herr Dr. Tietze, geht es nun wirklich nicht.

(Beifall FDP und CDU)

Unserem Bundesland helfen diese ständigen Störmanöver der grünen Regierungspartei nicht weiter. Verantwortliches Regierungshandeln sieht anders aus. Die innerparteilichen Probleme der Grünen dürfen nicht dazu führen, dass die Menschen in dieser wichtigen Frage immer weiter verunsichert werden. Die **Verkehrsprobleme**, die der **Weiterbau der A 20** lösen würde, würde der grüne Vorschlag übrigens nicht ansatzweise lösen. Zum jetzigen Zeitpunkt mit neuen und zudem völlig absurden Alternativvorschlägen zu kommen, ist nicht konsequent, wie Sie es bewertet haben, sondern einfach nur schräg. Das Konzept ist ja eigentlich nichts anderes als alter Bürgerinitiativen-Wein in neuen grünen Schläuchen. Es hält keinem Faktencheck stand, den die Grünen nicht selbst durchgeführt haben.

Geradezu absurd wird es dann, wenn man über die **Elbquerung** diskutiert und sich anschaut, was Sie neuerdings diesbezüglich fordern. Eine **Fährverbindung** kann nun wirklich keine ernst zu nehmende Alternative zu einer festen Querung sein. Dies würde vor allem keine spürbare Entlastung Hamburgs bringen, was ja eines der Hauptziele der A 20 ist. Herr Dr. Tietze, ein **Elbtunnel bei Brunsbüttel** ist nicht nur mit Blick auf die Trassenführung, sondern auch mit Blick auf die Baukosten des Tunnels ein geradezu grotesker Vorschlag. Die Grünen machen sich damit endgültig lächerlich. Man kann seine ablehnende Haltung in Bezug auf den Weiterbau der A 20 doch nicht allen Ernstes jahrelang mit der angeblich unmöglichen **Finanzierung des Tunnels bei Glückstadt** begründen, wie Sie es getan haben, und dann ein aufwendigeres Bauwerk als Alternative vorschlagen, das durch unrealistische beziehungsweise unsinnige Einsparungen bei anderen Teilstücken beziehungsweise auf niedersächsischer Seite finanziert werden soll.

(Beifall FDP)

Im Übrigen, Herr Dr. Tietze, sind die Grünen in Niedersachsen in die Landesregierung gekommen. Bedingung in der Verkehrspolitik im Koalitionsvertrag war, dass die Planungsmittel für den Weiterbau auf niedersächsischer Seite zusammengestrichen

(Christopher Vogt)

werden. Die Grünen blockieren also nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch auf niedersächsischer Seite sehr konsequent und leider auch sehr erfolgreich den Weiterbau der A 20.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Matthiessen?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja, mit größter Freude.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Kollege Arp hat vorhin in seinem Beitrag ja schon gesagt, die Elbe sei dort doppelt so breit; daher müsse der Tunnel doppelt so lang sein. Hat sich die FDP denn einmal mit einem Vergleich der Baukosten beschäftigt? Wenn ja, zu welchen Ergebnissen sind Sie gekommen und auf welcher Grundlage?

- Herr Kollege Matthiessen, ich habe das grüne Konzept ja nicht nur durchgelesen, sondern auch mit dem Kollegen Dr. Tietze darüber gesprochen. Er hat mir gesagt, der Tunnel bei Brunsbüttel würde etwa um 200 Millionen € teurer als der Tunnel bei Glückstadt.

Noch einmal: Sie haben Ihre Ablehnung immer vor allem damit begründet, dass der Tunnel bei Glückstadt so teuer wäre, dass das ganze Projekt keinen Sinn mache. Jetzt kommen Sie um die Ecke, wollen bestehende Bundesstraßen dreispurig in Richtung Brunsbüttel ausbauen, also eine ganz andere **Linieneinführung** schaffen und einen Tunnel bauen, der um 200 Millionen € teurer ist. Uns sagen Sie, das, was wir und alle anderen außer Ihnen im Hause wollen, sei unrealistisch, aber Sie fordern etwas Teureres als Alternative und sagen, das sei der bessere Weg. Das ist doch widersinnig, Herr Kollege.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Zusatzfrage des Abgeordneten Matthiessen?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat denn behauptet, dass das Projekt aus unserer Sicht daran scheitern

würde? Wir haben Verkehrszahlen genannt. Wir haben sehr viele andere Argumente angeführt. Da müsste ich um einen Beleg bitten. Sie verfahren hier in der Debatte so, dass Sie eine Positionierung unterstellen, die Sie dann zerreißen. Nur hatten wir die leider nicht. Mit Alternativen haben wir uns schon sehr profund beschäftigt; das können Sie mir schon glauben.

- Herr Kollege Matthiessen, das möchte ich Ihnen gern glauben. Aber noch einmal: Ihre Fraktion hat - ich kann Ihnen das ja herausuchen lassen - mehrfach in diesem Hause als Hauptbegründung angeführt, der Elbtunnel sei zu teuer; das sei unrealistisch. Deswegen bringe es gar nichts, über die A 7 und über die A 23 hinaus zu bauen. Das hat Ihre Fraktion hier immer wieder angeführt. Jetzt kommen Sie mit einem teureren Vorschlag, und das macht wenig Sinn, Herr Kollege Matthiessen.

(Beifall FDP)

Aber gut, wenn Sie es nicht einsehen wollen - ich kann es nicht ändern. Herr Matthiessen, Herr Kollege Dr. Tietze und alle anderen, ich hoffe sehr, dass SPD und SSW diesem Unsinn heute eine klare Absage erteilen und sich zum Weiterbau der A 20 bekennen. Wir sollten heute über diesen Antrag in der Sache abstimmen. Einen Gegenantrag der Koalition gibt es ja nicht, weil man sich offenbar nicht darauf einigen konnte.

Abschließend möchte ich noch sagen - der Kollege Arp hat darauf hingewiesen -: Es ist dringend notwendig, dass das Land endlich seine **Planungskapazitäten** erhöht. Das ist nicht nur für die B 5, sondern auch für die A 20 notwendig. Herr Meyer, ich finde es wirklich erschreckend, dass die Landesregierung im Haushaltsentwurf beim Landesbetrieb für Straßenbau nicht nur bei den Investitionen kürzt, sondern auch die **Mittel für die Betriebskosten** zusammenstreicht, zwar nur in geringem Umfang; aber das ist eine weitere Senkung. Das schwächt uns. Das schwächt uns auch im Wettlauf um europäische Mittel für die Achsen, die wir in Schleswig-Holstein haben. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel.

**Kai Vogel [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mobilität von Bürgerinnen und Bürgern, Transport von Waren sind wichtige Themen. Dazu gehört auch der **Ausbau von Straßen**. Bei der B 5 sind sich - so verstehe ich unsere zahlreichen Äußerungen - die Fraktionen einig darüber, dass wir einen Ausbau brauchen. Es geht um die Anbindung der Westküste, um den Standort Brunsbüttel und um Transit. Tatsächlich wird es uns nicht gelingen, alle gewünschten Straßenbauprojekte gleichzeitig durchzuführen. Genau deshalb müssen wir sorgfältig und nachhaltig planen, um Planungspressen zu vermeiden, Bürgerinnen und Bürger einbeziehen, Belange des Naturschutzes berücksichtigen, Prioritäten setzen und den Bau in sinnvolle Abschnitte gliedern. Was wir an der Westküste nicht brauchen können, sind weitere **Planungsfehler** wie bei der A 20.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Auch dort geht es um **naturschutzfachliche Aspekte**, unter anderem übrigens um Fledermäuse. Für die Ortsumgehung Hattstedt-Bredstedt läuft ein Planänderungsverfahren, und es sind Klagen anhängig. Sicher sind Sie - wie ich auch - bereits mit den Anliegen vertraut, die dahinterstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Planungsverfahren sind sehr kompliziert. Deutschland hat ein Planungsrecht, das Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, sich gegen Bauvorhaben zu wehren. Das gehört zu unserer Demokratie. Nichtsdestotrotz streben wir an, bei künftigen Bauvorhaben die Belange der Bürgerinnen und Bürger bereits im Vorfeld so intensiv mit einzubeziehen, dass mögliche Konflikte entschärft werden können. Leider ist das seinerzeit bei der **Planung der B 5** nicht erfolgt. Auch hier hätten die Planungsverzögerungen durch mehr Sorgfalt vermieden werden können.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir bitten die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass das Vorhaben „Ortsumgehung Hattstedt-Bredstedt“ auch im neuen **Bundesverkehrswegeplan** weiterhin dem vordringlichen Bedarf zugeordnet wird.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen die B 5 nördlich von Heide und zwischen Itzehoe - genau von der A 23 an - und Brunsbüttel zügig dreistreifig ausbauen.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Wir waren sehr verwundert, lieber Herr Kollege Arp, dass der Bereich Richtung Brunsbüttel in Ihrem Antrag überhaupt nicht vorhanden war. Der Ausbau wird - wie auch bei anderen Infrastrukturprojekten - in vernünftigen, fachlich sinnvollen Abschnitten erfolgen. Sehr gespannt bin ich auf die innovativen Finanzierungsmodelle, die zurzeit im Raum stehen. Wir haben ja vorhin über einige gesprochen. Infrastruktur ist immer eine gesellschaftliche Aufgabe, und wir tun gut daran, neue Wege offen und ohne Vorurteile zu betrachten.

Was die A 20 betrifft, möchte ich Ihnen dafür danken, dass wir hier im Plenum wieder über die A 20 sprechen. Wie Sie wissen, hat sich die SPD immer für den **Weiterbau der A 20** ausgesprochen. Wir halten sie für das wichtigste Straßenverkehrsprojekt in Schleswig-Holstein.

(Christopher Vogt [FDP]: Das hilft der A 20 auch nicht!)

Wir meinen im Übrigen auch, dass die Berücksichtigung von Naturschutzbelangen für moderne Infrastrukturplanung eine Selbstverständlichkeit sein muss. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen hat der Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW erst am 14. Mai beschlossen - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

„Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung die Planungsverfahren der A 20 abschließt. Bei diesem Prozess hat Sorgfalt vor übereilten Planungen höchste Priorität.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was gäbe es dazu mehr zu sagen? Ja, wir planen weiter, ja, wir tun es sorgfältig. Verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, wenn Sie bei den CDU-geführten Verkehrsministerien der Vergangenheit auch schon so auf Qualität geachtet hätten wie jetzt, wäre uns der eine oder andere Schlamassel erspart geblieben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Landtagsbeschluss, den ich eben zitiert habe, gilt auch vier Monate später noch. Dazu bedarf es keiner neuen Beschlussfassung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Antrag der CDU, Drucksache 18/2222, haben die Koalitionsfraktionen einen Änderungsantrag gestellt: B 5 sorgfältig und nachhaltig planen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. Den Antrag der

(Kai Vogel)

FDP, Drucksache 18/2225, lehnen wir ab. Die Begründung habe ich eben dargelegt. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne Besucherinnen und Besucher des Lions Club Neumünster sowie der Gesundheits- und Krankenpflegeschule der Segeberger Kliniken. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Vielen Dank, Herr Präsident! Die B 5 ist für uns ein zentrales Thema. Ihr Ausbau ist eine gemeinsame Forderung. Wir stehen politisch dafür, dass er sorgfältig, bürgernah und zeitnah vorangetrieben wird. Das haben wir mit unserem Änderungsantrag zum Ausdruck gebracht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jetzt lassen Sie mich ein wenig mit Ihnen über das Thema A 20 reden, weil hier so viele Behauptungen in den Raum gestellt worden sind, die wirklich an den Haaren herbeigezogen sind. Wir befinden uns in einem Diskussionsprozess. Den Vorschlag, den Sie lesen, hat nicht die Partei erstellt, sondern haben drei Personen erstellt, nämlich Frau Kastner als Landesvorsitzende, Frau Dr. Wilms, unsere Bundestagsabgeordnete, und ich als verkehrspolitischer Sprecher im Landesparlament.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Wir sind über die A 20 seit ungefähr einem Jahr im Gespräch mit sehr vielen Verbänden, mit der Wirtschaft. Auch uns ist beim **Thema A 20** wichtig, das Thema Anbindung der Westküste ernst zu nehmen und zu diskutieren. Nichts anderes ist dieser Vorschlag.

Denn wie wir es einschätzen, werden wir bis 2017 keinen Meter A 20 gebaut haben. Wir wollen nach 2017 weiterdenken. Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, das ist ausdrücklich erlaubt. Unser Koalitionsvertrag legt fest, dass es keine Denkverbote gibt, dass es keine Diskussionsver-

bote gibt, sondern dass man auch **alternative Lösungen** diskutieren kann.

(Unruhe)

Die Finanzierung ist nach wie vor weiter weg denn je. Wenn wir den Vorschlag mit einer Fähre unterbreitet hätten,

(Christopher Vogt [FDP]: Haben Sie ja!)

hätten Sie sofort gesagt: Wie naiv seid ihr eigentlich? Die A 20 ist doch nur in der Linie mit dem Elbtunnel zu denken! - Deshalb haben wir uns zunächst einmal ergebnisoffen nur auf die Linie bezogen, nämlich von der polnischen Grenze bis zur holländischen Grenze durchzufahren und zu schauen, was da geht und was da nicht geht.

(Anhaltende Unruhe)

Wenn jeder Meter A 20 beklagt wird, weil es sich um sensible Naturflächen handelt, ist unsere Leitmaxime: Lasst uns einmal überlegen, anhand vorhandener Strecken auszubauen. Meidung natursensibler Gebiete, Ausbau nach dem Minimalisierungsprinzip, also die **Zwei-plus-eins-Lösung**. Die Verkehrsmengen geben es nicht her, dass wir vierspurig bauen; wir könnten auch den dreispurigen Weiterbau der A 20 begründen. Ich komme gleich dazu.

Der wesentliche Grund ist auch, einen **Infrastrukturfrieden** zu erreichen. Wir machen uns Gedanken, wie wir hier nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger, sondern mit den Bürgerinnen und Bürgern zu einer schnelleren Realisierung kommen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Vorschlag ist schneller, billiger und pragmatischer. Wir wollen in dieser verfahrenen Situation deutlich machen, dass wir uns nicht hinter die Fichte begeben.

Mich haben viele gefragt: Herr Tietze, warum machen Sie das überhaupt? Ihr seid doch in einer komfortablen Situation: Die A 20 verhindert sich doch aus sich selbst heraus und durch eine völlige Versammlung von anderen, die sie so gern wollen, aber falsch planen. Warum macht ihr das überhaupt?

Wir sind im Kern eine Gestaltungspartei. Das ist zwar nicht bequem, aber wir Grüne hatten es in der deutschen Politik nie bequem.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

(Dr. Andreas Tietze)

Die Grünen haben nie den bequemen Weg gesucht. Für uns gilt ein gesamtes Politikpaket, wir wollen Teil von Lösungen sein, nicht Teil von Problemen.

Deshalb haben wir uns jetzt darangesetzt, auch wenn wir uns mit diesem Vorschlag nicht beliebt machen. Die **Naturschützer** finden das nicht unbedingt sexy. Sie sind kollektiv über uns hergefallen und haben gefragt: Was fällt euch da ein?

Wir denken an dieser Stelle weiter. Es gibt tatsächlich auch einen Gedanken in Richtung Plan B. Denn was passiert eigentlich mit der Planung der A 20? Sie wurde 1993 begonnen. Wir sind im 21. Jahr und haben noch nicht einmal die Hälfte der Strecke erreicht. Wir sind im 21. Jahr! Wir werden jeden weiteren Kilometer über lange Zeit harter gesellschaftlicher, rechtlicher, **juristischer Auseinandersetzungen** durchfechten müssen. Niemand beantwortet hier real die Frage: Wann sind Sie mit Ihrem Weiterplanen in Bremerhaven? Beantworten Sie den Menschen doch einmal die Frage, wann Sie in Bremerhaven sind! Diese Frage haben wir uns gestellt, dieser Frage wollten wir nicht ausweichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich das an! Es entstehen schon 70 % Autobahnen. Ich erinnere an die A 27 in Niedersachsen. Da muss in Niedersachsen nichts neu gebaut werden. Da gibt es eine nagelneue Autobahn. Sie würden allein in Niedersachsen 700 Millionen € sparen.

In Schleswig-Holstein würden Sie mit unserer Lösung 200 Millionen € sparen. Wir machen einen Vorschlag, um von A nach B zu kommen, und bieten 1 Milliarde € weniger Kosten an. Wenn Sie jetzt anfangen, diese Kosten gegen Planungskosten aufzurechnen, sage ich Ihnen ganz deutlich: Der Bund wäre doch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn er sich den Vorschlag, 1 Milliarde € einzusparen, nicht wenigstens einmal anhören würde. Ob wir jetzt nachmelden oder nicht nachmelden, wie dieser Vorschlag nach 2017 weitergeht, das können wir in aller Ruhe und Gelassenheit abwarten.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, Ihre Redezeit ist schon geraume Zeit abgelaufen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gott sei Dank!)

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Schade, dass niemand eine Zwischenfrage stellt. Sonst hätte ich noch etwas zu den Kosten sagen können.

(Heiterkeit)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ihre Redezeit ist wirklich abgelaufen.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich biete Ihnen an, dass ich in Ihre Fraktion komme, wenn Sie mich einladen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

Das ist ehrlich gemeint. Dann können wir wirklich aufrichtig miteinander diskutieren.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Dr. Tietze!

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sie haben jedenfalls die Möglichkeit. Ich würde mich freuen. Das wäre ein Beispiel einer besonderen Dialogkultur. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

(Zurufe)

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die **B 5** ist von der Straßenverbindung her die **Lebensader der Westküste** und auch eine wichtige Brücke nach Dänemark. Sie darf deswegen keinesfalls auf die Funktion eines A-7-Bypasses reduziert werden, wie es der Antrag der CDU-Fraktion leider nahelegt. Auf der Tagesordnung stehen nur zwei Anträge zu Autobahnen. Eigentlich geht es in Ihrem Antrag doch um die B 5, und die sollte auch im Mittelpunkt stehen.

Nachdem wir die Landesregierung im Wirtschaftsausschuss über den aktuellen Sachstand zu Planung und Ausbau der B 5 haben berichten lassen, ist es

(Dr. Patrick Breyer)

schön, dass jetzt auch die CDU-Fraktion das Thema entdeckt hat.

(Lachen Volker Dornquast [CDU])

Nur leider bringt das die Menschen, die sich dort einen Ausbau seit teilweise über 20 Jahren wünschen, nicht weiter.

(Anhaltende Unruhe)

Zunächst einmal kann die Landesregierung nicht - wie es in Ihrem Antrag steht - die **Aufnahme in den neuen Bundesverkehrswegeplan** sicherstellen, weil sie darüber gar nicht entscheidet. Auch hat die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan nichts damit zu tun, die Planungen voranzutreiben, denn der Verkehrswegeplan gilt für die Realisierung und nicht für die Planung dieses Projekts.

Die Forderungen, möglichst schnell **Baureife** zu erlangen oder die Planungen schnellstmöglich abzuschließen, sind letztendlich Plattitüden, solange Sie uns nicht verraten, wie eine Beschleunigung konkret möglich sein soll. Wir haben im Ausschuss konkret nach der Stellensituation und so weiter gefragt. Ich glaube, dass das konstruktiver ist.

In Wahrheit ist es unter einer CDU-geführten Regierung gewesen, dass die **A 20** und das jetzige **Teilstück der B 5** so schlampig geplant worden sind, dass die Verfahren jetzt neu aufgerollt werden müssen und eine lange Verzögerung eintritt. Deswegen würde ich mir wünschen, dass wir auf solche Schauanträge künftig verzichten. Der Antrag der Koalitionsfraktionen dazu ist an sich auch überflüssig, aber immerhin richtig.

Zur A 20. Die Piratenpartei Schleswig-Holstein fordert seit Jahren den **Ausbau der A 20** über die A 7 hinaus einschließlich der Elbquerung, aber finanziert aus dem Staatshaushalt und ohne Pkw-Maut, wie Sie sie nämlich für die Elbquerung einführen wollen. Dieses Projekt darf keinesfalls als **ÖPP-Projekt** finanziert werden, weil sich diese Projekte in der Vergangenheit immer wieder als unwirtschaftlich herausgestellt haben, weil eine konstante Maut, wie ich bereits in der letzten Rede sagte, unsozial und unökologisch ist. Sie darf aber, Herr Wirtschaftsminister, auch nicht über die Idee einer Infrastrukturprojektgesellschaft realisiert werden. Wir haben dort interessante Stellungnahmen im Rahmen des Anhörungsverfahrens bekommen, und es wurde uns noch einmal schwarz auf weiß bestätigt, dass diese Idee einer Projektgesellschaft zu **undemokratischen Strukturen** führt und darüber hinaus ineffektive Verkehrsprojekte herstellen lässt,

die sich in dem regulären Verfahren des Bundesverkehrswegeplans gar nicht behaupten könnten.

Damit dieses Projekt „Weiterbau der A 20“ Erfolg haben kann, muss es wirklich seriös geplant und durchgerechnet werden. Alle Unterlagen müssen veröffentlicht und vom Bundesrechnungshof geprüft werden.

Vorrangig allerdings müssen wir die **Sanierung der vorhandenen Infrastruktur** angehen: Nord-Ostsee-Kanal, Rader Hochbrücke und so weiter. Es ist allen bekannt, wie viel dort zu tun ist. Den neuen Vorschlag der Grünen werden wir auf unserer Verkehrskonferenz näher unter die Lupe nehmen. Mittelfristig jedenfalls müssen wir dahin kommen, dass so große Infrastrukturprojekte noch vor der Entscheidung darüber transparent und ergebnisoffen mit der Öffentlichkeit diskutiert werden. Wir PIRATEN haben deswegen einen Vorschlag für eine **Charta für Bürgerbeteiligung an der Infrastrukturplanung** vorgelegt, die vorsieht, dass eine möglichst frühe Bürgerbeteiligung stattfinden soll. Dies erfordert eine verständliche Internetveröffentlichung von Planungen und öffentliche Antragskonferenzen zur Beratung derartiger Vorhaben.

Nur mit mehr Transparenz und echter Bürgerbeteiligung bei der Infrastrukturplanung werden wir in Zukunft teure Fehler und Pleiten wie bei der A 20 und jetzt auch bei den Teilstücken der B 5 vermeiden können, die uns leider bei diesen wichtigen Projekten um Jahre zurückwerfen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Schleswig-Holstein ist die Brücke zwischen Skandinavien und dem restlichen Europa. Entsprechend ist die verkehrliche Infrastruktur bei uns im Land von internationaler Bedeutung. Maßgeblich hierbei ist die A 7. Im Zusammenhang mit dem Lkw-Verbot auf der Rader Hochbrücke wurde jedoch sehr deutlich, wie anfällig diese Verbindung ist. Dabei wurde deutlich, wie dringend wir eine **zweite Nord-Süd-Achse** brauchen, um die A 7 zu entlasten. Wir sehen die B 5 an der Westküste als eine solche Alternative. Dies erfordert jedoch den **Ausbau der B 5**.

(Flemming Meyer)

Der SSW setzt sich seit Jahren für eine grenzüberschreitende **Westküstenstraße** ein, eine kreuzungsfreie Strecke zwischen der dänischen Grenze und der A 23, die leistungsstark genug ist, um größere Lkw- und Pkw-Verkehre aufzunehmen. Dies wäre südlich der Grenze über die B 5 und A 23 nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll. Im weiteren Verlauf würde dann der Anschluss an die A 20 erfolgen und über einen **Elbtunnel** westlich an Hamburg vorbei gen Süden führen. Die Westküste hätte dadurch eine bessere Anbindung an das Verkehrsnetz, und die A 7 wäre entlastet.

Der SSW steht mit einer solchen Forderung nicht allein. Wirtschaftsverbände und IHK im Norden sowie Kommunen und Unternehmen im südlichen Dänemark als auch Udviklingsråd Sønderjylland - der Entwicklungsrat Südjütland - sehen die Notwendigkeit, die B 5 entsprechend auszubauen. So wird auf dänischer Seite die Notwendigkeit einer **Westküstenautobahn** gesehen. Die macht aber nur dann Sinn, wenn sie südlich der Grenze auch fortgeführt wird. Hier sind aber Berlin und Kopenhagen gefragt, entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Wir wissen, dass der **Bundesverkehrswegeplan** chronisch unterfinanziert ist. Uns ist daher bewusst, dass dies ein langfristiges Projekt ist. Wir dürfen dieses Ziel aber nicht aus den Augen verlieren. Mit unserem Antrag kommen wir dem Ziel auch schrittweise näher.

Bei dem Ausbau der B 5 haben derzeit drei Teilstücke Priorität: Das ist die **Ortsumgehung zwischen Hattstedt und Bredstedt**. Diese Maßnahme muss weiterhin im **vordringlichen Bedarf** des neuen Bundesverkehrswegeplans bestehen bleiben. Der Planfeststellungsbeschluss für die Verkehrsführung wurde erlassen, sie ist derzeit aber beklagt. Es läuft ein Planänderungsverfahren, um die Planungsmängel zu beseitigen. Das bedeutet, dass der Baubeginn abhängig vom Planungsablauf und der Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel vom Bund ist.

Dann muss die **Zwei-plus-eins-Verkehrsführung** zwischen Tönning und Husum kommen. Hier laufen die Planungen für die vier Teilstücke, und das Planfeststellungsverfahren wurde eingeleitet. Auch hier ist der Baubeginn abhängig von den Planungsabläufen der einzelnen Abschnitte und der Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel durch den Bund.

Das dritte große Teilstück ist die **dreistreifige Anbindung des Wirtschaftsraums Brunsbüttel**. Für alle Teilstücke gilt: Eine Verzögerung aufgrund

von Planungsfehlern ist zu verhindern. Die Belange des Naturschutzes sowie der Bevölkerung sind im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens frühzeitig und umfangreich einzubeziehen, um die Vorhaben nicht unnötig in die Länge zu ziehen.

(Beifall SSW)

Die A 20 mit der **westlichen Elbquerung** ist eine der größten Verkehrsprojekte im norddeutschen Raum. Ich habe bereits eingangs gesagt, dass dieses Projekt aus wirtschaftspolitischer Sicht gerade auch für die Westküste nördlich und südlich der Grenze von großer Bedeutung ist. Für Schleswig-Holstein und Hamburg wird sie für Entlastung auf der A 7 und des Elbtunnels sorgen.

Seit nunmehr über 20 Jahren wird die Küstenautobahn gebaut. Wir haben bereits wertvolle Zeit verloren, in der Vergangenheit und in jüngster Zeit. Um nicht weitere Zeit zu verlieren, ist es notwendig, die Planungsverfahren für die verbleibenden Abschnitte bis zur Elbe gründlich abzuschließen. Dabei hat Sorgfalt absoluten Vorrang vor übereilter Planung. Wir halten aber an der geplanten **Trassenführung** fest, denn für uns ist alles andere unrealistisch und wirft uns um Jahre zurück. Und das wollen wir ganz bestimmt nicht.

(Beifall SSW und SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Wir kommen nun zu den Dreiminutenbeiträgen. Als Erstes hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Klaus Jensen das Wort.

**Klaus Jensen [CDU]:**

Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Verkehrsminister! Liebe Kollegen! Ich melde mich, weil es um die B 5 und um die **Ortsumgehung Hattstedt-Bredstedt** geht. Und dazu möchte ich kurz einige Ausführungen machen. Der Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr hat uns im Juli in Kiel erläutert, dass das sogenannte Fledermausurteil zur A 20 doch offenbar Auswirkungen auf die weiteren Planungen und den **Ausbau der B 5** haben wird. Für die Ortsumgehung Hattstedt, Struckum, Breklum und Bredstedt sind zusätzliche Kartierungen der Fledermausvorkommen und nochmalige Bestandserhebungen der Brutvögel erforderlich. Nicht, dass wir uns falsch verstehen: Auch ich halte diese Arbeiten natürlich für wichtig, auch um rechtssichere Planung herzustellen. Was ich aber nicht nachvollziehen kann: Erst ein dreiviertel Jahr nach diesem Fledermausurteil hat die Landesregierung begon-

(Klaus Jensen)

nen, sich darüber Gedanken zu machen, ob dieses Urteil vielleicht auch Auswirkungen auf andere Straßenplanungen haben könnte. Auch hier gilt offensichtlich, was für die A 20 genauso gilt: Sie verzögern, Sie taktieren, und - ganz wichtig - am Ende wollen Sie es nicht gewesen sein.

Wenn Sie die B-5-Umgehung zwischen Hattstedt und Bredstedt nicht wollen, dann sagen Sie es. Stattdessen stellen Sie mit Ihrem Vorgehen ganz wesentliche Voraussetzungen für einen erfolgreichen Fortgang der Ortsumgehung infrage.

Sehr geehrter Herr Minister, es wird darauf ankommen, dass in diesem Bereich bis Ende 2015 mit dem Bau begonnen wird, damit diese Maßnahme als begonnene Maßnahme und damit sicher in den **Bundesverkehrswegeplan 2016** übernommen wird. Kollege Arp hat das schon dargelegt.

Wenn Sie mit den Vogelzählungen erst im Frühjahr 2015 beginnen können, so haben Sie Ihre überarbeiteten Pläne frühestens im Herbst 2015 fertig. Können Sie mir vermitteln, wie Sie dann bis Ende 2015 den so wichtigen ersten Spatenstich hinbekommen wollen?

Deswegen mein Appell an Sie: Schneiden Sie die unkritischen Teilstücke heraus, und beginnen Sie nach deren erfolgter Planfeststellung unverzüglich mit dem Bau, damit diese Maßnahme auch sicher als begonnene Maßnahme in den neuen Bundesverkehrswegeplan Einzug findet! Das wäre das richtige Signal der Landesregierung für die Westküste und für Nordfriesland. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat jetzt der Abgeordnete Lars Harms für die Abgeordneten des SSW das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Die Äußerungen des geschätzten Kollegen Jensen kann man natürlich so nicht stehen lassen. Deswegen habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet.

(Zuruf CDU: Die waren trotzdem richtig!)

- Das ist eben nicht ganz richtig. Wenn ein Urteil über die Vorgehensweise bei der A 20 gesprochen wird, was gleichartig bei der B 5 anzuwenden ist, dann muss man sagen, dass die Planung so, wie sie in der Vergangenheit gelaufen ist - - Jetzt spreche

ich nicht darüber, wer seinerzeit dafür verantwortlich war. Ich sage lediglich, dass die Planungen, die damals gelaufen sind, auf einer unkorrekten Basis gelaufen sind.

Wenn ein Urteil gesprochen wird - diese Urteile sind selbst für Juristen nicht immer leicht zu lesen -, dann arbeitet man das vonseiten des Ministeriums erst einmal durch. Man schaut einmal nach, welche Relevanz dies für die A 20 hat. Außerdem wird geschaut, ob der **Inhalt dieses Urteils** in irgendeiner Art und Weise auch **Relevanz für andere Strecken** hat. Es könnte sein, dass andere Strecken davon vielleicht auch betroffen sind. Das kann ich gar nicht beurteilen. Das weiß ich nicht. Das wird möglicherweise geprüft worden sein oder noch geprüft werden. Bei der B 5 ist eben dies herausgekommen. Man hätte auch weitermachen und auf volles Risiko gehen können in der Hoffnung, dass das gut geht.

Diese Vorgehensweise, die wir in der Vergangenheit gehabt haben, hat immer wieder dazu geführt, dass Projekte letztendlich länger dauerten, als dies sein musste.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen finde ich es in Ordnung, dass das Ministerium nun sauber prüft, ob da etwas ist, und sich Zeit lässt, es genau bewertet und dann auf die Politik zugekommen ist und gesagt hat: Wir erklären euch das. Es dauert etwas länger. Wir müssen das aber machen, um es auf jeden Fall rechtssicher hinzubekommen, damit wir nicht in zwei Jahren dastehen und dann sagen: Oh Gott, vor zwei Jahren hätten wir es ahnen können. Dann hätten wir es aber besser planen müssen.

Ich glaube, dem Ministerium ist an dieser Stelle nichts vorzuwerfen. Vielmehr hat man so schnell wie möglich geschaut, welche Relevanz das hat. Man hat sofort die Politik informiert und Maßnahmen in Gang gesetzt, sodass man diese Vogelzählung und Fledermauszählung durchführen kann.

Vor diesem Hintergrund ist das, was da gemacht worden ist, auch richtig. Das ist auch keine Verzögerungstaktik, sondern diese Koalition - das gilt wahrscheinlich für die meisten in diesem Hohen Hause - will die **Umgehung von Hattstedt nach Bredstedt**. Sie wird auch kommen. Sie wird auch so schnell wie möglich kommen. Sie wird aber nur dann so schnell wie möglich kommen, wenn wir sauber planen.

(Lars Harms)

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. Dann kommen wir jetzt zur Landesregierung. Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Reinhard Meyer.

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich mir das von der Opposition, insbesondere von der CDU, so anhöre, dann habe ich den Eindruck, dass heute der Tag der Legendenbildung ist. Herr Arp, ich habe Ihre Rede gehört und habe mich an ein Bild erinnert gefühlt, das man neulich bei den Europameisterschaften der Leichtathleten gelegentlich sehen konnte. So erscheint mir die CDU-Verkehrspolitik wie ein Hammerwerfer, der mit großem Elan um sich kreiselt, Schwung aufnimmt und das Sportgerät dann doch immer wieder nur in das Fangnetz sammelt, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Schlimme dabei ist, dass solche Fehler passieren können. Man geht dann in der Regel zum Trainer und lässt sich Tipps geben. Aber auch das ist nach zahlreichen Debatten hier im Landtag nicht erkennbar.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wollen Sie mein Trainer sein?)

Ich nenne das organisierte Verantwortungslosigkeit. Wenn Sie das weitertreiben wollen, meine Damen und Herren von der CDU, dann sind Sie mit solchen Äußerungen viel weiter von einer Regierungsfähigkeit entfernt, als Sie manchmal selber glauben mögen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zur Legendenbildung. Der **Planfeststellungsbeschluss zur A 20** bei Bad Segeberg war fertig, bevor diese Landesregierung ins Amt kam. All das, was das Gericht anforderte und was nachgeliefert wurde, waren kleine Details. Die Grundlagen sind zuvor durch die CDU/FDP-Landesregierung gelegt worden.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Da haben wir bei zwei Dingen, nämlich bei den **Fledermäusen** und vor allen Dingen bei der **Linieneinführung** - Herr Tietze hat darauf hingewiesen -, eine Entscheidung kassiert. Ich habe damals auch in diesem Hause gesagt, dass das alles insbesondere bei den Prüfungen zum Fledermausschutz und bei allen Verkehrsprojekten in Schleswig-Holstein zu Verzögerungen führen wird. Es ist unredlich, nun zu sagen: Sie haben versprochen, 2014 sind alle Planungen durch. - Ja, das habe ich gesagt, aber bevor das Urteil gesprochen wurde, Herr Arp. Darauf lege ich an dieser Stelle Wert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte auch hinsichtlich der B 5 darauf hinweisen - das wurde ja schon gesagt, auch von Herrn Harms -, dass ich einen Planfeststellungsbeschluss vorgefunden habe, der unmittelbar vor der Landtagswahl 2012 erlassen wurde. Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LBV weiß ich, dass unheimlich viel Druck gemacht wurde nach dem Motto: Ihr müsst unbedingt fertig werden.

Drei Monate später standen aber schon Planänderungen zur Diskussion, weil dieser **Planfeststellungsbeschluss** nicht so war, wie er hätte sein sollen. Das gehört auch zur Wahrheit. Insofern bitte ich, dass wir hier ehrlich miteinander umgehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auf der anderen Seite sage ich sehr deutlich und wiederhole mich dabei gern: Ich bin und bleibe ein Fan der A 20. Deswegen werden wir mit den Vorgaben, die uns das Gericht gemacht hat, alle Abschnitte westlich der A 7 in der geplanten Trasse weiter planen.

(Beifall Lars Harms [SSW])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Christopher Vogt [FDP]:** Herr Minister, wir waren bei der Ehrlichkeit. Zudem hat Herr

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

Dr. Tietze gesagt, dies sei ein ernsthaftes Konzept von einigen wenigen Grünen. Hat denn Herr Dr. Tietze jemals mit Ihnen über dieses Konzept gesprochen? Wenn ja, was war das Ergebnis dieses Gesprächs?

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Nicht nur Herr Tietze, sondern auch andere Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mit mir über das Projekt gesprochen.

**Christopher Vogt [FDP]:** Und was war das Ergebnis?

- Das konnten Sie in der Zeitung lesen. Ich habe gesagt, dass das eine kluge Idee ist, die aber leider viel zu spät kommt, weil wir, wenn wir die A 20 realisieren, das beste und schnellste Projekt in diesem Zeitraum bekommen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, noch eine Anmerkung zur Legendenbildung, und zwar zu den **Planungskapazitäten**. Selbstverständlich haben wir gestern darüber diskutiert, wie wir angesichts der **Haushaltssituation** des Landes Schleswig-Holstein mit dem Personal und mit den Ressourcen insgesamt umgehen. Natürlich sind es schwierige Diskussionen, wenn es um Personalabbau geht. Das ist nicht nur bei der Polizei schwierig, sondern auch beim LBV. Wir stehen aber auch in diesem Zusammenhang zu unserer Verantwortung. Wir stehen auch zur Verantwortung der Planungskapazitäten.

Die Legendenbildung geht dann so: Wir haben heute in der Tat eine Stelle weniger in der Planung, als Sie zu Ihrer Regierungszeit hatten. Zu Ihrer Regierungszeit waren diese Planer aber auch noch für die Stromtrassen zuständig. Auch das gehört zur gesamten Wahrheit. In Wahrheit haben wir heute netto mehr Ressourcen für die Planung als früher.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich glaube, wenn wir eine ehrliche Debatte führen wollen, dann sollten wir mit solchen Spielchen, mit solchen Legendenbildungen aufhören; denn das bringt uns kein Stück weiter, insbesondere nicht bei der A 20 und auch nicht bei der B 5. Herr Breyer hat darauf hingewiesen. Ich habe im Ausschuss bereits ausführlich über die B 5 berichtet. Wir werden das an dieser Stelle sicherlich wiederholen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Ich habe den gesamten Verlauf nicht mitbekommen. Können Sie mir helfen? - Ist ein Antrag auf Abstimmung in der Sache oder ein Antrag auf Überweisung gestellt worden? Das habe ich nicht mitbekommen.

(Zurufe)

- Ich höre Abstimmung in der Sache. - Herr Arp, Sie haben das Wort.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Ich habe den Kollegen Jensen so verstanden, dass er gesagt hat, bei dem CDU-Antrag zur B 5 soll über Ausschussüberweisung abgestimmt werden. Über den von der FDP gestellten Antrag zur A 20 wollen wir in der Sache abstimmen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Wie ich höre, müssen wir über beides abstimmen lassen. Wir beginnen mit der Abstimmung über den Antrag auf Überweisung. Danach lassen wir gegebenenfalls über weitere Anträge abstimmen.

Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksachen 18/2222 und 18/2225 sowie den Änderungsantrag Drucksache 18/2262 - -

(Zurufe)

- Sie können mich korrigieren, ich hätte mir das gern notiert, aber das konnte ich nicht.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident, ich darf kurz darauf hinweisen: Es gibt zwei Anträge zur B 5. Beide sollen an den Wirtschaftsausschuss überwiesen werden. Über den Antrag Drucksache 18/2225 zur A 20 soll in der Sache abgestimmt werden.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Dann beginnen wir damit, die beiden erstgenannten Anträge, Drucksachen 18/2222 und 18/2262, und den Antrag auf Ausschussüberweisung zu behandeln. Wer für eine Überweisung an den Wirtschaftsausschuss stimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache über den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/2225. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN ist dieser Antrag abgelehnt. - Vielen Dank.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Namentliche Abstimmung!)

- Dafür ist es leider zu spät. Wir sind bereits beim nächsten Tagesordnungspunkt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

### Berichts Antrag Strategiekonzept Verbraucherzentrale

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/2204

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüße ich mit Ihnen gemeinsam auf der Tribüne die stellvertretende Geschäftsführerin der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, Frau Margret Hintz. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Reinhard Meyer, das Wort.

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Verbraucherschutz** ist uns wichtig. Die **Information** und die **Beratung** von Verbraucherinnen und Verbrauchern ist eine bedeutsame Aufgabe, zu der sich diese Landesregierung ganz klar bekennt. Wir haben deshalb für die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein die institutionelle Förderung in Höhe von 699.000 € bis 2017 fest zugesagt, um **Planungssicherheit** zu schaffen. Eine derartige Zusage ist selten; sowohl in ihrer Höhe als auch in ihrer Dauer. Dies war vorher nicht der Fall. Wir haben die Verbraucherzentrale also abgesichert und bekennen uns zu ihren bestehenden Standorten. Wir wollen eine

aktive, engagierte und in der Fläche präsen- te Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein. Sie soll eine schlagkräftige Institution mit einem klar definierten Aufgabenspektrum sein.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu müssen aber auch die **Organisationsstrukturen** passen, damit die Verbraucherzentralen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können und ihre Beratungstätigkeiten auch in Zukunft durchführen können. Es geht also um die Handlungsfähigkeit der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein.

Dopplungen von Beratungsleistungen oder Mehrfachberatungen im Land sind natürlich auf den Prüfstand zu stellen. Es gibt auch andere Beratungseinrichtungen, die Verbraucherinnen und Verbraucher in verschiedenen Themenbereichen informieren und beraten. Von den Möglichkeiten im Internet will ich ganz schweigen. Deshalb müssen wir genau überlegen, wo die **Basisaufgaben einer Verbraucherzentrale** als Einrichtung des Landes Schleswig-Holstein aus unserer Sicht liegen sollen.

Das Aufgabenspektrum muss klar definiert sein. Zugleich muss es flexibel sein, da es immer wieder **aktuelle Entwicklungen** gibt, die Verbraucherinnen und Verbraucher verunsichern. Das erschwert die Aufgabe der Verbraucherzentrale natürlich. Beispiele sind EHEC, die Finanzkrise und PROKON. Auf solche Entwicklungen muss die Verbraucherzentrale reagieren können. Dazu bedarf es einer Organisation, die handlungsfähig ist. Dahin wollen wir die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein gemeinsam entwickeln.

Deshalb wurde im Dezember des letzten Jahres zwischen der Verbraucherzentrale und dem Wirtschaftsministerium in einer Zielvereinbarung gemeinsam ein **Strategieprozess** vereinbart. Dieser hat zum Ziel, die Verbraucherzentrale organisatorisch so zu strukturieren, dass sie zukunfts- fest aufgestellt ist und ihren Kernaufgaben verlässlich nachkommen kann. Externe Experten haben hierfür die Situation der Verbraucherzentrale als Organisation analysiert. Das Gutachten befindet sich zurzeit in der Endabstimmung.

Über die Zwischenstände der Analyse wurden die verbraucherpolitischen Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen regelmäßig informiert. Transparenz ist - so glaube ich - in diesem Prozess ganz wichtig. Allerdings sage ich ganz ausdrücklich: Es ist nicht hilfreich, wenn einzelne Wasserstände dieser Infor-

**(Minister Reinhard Meyer)**

mation immer wieder in den Medien kolportiert werden.

Meine Damen und Herren, Einigkeit besteht darüber, dass die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein mit der Verbraucherarbeit eine wichtige Aufgabe im **Verbraucherschutz** des Landes wahrnimmt. Ich sage ausdrücklich auch aus persönlicher Anschauung und aus Gesprächen mit den Personalräten und den Betriebsräten heraus: Das macht sie mit sehr engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Ja.

**Dr. Patrick Breyer** [PIRATEN]: Herr Minister, Sie haben ausgeführt, das Gutachten, über dessen Ergebnisse zu berichten wir Sie gebeten haben, sei noch in der Endabstimmung. Können Sie uns sagen, seit wann dieses Gutachten in der Endabstimmung ist? Seit wann liegt der Entwurf, der gerade abgestimmt wird, Ihrem Haus vor? Zweitens haben wir Sie gebeten, Ausführungen dazu zu machen, ob bis zum Abschluss dieses Strategieprozesses Übergangsmaßnahmen erforderlich seien und welche dies gegebenenfalls wären.

- Zu der letzten Frage werde ich gleich etwas ausführen. Der letzte Entwurf des Gutachtens liegt mir mit Datum vom 20. August 2014 vor. Es gibt noch ein paar Fragen. Ich werde gleich erläutern, was dies speziell für die Organisation bedeutet.

Meine Damen und Herren, in der Tat bestehen unterschiedliche Erwartungen, Vorstellungen und Interpretationen aus dem Strategieprozess, den wir zurzeit haben, insbesondere in der Frage, wie die **Zukunft der Institution der Verbraucherzentrale** gestaltet werden soll. Ich sage ausdrücklich: mehr Geld zu fordern und zu bekommen, löst kein Problem. Bevor wir über mehr Geld reden, brauchen wir mehr Klarheit über Struktur und Aufgabenspektrum der Verbraucherzentrale.

Was in Zukunft allerdings nicht mehr passieren darf, ist dies: Wenn sich eine Kommune aus einer Projektfinanzierung herauszieht, dann kann nicht davon ausgegangen werden, dass das Land durch die Erhöhung der institutionell Förderung um die gleiche Summe diese Mindereinnahme für die Verbraucherzentrale kompensiert. Ich sage ausdrücklich: **Projektmittel** sind Projektmittel, und wir brauchen eine klare **Trennung zwischen Projekten und institutioneller Förderung**. Ich glaube, das ist wichtig und erforderlich.

(Beifall SPD und vereinzelt PIRATEN)

Wir haben das Problem, dass zum Beispiel zurzeit von den Zuwendungen, die die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein bekommt, also von den 699.000 €, nur 64 % für die Personal- und Sachkosten zur Verfügung stehen. Diese werden tatsächlich benötigt. 36 % gehen als Kofinanzierung für Projektförderungen weg. Das ist ein wichtiger Punkt, über den wir uns gemeinsam Gedanken machen müssen, nämlich darüber, wie man in diesem Bereich bestimmte Dinge besser voneinander trennen kann, weil vieles im ganz konkreten Prozess miteinander vermischt wird.

Wenn ich eben etwas zu den Kommunen gesagt habe, dann will ich den Kreis Segeberg ausdrücklich ausnehmen, der durch seine Entscheidung, bei den sozialen Beratungsleistungen des Kreises der Verbraucherzentrale den Zuschlag für die **Schuldnerberatung** zu vergeben, bis 2019 wiederum acht Arbeitsplätze gesichert hat.

Umgekehrt, wenn diese positive Entscheidung nicht zustande gekommen wäre, kann es nicht Aufgabe des Landes sein, wenn Projekte wegbrechen, sofort mit institutionellen Mitteln hineinzugehen.

Meine Damen und Herren, wir lösen die bestehenden Probleme der **Verbraucherzentrale** nicht, indem wir per Gießkannenprinzip mehr Geld in die Institution geben. Wir müssen gemeinsam mit der Institution und mit den Akteuren einen gründlichen Organisationsentwicklungsprozess durchgehen. Wir müssen die Institution weiterentwickeln, und zwar gemeinsam mit ihr. Das Letzte ist ganz wichtig.

Diesen Prozess haben wir auf den Weg gebracht. Das Ziel ist, diesen Weg für eine weiterhin anerkannte und erfolgreiche Verbraucherzentrale zu gehen. Das wollen wir gemeinsam mit den verbraucherpolitischen Sprecherinnen und Sprechern tun. Das werden wir gemeinsam diskutieren.

Das Zeitziel ist klar: Bis zum Sommer 2015 muss eine Verbraucherzentrale organisatorisch neu auf-

**(Minister Reinhard Meyer)**

gestellt sein. Herr Breyer, um den zweiten Teil Ihrer Frage zu beantworten, sage ich auch: Wenn es dort gewisser Übergangsfinanzierungen bedarf, werden wir selbstverständlich auch darüber reden. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Wann?)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Der Minister hat seine Redezeit um 1 Minute 30 Sekunden überzogen. Das steht jetzt allen Fraktionen zur Verfügung. Zunächst ist die antragstellende Fraktion an der Reihe, die Piratenfraktion. Das Wort hat der Abgeordnete Uli König.

**Uli König [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Unser Ziel ist eine Stärkung des Verbraucherschutzes.“ - Ein Satz, der schön klingt und Hoffnung auf eine bessere Zukunft macht. Wer kann schon dagegen sein? Dieser Satz hat aber auch einen Vorteil: Er ist ehrlich unverbindlich. Man muss keine Angst haben, dass einem dieser Satz einmal auf die Füße fällt. Sachzwänge, allgemeine Finanzlage, unvorhergesehene Sonderausgaben - es gibt so vieles, was auf dem Weg eine Erreichung dieses Zieles verhindern kann.

Der stärkste Hinderungsgrund scheint mir aber zu sein, dass der Wille, dieses Ziel wirklich zu erreichen, nicht da ist. Denn - das ist meine Befürchtung - **Verbraucherschutz** hat bei unserem Wirtschaftsminister keine großartige Lobby. Wie sonst ist es zu erklären, dass eine Landesfinanzierung der Institution **Verbraucherzentrale** trotz jährlich steigender Kosten auf Jahre hinaus eingefroren werden soll? Allein 2014 sind die Personalkosten der Verbraucherzentrale durch Tarifanpassungen um 17.000 € gestiegen. Wegen dieser real sinkenden Finanzierung musste die Verbraucherzentrale Anfang des Jahres bereits die Öffnungszeiten ihrer Beratungsstellen drastisch reduzieren. Die vom Wirtschaftsministerium selber eingeschalteten **Gutachter** kamen im Sommer zu dem Ergebnis - ich zitiere -, „dass eine interventionslose Fortschreibung des jetzigen Zustands die VZSH mittelfristig ihre Existenz kosten wird“. Ursache sei „der schleichende, geduldete Prozess, die institutionell real abnehmende Finanzierung durch Projektmittel aufzufangen“. - So viel zu den diese Woche bewilligten Projektmitteln zur Energieberatung, die gerade nicht helfen, die Existenz des vorhandenen Beratungsangebots zu si-

chern. Abgesehen davon hat der Landtag den Haushalt für 2015 noch gar nicht beschlossen.

Das Endgutachten hält das Ministerium seit zwei Monaten ohne nachvollziehbare Begründung zurück. Herr Minister, Sie nennen das Endabstimmung.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Vom 20. August bis heute sollen es zwei Monate sein?)

- Das war seine letzte Zwischenversion. Wehrte Kollegin, wir als Piratenfraktion werden noch einmal nachfragen. Ich denke, es gibt mehrere Versionen, und das hätte durchaus schneller gehen können.

(Beifall PIRATEN - Beate Raudies [SPD]: Sie können ja nachrechnen!)

In Anbetracht der nachgewiesenen existenzbedrohenden Finanzgrundlage der Verbraucherzentrale ist es blanker Hohn, wenn Staatssekretär Müller-Beck auf unseren Antrag im Wirtschaftsausschuss erklärt hat, der gleichbleibende Zuschuss sei ein „klares Bekenntnis zur Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein“. Ihre Finanzierungspläne sind ein klares Bekenntnis zum schrittweisen Absterben der Verbraucherzentrale in Schleswig-Holstein, Herr Meyer.

(Beifall PIRATEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

Ihr gebetsmühlenartiger Verweis auf andere Empfänger gleichbleibender Zuschüsse verkennt die besondere Lage der Verbraucherzentrale, die ausschließlich vom Land institutionell finanziert wird und die zur Sicherung ihrer **Unabhängigkeit** keine Unterstützung aus der Wirtschaft annehmen darf. Die Verantwortung für die Existenz der Institution Verbraucherzentrale liegt in der Hand des Landes und damit von uns allen.

(Beifall PIRATEN)

Erkennen Sie diese Verantwortung endlich, und nehmen Sie sie wahr!

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch die bloßen Fakten zusammenfassen. Für das Jahr 2015 fehlen der Verbraucherzentrale 85.000 €. Wenn es dabei bleibt, dann bekommen viele Mitarbeiter zur Vorweihnachtszeit eine Änderungskündigung ins Haus und die Bürger weniger Beratung.

Die jetzt geplante Organisationsentwicklung wird bis zum Jahresende nicht abgeschlossen sein, wie der Minister gerade schon sagte, und daran auch nichts ändern.

(Uli König)

„Unser Ziel ist eine Stärkung des Verbraucherschutzes ... Wir wollen den steigenden Beratungsbedarfen ... Rechnung tragen.“ - So steht es im Koalitionsvertrag. Schöne Sätze. Sätze, die dringend benötigtes Vertrauen begründen könnten. Seien Sie so gut, und tun Sie etwas dafür, damit Sie nicht die eingangs aufgeführten Ausreden benutzen müssen, um zu erklären, warum es auch 2015 weniger **Verbraucherberatung** in Schleswig-Holstein geben wird. 85.000 € sind nicht die Welt. Wir PIRATEN werden Ihnen auch dieses Jahr wieder Gelegenheit geben, sich positiv zur Verbraucherberatung zu bekennen.

(Beifall PIRATEN - Zuruf SPD: Dafür brauchen wir euch nicht!)

Denn nur eine unabhängige Verbraucherberatung gibt den Bürgerinnen und Bürgern die nötige Sicherheit, sich in Zeiten komplexer Märkte ordentlich über Produkte und Dienstleistungen zu informieren, um nicht von Abzockern über den Tisch gezogen zu werden.

(Beifall PIRATEN)

Sehr geehrter Herr Minister, ich finde, die Absicherung, die Sie uns gerade versprochen haben, ist blanker Hohn. Wenn Sie so etwas mit einem Bürger machen, dann nennt er das Hartz IV. Davon kann man überleben, aber nicht wirklich gut leben. Gute Beratung kann man davon nicht machen. Überdenken Sie das noch einmal! - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Karsten Jasper das Wort.

**Karsten Jasper [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einer Gemeinsamkeit anfangen, die uns alle eint: Wir alle brauchen die **Verbraucherzentrale**.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Das hat zumindest jeder bekräftigt, der am 20. Februar zu diesem Thema geredet hat. Das waren unter anderem die Kollegin Poersch, der Kollege Meyer, Oliver Kumbartzky, Bernd Voß und der Kollege Uli König, der eben bereits seinen Redebeitrag gehalten hat. Ganz besonders bekräftigt das auch immer unser Staatssekretär Müller-Beck, der

in seiner Abteilung im Wirtschaftsministerium für den Verbraucherschutz zuständig ist.

Das hat er bei seinen Besuchen immer wieder getan, unter anderem 2012 in Heide. Der eine oder andere erinnert sich noch an das Foto: Damals war er mit dem dicken Daumen nach oben abgebildet. Schon damals hat er ein Strategiepapier angekündigt. Das war - noch einmal zur Erinnerung - 2012. Im September 2013 habe ich versucht, über eine Kleine Anfrage festzustellen, wo dieses Papier nun bleibt. Mir wurde geantwortet, die strategischen Überlegungen seien noch nicht abgeschlossen. Ich habe das noch einmal bei einer Debatte hier im Hohen Haus beziehungsweise in einem Antrag im Januar 2014 angemahnt. Staatssekretär Müller-Beck hat am 11. Juni 2014 in einer Wirtschaftsausschusssitzung mitgeteilt - dreimal dürfen Sie raten -: Wir haben immer noch keine endgültigen Ergebnisse.

(Volker Dornquast [CDU]: Das ist ein Ankündigungsministerium! - Olaf Schulze [SPD]: Damit kennen Sie sich ja aus!)

Aber wenigstens ist mitgeteilt worden - das wurde auch hier gesagt -, dass man auf vier Jahre verlässlich die Summe in Höhe von 699.000 € für die Verbraucherzentrale, die noch aus unserer Regierungszeit stammt, nicht gekürzt, sondern bis 2017 zugesichert hat.

Meine Damen und Herren, ich habe ein bisschen den Eindruck, dass Staatssekretär Müller-Beck durch die Lande reist wie ein Teppichhändler und immer wieder Gutachten und Papiere anpreist

(Heiterkeit Sandra Redmann [SPD] und Olaf Schulze [SPD])

- der Kollege bringt mich ganz durcheinander - zu der Verbraucherzentrale.

Wir haben eine Menge Fragen, die sich aus dem Strategiepapier ergeben und beantwortet werden sollten. Die erste Konsequenz, die wir durch diese Mittelfestschreibung hatten, war - das wurde hier bereits genannt -, dass weniger Personal in der Verbraucherzentrale zur Verfügung steht und die Öffnungszeiten ab Februar dieses Jahres verkürzt wurden. Warum ist eigentlich bis jetzt so wenig geschehen? Warum ist das **Gutachten** eigentlich immer noch nicht veröffentlicht? Das Gutachten - das haben wir gerade gehört - liegt vor, aber weder die Verbraucherzentrale noch wir als Landtag noch die Öffentlichkeit haben es bisher gesehen.

Meine Damen und Herren, es wurde vom Minister angesprochen: Die verbraucherpolitischen Sprecher

(Karsten Jasper)

seien regelmäßig informiert worden. Ich persönlich kann mich nur - die Kollegen mögen mich verbessern - an ein einziges Mal erinnern, das war am 27. Mai 2014, wo eine Powerpointpräsentation vorgeführt wurde.

(Zuruf SPD)

Der Kollege Uli König hat es schon gesagt, ich möchte das hier noch einmal zitieren, weil es wichtig ist. Dort war eine Folie dabei, auf der stand: Die Fortschreibung des jetzigen Zustands wird die Existenz der Verbraucherzentralen kosten.

Viele Fragen zur Strategieentwicklung: Wo steht eigentlich die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern? Gibt es Aufgaben, die in anderen Bereichen geleistet werden und vielleicht sinnvoller bei der Verbraucherzentrale angesiedelt wären - mit den nötigen Finanzreserven? Will man weiterhin einen unabhängigen Rat der Verbraucherzentrale? - Dann ist es schwierig mit der Einwerbung von Drittmitteln, weil man dann unter Umständen nicht nur unabhängig beraten kann. Will man weiterhin niederschwellig beraten? Das ist nicht nur eine Frage des Einkommens, sondern das ist auch eine Frage der zu beratenden Menschen. Man muss nicht immer viel Geld haben, aber manchmal fehlt einfach das Verständnis, und dazu gehört auch eine Niederschwelligkeit bei der Beratungsstelle, dass man beraten werden kann. Will man die Beratungsangebote im heutigen Umfang erhalten? Will man eventuell aussteigen? Welcher Umfang soll erhalten bleiben? Gibt es neue lukrative Beratungsfelder? Ich stelle hier noch einmal die Frage: Wann wird dieses Gutachten endlich veröffentlicht?

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU - Uli König [PIRATEN]: Gute Frage!)

Gibt es stichhaltige Gründe, warum dies bis heute noch nicht geschehen ist? Die Antwort auf diese Frage ist gerade für die Mitarbeiter wichtig, damit die endlich Antworten bekommen, wo der Zug hingeht; denn qualifizierte Mitarbeiter, die einmal gekündigt haben, weil sie nicht wissen, wie es weitergeht, neu zu bekommen, wird schwierig werden. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, PIRATEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

**Regina Poersch [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns, dass **Verbraucherschutz** bei uns in Schleswig-Holstein ein Wirtschaftsthema ist, das alle Ressorts betrifft und vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie koordiniert wird. Ich finde, der Bericht des Ministers heute hat gezeigt, dass das Thema dort gut aufgehoben ist. - Herr Minister, herzlichen Dank für Ihren Bericht.

(Beifall SPD, SSW und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **Verbraucherzentrale** nimmt beim Verbraucherschutz eine bedeutende Rolle ein. Das bedeutet aber im Umkehrschluss nicht, dass alle Verantwortung auf ihre Beratungsleistungen abgewälzt werden kann und soll. Wir sehen Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe. Verbraucherinnen und Verbraucher informieren sich heute auf vielfältige Weise, und für die Verbraucherzentralen kann genau das die Beratungsarbeit auch schon einmal komplizierter machen. Nicht nur, aber auch deshalb ist es richtig, die Arbeit der Verbraucherzentrale regelmäßig einer Evaluierung zu unterziehen.

Erst vor gut einem halben Jahr - das ist schon angesprochen worden - haben wir hier im Landtag den Antrag der Koalitionsfraktionen, Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Verbraucherzentrale solide auszugestalten, beschlossen. Wir haben darin unter anderem deutlich gemacht, dass wir bis zum Ende der Legislaturperiode als finanzielles Fundament eine **Basisfinanzierung** von 699.000 € zur Verfügung stellen. Wir haben deutlich gemacht, dass eine Optimierung nötig ist, beispielsweise auch mit veränderten Strukturen, und dass wir es richtig finden, zusätzlich zur Basisfinanzierung **Projektmittel** zur Verfügung zu stellen.

Die **Unabhängigkeit** der Verbraucherzentrale gehört zu ihrem Markenkern. Das ist auch richtig. Sie agiert aber nicht im luftleeren Raum. Herausforderungen wie Verbraucherschutz bei digitalen Angeboten kommen hinzu. Dafür entfallen andere Aufgaben. Über diese Entwicklungen müssen und wollen wir sprechen.

Sie alle werden den Jahresbericht 2013 der Verbraucherzentrale gelesen haben. Aus dem Bericht wird deutlich, dass eine Ausweitung des Beratungsangebots mit der Basisfinanzierung nicht möglich ist.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

**Regina Poersch [SPD]:**

Nein. - Tatsächlich müssen wir das Dilemma der Verbraucherberatung beenden, sich von Projekt zu Projekt zu hangeln. Die aktuelle Mischfinanzierung trägt nämlich nicht dazu bei, die Unabhängigkeit der Verbraucherberatung zu stärken. Lieber Kollege König, Sie haben leider nur einen kleinen Teil aus der Analyse zitiert und etwas Wichtiges weggelassen. Sie haben aus der Analyse zitiert, die schlichte Fortschreibung des jetzigen Zustands werde die VZ ihre Existenz kosten, und das liege weniger an der zunehmenden Projektarbeit, sondern mehr an dem geduldeten Prozess, die abnehmende Finanzierung durch Projekte aufzufangen. Sie haben weggelassen - deswegen möchte ich das jetzt zitieren -: Projekte als solche sind grundsätzlich eher als Potenzial und nicht als Gefährdung für die VZSH einzustufen. Sie sind jedoch unter der jetzigen Bedingung ungeeignet, die institutionelle Finanzierung zu ersetzen. - Das ist ein ganz zentraler Punkt.

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

Im Übrigen ist das uns allen am 2 Juli dieses Jahres vorgestellt worden. Es ist mitnichten so, dass wir einmal im Jahr Ende Mai irgendetwas erfahren haben. Wir haben gemeinsam beim Wirtschaftsministerium gesessen. Da ist auch deutlich geworden, dass wir miteinander klären müssen, was die Kernaufgaben der Verbraucherzentrale sein sollen, für die wir die zugesagte Basisfinanzierung sicherstellen. Die Kernaufgaben müssen gemeinsam verabredet werden, zum Beispiel in einer Ziel- und Leistungsvereinbarung. Basisfinanzierung bedeutet Grundlage und eben nicht Kofinanzierung für Drittmittel-Projekte.

(Uli König [PIRATEN]: Hartz IV!)

Projekte on top sind okay, aber es kann nicht sein, dass hier die Wände wackeln, wenn die Projektlaufzeit eines Projekts zu Ende ist oder ein Kreis seine Schuldnerberatung neu ausschreibt und vergibt.

Laut Jahresbericht 2013 der Verbraucherzentrale hat das Land Schleswig-Holstein über die 762.000 € vom Wirtschaftsministerium hinaus weitere 117.000 € aus dem Bereich des Sozialministeriums zur Verfügung gestellt. Das sind rund

180.000 € mehr als die zugesagte Basisfinanzierung.

(Beifall SPD)

Weitere Einnahmen kommen hinzu: Das ist die Zusammenarbeit mit drei Bundesministerien, das ist der Kreis Segeberg, das sind Kommunen, das sind 530.000 € an Eigeneinnahmen, 47.000 € vom NDR, 15.000 € vom Sparkassen- und Giroverband und 162.000 € von den Krankenkassen. Die Frage der Unabhängigkeit der Verbraucherzentrale in Kombination mit dem Erfordernis, immer wieder neue Mittel auch aus der Wirtschaft zu akquirieren, muss in der Debatte neu beleuchtet werden. Genau das ist der Grund, dass wir uns überlegen müssen, ob sich die Beratung von Verbraucherinnen und Verbrauchern künftig stärker als bisher auf Schwerpunkte konzentrieren muss.

Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass Minister Meyer eine Evaluation der Verbraucherzentrale initiiert hat. Wenn er uns vom 20. August bis zum 11. September noch nicht sein Fazit präsentiert, dann sind das nicht zwei Monate, sondern das ist nicht einmal ein Monat. Insofern finde ich, dass wir die Dinge weiter miteinander besprechen und dann auch eine Basis für unsere politische Schlussfolgerung haben können. Das hat heute auch der mündliche Bericht gezeigt. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Bernd Voß das Wort.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich erst einmal beim Minister für den Bericht, und ich möchte die Opposition wirklich auffordern aufzuhören, irgendwelche Sätze, die man in der Powerpointpräsentation meint entdeckt zu haben, hier zu präsentieren und dann das Bild so zu verdrehen.

(Uli König [PIRATEN]: Mehr haben wir ja nicht!)

Wie wir als Fraktion den Bericht bewerten werden, davon hängt auch ab, ob sich an der finanziellen Unterstützung der **Verbraucherzentrale** durch das Land gegenüber dem vorgelegten Entwurf noch Änderungen ergeben werden. Wir haben uns im

**(Bernd Voß)**

Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, den **Verbraucherschutz** im Land zu stärken. **Verbraucherberatung** ist Aufgabe des Landes. Wir haben dort gesagt, dass wir uns auf Landes- und auf Bundesebene für neue Finanzierungsmöglichkeiten einsetzen werden. Wir haben dort auch gesagt, dass wir die Verbraucherarbeit insgesamt von aktuellen Haushaltslagen unabhängiger machen wollen. Wir wissen auch, dass wir in Zeiten der Haushaltsbremse - in schwarz-gelben Zeiten - die Förderung um 150.000 € gesenkt haben.

Ja, Verbraucherpolitik ist mehr als die Verbraucherzentrale. Dazu gehört auch der Bereich der Lebensmittelüberwachung. Dazu gehört sowohl die finanzielle Ausstattung des Landeslabors als auch die Organisation der Überwachung im Rahmen der Aufgabenteilung zwischen Bund, Land, EU und Kommune. Ich kann das hier nur kurz anreißen. Das ist nicht das eigentliche Thema. Ich möchte aber zumindest auf diese Baustellen hingewiesen haben, damit wir das etwas breiter im Blick haben.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Uli König [PIRATEN]:** Werter Herr Kollege, wenn Sie die Verbraucherzentralen finanziell auf andere Beine stellen wollen, wäre es dann nicht sinnvoll, sie erst einmal auf die anderen Beine zu stellen und nicht vorher das eine oder andere Bein wegzutreten? So interpretiere ich Ihre momentanen Finanzvorschläge.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich finde es mittelmäßig unverschämt, hier zu unterstellen, dass die Landesregierung oder irgendeine Fraktion der Verbraucherzentrale irgendwelche Beine wegtreten will.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir wissen, dass die Finanzsituation der Verbraucherzentrale und insgesamt der Aufbau des Rah-

mens nicht unproblematisch sind. Gehen Sie aber erst einmal davon aus, dass es einen ehrlichen Willen aller Fraktionen gibt.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Uli König [PIRATEN]:** Ich werde mich gern bei Ihnen entschuldigen, wenn Sie mir darlegen, wie Sie die Verbraucherzentralen in Zukunft besser finanzieren, und zwar so, dass sie damit über die Runden kommen. Ich sehe das im Moment nicht. Wenn Sie mir das belegen, werde ich mich ehrlich entschuldigen.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sie haben eben das Stichwort Haushaltsberatungen gehört. Sie haben eben gehört, dass ein Organisationskonzept gemacht wird. Sie haben gehört, dass sehr genau geguckt wird, wie wir gemeinsam - Land und die die Aufgaben übernehmende Verbraucherzentrale - die Aufgaben optimieren. Mit irgendwelchen Hunderttausender- oder Millionenzahlen herumzuschleudern und dann läuft das schon, ist mehr als unredlich. Das werden Sie von uns nicht erleben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Verbraucherzentrale leistet mit ihrer unabhängigen Verbraucherberatung einen unverzichtbaren Bestandteil der Verbraucherarbeit hier im Land. Ich bekräftige, was meine Fraktion in dieser Frage wiederholt zum Ausdruck gebracht hat: Wir setzen uns dafür ein, dass das Angebot der Verbraucherzentrale sowohl in der Kontinuität des hochqualifizierten und motivierten Personals als auch in der fachlichen Breite, in der Themenpalette wie Ernährungsfragen, Patientenberatung, Finanzberatung, Energieberatung, Schuldnerberatung, Vertragswerksfragen, Onlinegeschäfte als auch in der Präsenz der Fläche nicht ausgedünnt wird. Einen wichtigen Hinweis hat der Wirtschaftsminister bereits gemacht. Wir werden sehr genau gucken müssen, ob wir nicht - wie in Nordrhein-Westfalen - klare Regeln machen, dass sich Kommunen, die Standort-

**(Bernd Voß)**

kommunen sind, zu beteiligen haben und das nicht nur ein Goodwill ist.

(Zuruf CDU: Das machen sie heute schon!)

Meine kurze Aufzählung hat schon die Vielfalt deutlich gemacht. Dabei war sie lange nicht abschließend. Die Nachfrage steigt, und es kommen eher neue Themen hinzu, als dass Bereiche rausfallen. Ich gebe aber auch zu: Wir werden immer prüfen müssen, ob bestimmte Bereiche nicht auch eingesammelt werden können.

Flexible Organisationsformen wie die der Verbraucherzentrale haben dabei immer wieder gezeigt, dass sie in der Lage sind, schnell neue Themen und Herausforderungen an die unabhängige Verbraucherberatung aufzunehmen. Das ist in der Verbraucherzentrale erheblich einfacher möglich, als das in irgendeiner öffentlichen Einrichtung im Land unterbringen zu können. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Ansätze im Koalitionsvertrag der Großen Koalition, auf Bundesebene die Stiftung Verbraucherschutz zu stärken, Bereiche wie Marktwächter für Finanzmarkt, digitale Welt aufzunehmen, ins Stocken geraten sind, dass da nichts kommt. Im Bund ist auch nicht in Sicht, dass die rechtliche Grundlage genutzt oder gar ausgeweitet wird, Verursacher stärker an der Verbraucherarbeit zu beteiligen. Der Finanzminister sitzt zum Beispiel auf den Hunderten von Millionen aus Kartellrechtsstrafen. Das wäre ein wichtiger Baustein, um Verbraucherberatung verursacherorientiert zu finanzieren, also mit Mitteln, die aus dem Gesetz gegen Wettbewerbsbehinderung kommen.

Wir haben hier im Land nur einen sehr begrenzten Einfluss auf die Bundesebene. Es hilft also nichts: Wir müssen mit eigenen Mitteln sehen, wie wir die chronische Unterfinanzierung der Verbraucherzentrale einigermaßen in den Griff bekommen. Einige Möglichkeiten zeigt das Gutachten auf - nach dem, was wir bereits wissen. Es bleibt aber noch eine ganze Menge von Fragen unbeantwortet. Aus meiner Sicht, aus der Sicht meiner Fraktion muss ich klarstellen: Für **Verbraucherarbeit** werden die verschiedenen Förderangebote der EU, vom Bund, vom Land und von verschiedenen Institutionen wie Sparkassen wahrgenommen werden müssen, um die Kosten für das Land möglichst im Rahmen zu halten. Es ist dadurch fast zwangsläufig, dass mehrere Finanzierungen auf einzelnen Personalstellen in der Verbraucherzentrale sind und diese sicherstellen. Ich warne ein bisschen davor, eine Trennung zwischen der Förderung und den Projekten zu machen. Wir brauchen die Projektmittel, um die Band-

breite der Arbeit der Verbraucherzentralen im Land sicherzustellen.

Wir sollten auch diese Punkte mit in die Haushaltsberatungen nehmen. Von einer starken, unabhängigen Verbraucherarbeit im Land profitieren fair und transparent agierende Wirtschaftsunternehmen mit nachhaltigen Produkten.

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

Sie ist damit der entscheidende wichtige Baustein für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik im Land und darüber hinaus. Von daher ist es mehr als müßig, infrage zu stellen, dass irgendeiner hier die Verbraucherzentrale nicht stärken will.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über die wirklich herausragende Bedeutung des Verbraucherschutzes und der Verbraucherzentralen haben meine Vorredner schon viel gesagt. Das teile ich uneingeschränkt. Schließlich brauchen Verbraucher Transparenz und Zugang zu Informationen über Dienstleistungen und Produkte, um selbstbestimmt auswählen zu können. Die Beratungs- und Informationsangebote der **Verbraucherzentrale** stärken den mündigen Verbraucher am Markt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbraucherzentrale leisten landesweit wertvolle und hervorragende, unverzichtbare Arbeit. Da sind wir uns auch alle einig, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und Beifall Uli König [PIRATEN])

Wir sind uns ebenso einig - das haben wir eben auch vom Kollegen Voß gehört -, dass wir alle die Verbraucherzentralen stärken wollen. Das ist gut. Wir waren uns auch schon in der Hinsicht in der Landtagsdebatte am 20. Februar einig, als es um das gleiche Thema ging. Es ist natürlich immer einfach, so etwas in Reden zu sagen. Entscheidend ist aber doch: Was macht die Regierung?

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], Wolfgang Dudda [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN] - Rasmus Andresen [BÜNDNIS

(Oliver Kumbartzky)

90/DIE GRÜNEN]: Was hat die letzte getan?)

Da sehe ich eine große Diskrepanz zwischen dem, was die Koalitionsabgeordneten am 20. Februar gesagt haben, und dem, was die Regierung in den letzten Monaten getan hat.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Ich habe rein zufällig ein Beispiel parat. Gerade gestern hat der geschätzte Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Ralf Stegner, in seiner Rede zum Haushalt gesagt, dass die Koalition und die Regierung alles dafür tun, um gute Arbeit in Schleswig-Holstein zu haben: Wir sorgen für gute Arbeit. Wie sieht die Realität am Beispiel der Verbraucherzentralen aus? Da gibt es zahlreiche Kettenverträge, Kettenbefristungen, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sich wirklich von Projekt zu Projekt hangeln. Das ist keine gute Arbeit im Sinne von Dr. Ralf Stegner.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Hinzu kommt der ganze bürokratische Aufwand bei der Projektierung vor Projektbeginn, währenddessen und auch nach den Projekten. Dadurch ist kaum noch Zeit für die eigentliche Tätigkeit. Gerade der bürokratische Aufwand bei den Projekten ist enorm.

Um es auf den Punkt zu bringen: **Verbraucherschutz** ist kein Projekt, Verbraucherschutz ist eine Daueraufgabe.

(Beifall FDP, PIRATEN und vereinzelt CDU)

Herr Voß, Sie haben in der Sitzung am 20. Februar - wie ich finde, zutreffend - gesagt, dass die Finanzierung über Projekte eine Krücke ist. Sie haben das Wort „Krücke“ benutzt. Da passt das sehr gut. Ich frage mich dann aber, warum sich gerade Ihr Parteifreund Dr. Robert Habeck - zufällig zwei Tage vor der Debatte heute - wieder dieser von Ihnen genannten Krücke bedient und ein weiteres Projekt fördert.

Ich will nicht falsch verstanden werden: Natürlich ist das Ansinnen, die Energieberatung zu fördern, sehr wichtig und gut - keine Frage. Trotzdem ist es wieder eine voßsche Krücke, die Minister Habeck nimmt.

(Beifall FDP, PIRATEN und vereinzelt CDU)

Es handelt sich wieder um ein befristetes Projekt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oppositionsarbeit!)

Ich halte Ihrem Parteifreund Minister Dr. Habeck zugute, dass er mit seinem Vorstoß versucht, die Versäumnisse seines Kollegen Reinhard Meyer auszubügeln. Das können Sie ihm gern ausrichten.

Nun zum **Gutachten**. Es ist wirklich bedauerlich, dass das Gutachten immer noch nicht vorliegt. Der Sinn des Antrags war ja eigentlich, dass wir heute über die Ergebnisse des Gutachtens reden, aber leider Fehlannonce. Das halte ich für sehr bedauerlich. Offenbar liegt das Gutachten aber in bestimmten Versionen schon vor; denn es sind daraus ja schon einige Einzelheiten genannt worden, zum Beispiel der Satz, den vorhin der Kollege König zitiert hat. Diesen Satz hätte ich jetzt auch zitiert. Das kann ich mir nun sparen, obwohl gerade diese Aussage sehr erschreckend ist. Deshalb muss insoweit unbedingt etwas getan werden, weil die Verbraucherzentrale andernfalls sehr gefährdet sein würde.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Wir brauchen also wirklich eine Lösung. Bei der Erarbeitung dieser Lösung sollten wir auch nicht verkennen, dass es einen stets **wachsenden Beratungsbedarf** gibt. Auch das ist Fakt. Wir dürfen auch nicht verkennen, dass die Verbraucherzentrale ausschließlich vom Land institutionell gefördert wird. Aus der Wirtschaft - das ist eben schon gesagt worden - darf die Verbraucherzentrale deshalb keine finanziellen Unterstützungsmittel annehmen, da sie ihre Unabhängigkeit wahren muss.

Ich setze also auf die anstehenden **Haushaltsberatungen**, um die Existenz der Verbraucherzentralen zu sichern. Ich hoffe wirklich - das sage ich ganz ehrlich -, dass wir in den Haushaltsberatungen einen fraktionsübergreifenden Konsens hinbekommen werden. Die sehr geschätzte Fraktionsvorsitzende der Grünen, Frau von Kalben, hatte ja auch gestern schon in ihrer Rede zum Haushalt - Sie sehen, ich habe die Haushaltsdebatte sehr aufmerksam verfolgt - einen sehr wichtigen Satz gesagt, den ich hier gern wiedergeben möchte:

„Wir brauchen eine verlässliche und ausreichende Finanzierung der Verbraucherzentralen. Die chronische Unterfinanzierung ist nicht hinnehmbar.“

(Beifall FDP und PIRATEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Diese Auffassung teile ich. Ich gehe deshalb davon aus, dass wir somit per Haushaltsbeschluss das korrigieren können, was die Landesregierung im Haus-

(Oliver Kumbartzky)

halt leider nicht angepriesen hat, nämlich zum Wohle der Verbraucherzentrale, zum Wohle der Verbraucher tätig zu werden. Um es mit den Worten des Herrn Kollegen Dr. Stegner zu sagen: Machen Sie doch alle mit bei diesem gemeinsamen Erfolg. Das macht auch viel mehr Spaß. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch ich bedanke mich für den Bericht. Da hier schon sehr viel auch über die Mannigfaltigkeit der Verbraucherzentrale und über die gute Arbeit, die die Verbraucherzentrale macht, gesagt worden ist, will ich das nicht alles wiederholen und meine Rede entsprechend kürzen.

Es ist auch schon auf die Sitzung im letzten Februar verwiesen worden. Damals haben wir auch schon über die **finanzielle Situation** der **Verbraucherzentrale** geredet. Dabei wurde ganz deutlich, dass deren finanzielle Situation sehr angespannt ist. Wir haben für die Dauer der Wahlperiode eine Zusage gegeben, den Ansatz der institutionellen Förderung über 699.000 € pro Jahr stabil zu halten. Das sollte ein Fundament sein, damit die Verbraucherzentrale Planungs- und Finanzierungssicherheit über mehrere Jahre hat. Zudem haben wir ihr im Jahr 2013 und im Jahr 2014 Erhöhungen von 40.000 € und von 20.000 € gewährt. Aber wir wissen alle, dass dieser Grundsockel bei der bisherigen Struktur - ich sage ausdrücklich „bei der bisherigen Struktur“ - und dem Aufgabenspektrum allein nicht ausreicht. Das ist uns allen bekannt. Wir werden uns aber ohne Weiteres nicht weiter zur Decke strecken können; denn es ist durchaus auch fraglich, ob eine Erhöhung des Grundsockels das Problem langfristig löst.

Aus diesem Grund hat die Landesregierung zusammen mit der Verbraucherzentrale bereits im letzten Jahr die Vereinbarung getroffen, einen **Strategieprozess** in Gang zu bringen. Ziel des gesamten Prozesses ist, gemeinsam nach Wegen der Optimierung zu suchen und diese Wege herauszuarbeiten. Ende Juni ist ein **Gutachten** erstellt worden, das nun auszuwerten ist. Dieser Prozess läuft noch, und es gibt derzeit keine konkreten Beschlüsse vonseiten der Landesregierung. Das Ministerium setzt die Fraktionen regelmäßig über den aktuellen Stand des

Verfahrens in Kenntnis. Ende August wurde auch im Wirtschaftsausschuss zum Strategieprozess berichtet. Dort wurde sehr deutlich, dass der Prozess noch im Fluss ist.

Zu erwarten, dass konkrete Beschlüsse noch vor der Veröffentlichung des Gutachtens vorliegen würden, ist falsch. Das würde bedeuten, man wäre voreingenommen, würde das Gutachten nicht ernst nehmen oder seinen Partner im Prozess nicht gleichberechtigt mitnehmen. So agiert die Landesregierung jedoch nicht. Verantwortungsvoll arbeiten beide Partner an dem Strategieprozess, um die Verbraucherzentrale langfristig und in der Fläche auf solide Beine zu stellen. Ein solcher Prozess braucht Zeit, und er ist manchmal auch schmerzhaft; denn wie immer gibt es verschiedene Sichtweisen, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Man könnte sagen, dass sich das Verfahren in einem sehr sensiblen Stadium befindet.

Wir erwarten, dass Landesregierung und Verbraucherzentrale das Gutachten gemeinsam auswerten und die Strukturen und das Aufgabenspektrum auf Zukunftstauglichkeit analysieren, um die Verbraucherzentrale entsprechend aufzustellen. Hieran müssen beide Seiten arbeiten, und das muss letztlich das Ziel sein.

Nun hat der Kollege Voß die vielen Bereiche erwähnt, die abgedeckt werden. Wir wollen, dass die Verbraucherzentrale weiterhin hervorragende Arbeit leistet und die Verbraucher fachlich kompetent berät. Aber bei diesem Prozess kann auch herauskommen, dass vielleicht bestimmte Bereiche der Verbraucherzentrale eingesammelt werden müssen, was manchmal durchaus schmerzhaft sein kann. Die Verbraucherzentrale muss sich also im Klaren darüber sein, was sie mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln leisten kann. Nur dann wird sie wie bisher in der Fläche Bestand haben. Gerade dieser Aspekt ist für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein sehr wichtig. Hier brauchen wir Verbraucherzentralen, die ihre wertvolle Aufgabe auch in der Fläche sichtbar leisten können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. - Das Wort für die Piratenfraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Herr Minister Meyer, ich danke Ihnen für Ihren Bericht. Es hat mich gefreut, in Ihrem letzten Satz zu hören, dass wir darüber reden könnten, wenn Übergangsmaßnahmen erforderlich sein sollten.

Zum ersten Teil Ihrer Aussage kann ich sagen: Ja, es sind **Übergangsmaßnahmen** erforderlich; denn es trifft zu, dass wir einen Strategieorganisationsentwicklungsprozess durchlaufen und dass der auch seine Zeit brauchen wird. Aber wenn es bei Ihrem Haushaltsentwurf bleibt, dann steht die Verbraucherzentrale vor der Situation, im nächsten Jahr eine Unterdeckung von 85.000 € zu haben, und sie deshalb Personal entlassen, Arbeitszeiten verkürzen und Öffnungszeiten reduzieren muss. Wir wissen aus dem Gutachtenentwurf, dass eine interventionslose Fortschreibung die Verbraucherzentrale mittelfristig sogar die Existenz kosten wird. Was aber ist Ihr Haushaltsentwurf anderes als eine interventionslose Fortschreibung? Das ist doch genau eine Fortsetzung der bisherigen Planung. Und wenn Sie nicht wollen, dass die Existenz der Verbraucherzentrale aufs Spiel gesetzt wird, dann brauchen wir Übergangsmaßnahmen, um zumindest den Status quo zu sichern.

(Beifall PIRATEN und Wolfgang Kubicki [FDP])

Jetzt komme ich zum zweiten Teil Ihrer Aussage, wonach wir darüber reden könnten. Das ist mir zu wenig, Herr Minister. Zunächst können Sie darüber nicht mehr reden; denn der Haushaltsentwurf liegt jetzt in den Händen des Parlaments. Das heißt, nun müssen die regierungstragenden Fraktionen darüber reden. Sie müssen aber nicht nur darüber reden, sondern sie müssen vor allem handeln.

(Beifall PIRATEN)

Wenn Sie das nicht tun, wollen Sie dann, dass vor der nächsten Haushaltsberatung wieder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbraucherzentrale vor dem Landeshaus stehen und gegen Ihre Politik demonstrieren werden? Wollen Sie, dass Anfang des nächsten Jahres wieder eine Kürzungsrunde bei den Öffnungszeiten passiert? Ich glaube, das wünscht hier niemand von uns.

Zu dem Wort meines Kollegen Uli König, dass Sie der Verbraucherzentrale auch ein Stück weit die Beine wegtreten, kann ich nur sagen: Das **Gutachten** stellt fest, dass die Verbraucherzentrale mit einer **real abnehmenden Finanzierung** zu kämpfen

hat. Das heißt, es ist durchaus so, dass die Finanzierung real zurückgeht. Da reicht es eben nicht, Frau Kollegin Poersch, wenn Sie beklagen, dass die Zuschüsse teilweise zur Kofinanzierung von Projektmitteln eingesetzt würden. Wenn die Verbraucherzentrale das nicht tun würde, dann könnte sie noch weniger an Beratung anbieten. Allein die Diagnose reicht also nicht. Wir brauchen auch die Linderung und die Besserung.

Es ist deshalb gut, dass wir einen **Organisationsentwicklungsprozess** haben, der seine Zeit brauchen wird. Aber in der Zwischenzeit muss die Beratung gesichert werden. Es kann nicht sein, dass es mit dem Niedergang so weitergeht.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Deswegen appelliere ich an Sie, im Rahmen der Haushaltsberatungen hier nachzulegen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat jetzt die Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie wichtig der Verbraucherschutz für uns ist, das erlebt man zumindest, wenn man die Versammlungen und Treffen der Verbraucherzentrale einmal besucht. Wenn man die daran teilnehmenden Kollegen hier aus dem Haus dort wahrnimmt und hört, welche vollmundigen Versprechungen dort gemacht werden, wie die Arbeit wertgeschätzt wird, dann muss ich sagen: Ich bin erstaunt, in welchem Widerspruch das zu dem tatsächlichen Handeln steht.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Andresen, regen Sie sich nicht auf. Kommen Sie zu den Veranstaltungen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doppelmoral!)

- Doppelmoral, das sagen genau die Richtigen!

(Beifall FDP und CDU)

Frau Dr. Bohn ist noch im Wahlkampf mit mir gemeinsam in einer Versammlung gewesen und hat sich ganz massiv dafür ausgesprochen, dass der

(Anita Klahn)

**Verbraucherschutz Sicherheit** braucht, dass es keinen Verbraucherschutz nach Kassenlage geben darf et cetera. Sie hat deutlich gemacht: Wenn wir in der Verantwortung sind, dann gibt es mehr Geld. - Was machen Sie heute? Wo ist Ihr Engagement an dieser Stelle? Das vermisste ich ganz schlicht und einfach.

(Beifall FDP und CDU)

Sie machen nichts anderes als verschieben, vertagen und noch einmal reden, obwohl ich wirklich gedacht habe, da kommt jetzt etwas herein. Da kommt etwas auf die Mitarbeiter der Verbraucherzentrale zu. Endlich können die Verträge gestaltet werden. Die Mitarbeiter hängen in der Luft, weil sie nicht wissen, ob ihre Verträge verlängert werden oder nicht. Sie kennen die Zahlen - so hoffe ich jedenfalls - und wissen, wie die Situation ist, wie viele Beratungen eingehen, was an Telefonanfragen kommt und wie das bedient werden kann.

Ich glaube, da kann ich hier für viele sprechen: Der Verbraucherschutz ist wichtig. Die Verbraucherzentrale leistet eine wertvolle Arbeit. Meine Damen und Herren, kommen Sie in die Hufe, und verschieben Sie es nicht länger! Geben Sie an dieser Stelle Geld aus! Verwenden Sie nicht immer nur wohlfeile Worte und tun sich als Gutmenschen auf, und hinterher kommt nichts als heiße Luft.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete Regina Poersch, Sie haben jetzt das Wort für einen Dreiminutenbeitrag.

**Regina Poersch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte uns alle an das wunderbare alte Prinzip erinnern, das da lautet: Von der Aufgabe zur Struktur zur Finanzierung. Wir können uns doch hier nicht hinstellen und Beträge von 85.000, 35.000, 120.000, 100.000, 2 Millionen oder 2,4 Millionen € in den Raum stellen, um zu suggerieren, damit wäre für alle Zeit alles erledigt.

(Beifall SPD und SSW)

Alle Redner der Koalition haben deutlich gemacht, wie vielschichtig Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein ist, wie viele unterschiedliche Ressorts beteiligt sind und ihren Beitrag leisten. Wir haben auch betont, dass die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein dabei eine ganz zentrale Rolle einnimmt. Aber lassen Sie uns doch bitte gemeinsam

besprechen, was die Aufgaben der Verbraucherzentrale in Schleswig-Holstein sowie die Erwartungen und Anforderungen an sie sind. Daraus ergibt sich eine Struktur, und daraus ergibt sich ein Finanzierungsbedarf, und über den sollten wir reden. Da lasse ich auch nichts auf diese Koalition kommen, die sich wirklich allen Ernstes, mit großer Mühe und Intensität mit den vorliegenden Unterlagen auseinandersetzt und das mit Ihnen auch gern weiter tut. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat jetzt der Abgeordnete König das Wort.

**Uli König [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte an der Stelle gern noch einmal auf den Koalitionsvertrag hinweisen. Da steht:

„Unser Ziel ist eine Stärkung des Verbraucherschutzes. ... Wir wollen den steigenden Beratungsbedarfen ... Rechnung tragen.“

Ich sehe das nicht.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP - Beate Raudies [SPD]: Da kann man nichts machen!)

Sie haben vorhin gesagt, Frau Kollegin, wir sollten uns zusammensetzen, uns an einen Tisch setzen und über alles reden. Das können wir sehr gern machen. Aber ich finde es wichtig, dass wir in der Zwischenzeit sicherstellen, dass die Verbraucherzentrale nicht zusammenbricht, dass der **Bestand gewahrt wird**, dass die Leute nicht abwandern und dass sie unter würdigen Bedingungen, zu einem Lohn, von dem sie auch leben können, bei der Verbraucherzentrale arbeiten können. Nichts anderes wollen wir von Ihnen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Sichern Sie den Bestand. Lassen Sie uns zu einem Konsens kommen, gern auch fraktionsübergreifend. Da bin ich gern bereit, auf Sie zuzukommen. Aber passen Sie auf, dass die Verbraucherzentrale uns in der Zwischenzeit nicht auseinanderfällt. Das ist ungefähr so, als wenn wir über ein Gebäude reden, das verrottet. Wir reden und reden, und irgendwann stellen wir fest, dass da leider nichts mehr zu retten ist. Das ist das Bild, das ich gerade im Kopf habe.

(Uli König)

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Ich habe früher immer gedacht, SPD und Grüne wären diejenigen, die sich für den Verbraucherschutz und für den kleinen Mann einsetzten. Wenn ich mir den Koalitionsvertrag durchlese, dann finde ich das darin auch. Das Problem ist nur: Wenn ich Ihre Taten sehe, dann passt das einfach nicht zusammen. Da müssen Sie sich nicht wundern, wenn Leute eine Piratenpartei gründen.

(Beifall PIRATEN, CDU, FDP und Martin Habersaat [SPD])

Das Problem ist doch, dass sich der kleine Mann keine großartige Beratung leisten kann, wenn er sich eine neue Heizung kaufen möchte oder so. Da braucht er eine gute und günstige Beratung von der Verbraucherzentrale. Andere kleine Männer mit mehr Geld können es sich leisten, eine Beratung zu bezahlen. Aber der kleine Mann mit wenig Geld kann das nicht. Für die treten Sie doch immer ein, für die Arbeiter, oder etwa nicht?

(Zurufe)

- Ich gründe dann mit den Kollegen Arp und Kubicki die Kleine-Männerpartei, super!

(Heiterkeit und Beifall)

Aber im Ernst: Ich halte es wirklich für wichtig, dass die Bürger die Möglichkeit haben, sich unabhängig beraten zu lassen, und zwar egal, wie viel Geld sie im Geldbeutel haben. Bitte sichern Sie die Existenz der Verbraucherzentrale. Sorgen Sie dafür, dass es keine Erosion gibt, und dann können wir uns gern an einen Tisch setzen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU)

#### **Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Aus dem Parlament sehe ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen. - Dann hat zum Schluss noch einmal der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer, das Wort.

#### **Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch in dieser Debatte muss man sich schon sehr wundern: Die Piratenpartei als Arbeiterpartei - na ja.

(Beifall SPD und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, mich wundert sehr - das habe ich vorhin im Rahmen einer anderen Debatte

schon gesagt -, dass heute der Tag der Legendenbildung ist. Das gilt auch für die Verbraucherzentrale. Herr Kumbartzky hat davon gesprochen, dass die Wahrheit auf dem Tisch liege. Dann will ich einmal auf die Saison 2010/2011 und auf die Saison 2011/2012 eingehen. Herr Kumbartzky, das müssen Sie ertragen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das war eine ganz andere Großwetterlage!)

Damals, im Mai 2011, hat die Verbraucherzentrale einen Beschluss gefasst. Da ging es um die Schließung der **Beratungsstellen in Norderstedt und in Heide** - diese haben wir heute noch -, weil die Mittel für die Verbraucherzentrale gekürzt wurden. Das ist die Wahrheit. Heute stellen Sie sich hier hin, weinen Krokodilstränen und sagen, wir würden die Verbraucherzentrale in ihrer Zukunft gefährden. Das lasse ich Ihnen - das sage ich ganz klar - nicht durchgehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Jasper, was soll mein Staatssekretär denn noch alles an **Terminen** anbieten, wenn die Termine von der Opposition, insbesondere von CDU und FDP, nicht wahrgenommen werden, auf denen wir darüber informieren, wie der Gutachtenstand ist und welche Empfehlungen wir geben? So gab es zum Beispiel am 2. Juli 2014 einen entsprechenden Termin; das wurde schon zitiert. Die PIRATEN waren dabei und haben - genauso wie andere von den Regierungsfractionen - aus den entsprechenden Informationen zitiert.

#### **Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Kubicki?

#### **Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Ja.

#### **Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön!

**Wolfgang Kubicki** [FDP]: Herr Minister, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie immer wieder darauf hinweisen, dass in den Jahren 2010/2011 gekürzt worden ist. Wir stehen dazu, dass wir gekürzt haben, in anderen Bereichen übrigens auch, und zwar deshalb, weil wir ein strukturelles Defizit von 1,7 Mil-

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

liarden € vorgefunden haben, an dem wir nicht mitgewirkt haben. Das ist überwiegend von sozialdemokratischen Finanzministern aufgehäuft worden. Deshalb noch einmal: Es hilft uns nicht weiter, wenn Sie dauernd darauf hinweisen, was 2010 und 2011 war. Sie sind angetreten, das alles besser zu machen, und wir stellen fest, dass das nicht der Fall ist.

(Beifall FDP und CDU)

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

- Herr Kubicki, um Ihre Frage zu beantworten - ich habe Mühe zu erkennen, dass es eine Frage war - -

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Anmerkungen sind auch erlaubt, Herr Minister.

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Ich stelle nicht die Bemühungen um den Landeshaushalt infrage. Ich habe lediglich auf das reagiert - was Sie gesagt haben, war korrekt -, was in der Debatte von Teilen der CDU- und FDP-Abgeordneten gesagt wurde, die uns vorgeworfen haben, wir würden die Verbraucherzentrale „kaputtsparen“, obwohl die entsprechenden Sparmaßnahmen in der vorherigen Legislaturperiode vorgenommen worden sind.

(Anita Klahn [FDP]: Sie halten Ihr Wahlversprechen nicht ein! - Weitere Zurufe)

Das ist widersprüchlich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ich kann auch nicht akzeptieren, dass man uns in dieser Situation, die für die Verbraucherzentrale nicht einfach ist, die wir gemeinsam lösen wollen, vorwirft, dass wir ein Gutachten anfertigen lassen, um gemeinsam zu schauen, wie wir eine Lösung hinbekommen. Wir brauchen externen Sachverstand, um die Situation beurteilen zu können. Sie werfen uns vor, dass wir das gemeinsam mit allen Beteiligten diskutieren wollen? - Das ist doch wirklich ein Witz!

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Jasper?

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Ja, bitte schön.

**Karsten Jasper [CDU]:** Herr Minister, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass auch ich aus der Powerpointpräsentation zitiert habe und die Sitzung am 27. Mai 2014 in der Verbraucherzentrale in Kiel stattgefunden hat, an der die verbraucherpolitischen Sprecher teilgenommen haben, auch ich als CDU-Vertreter? Weitere Einladungen habe ich nicht bekommen. - Herzlichen Dank.

(Anita Klahn [FDP]: Das stimmt auch für die FDP!)

- Das werden wir klären, weil für den 2. Juli eine Einladung an alle ergangen ist.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das ist ja interessant! - Weitere Zurufe)

Ich habe mich darauf bezogen, Herr Jasper.

(Regina Poersch [SPD]: 2. Juli!)

- 2. Juli dieses Jahres, Herr Jasper.

Zum **Gutachten** habe ich schon einiges gesagt.

Ich kann nur appellieren, dass wir **Verbraucherschutz** nicht mit **Verbraucherzentrale** gleichsetzen. Das ist das Entscheidende, das in der Koalitionsvereinbarung formuliert worden ist. Die Verbraucherzentrale - das habe ich eingangs gesagt - kann nicht alle Aufgaben des Verbraucherschutzes leisten. Deswegen wollen wir ja gemeinsam mit der Verbraucherzentrale definieren, was die Aufgaben sind. Wir brauchen auch - das sage ich ausdrücklich - ein gesundes Maß an institutioneller Förderung und Projektförderung. Das ist bei den Verbraucherzentralen in allen Bundesländern so. Das müssen wir organisatorisch gemeinsam aufstellen. Das ist unser Ziel.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 18/2204 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Anträge wurden nicht gestellt. Der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

(Unruhe)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

**Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April 2014 bis 31. Juni 2014**

Bericht des Petitionsausschusses  
Drucksache 18/2177

Ich erteile dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Abgeordneten Uli König, das Wort.

**Uli König [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen heute als Vorsitzende des Petitionsausschusses den Tätigkeitsbericht dieses Ausschusses für das zweite Quartal 2014 vorzustellen.

Der Petitionsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags hat im Berichtszeitraum 127 neue Petitionen erhalten und ein Selbstbefassungsverfahren eingeleitet. In drei Sitzungen hat sich der Ausschuss mit diesen und den aus den vorherigen Quartalen noch anhängigen Verfahren befasst. Im Berichtszeitraum sind 70 Petitionen abschließend behandelt worden, davon drei Gegenvorstellungen in bereits abschließend beratenen Verfahren.

(Anhaltende Unruhe)

- Hören Sie mich? Es ist so laut. - Von den 70 Petitionen, die der Petitionsausschuss abschließend behandelt hat, erledigte er sechs Petitionen im Sinne und 29 teilweise im Sinne der Petentinnen und Petenten. 35 Petitionen konnte nicht zum Erfolg verholfen werden.

Der Petitionsausschuss hat nicht immer die Möglichkeit, Petenten direkt zu helfen, jedoch kann er manchmal in zukünftigen Fällen Abhilfe schaffen. Ein Petent hat beanstandet, dass es einer Bekannten durch den Wahlvorstand verwehrt worden sei, am Nachmittag der Bundestagswahl ihre Stimme zur Bundestagswahl mittels Briefwahl eine Stunde vor Schließung der Wahllokale abzugeben. Die Gemeindewahlbehörde des Amtes Mittleres Nordfriesland hat die Petition zum Anlass genommen, die Wahlvorstände des Amtes im Rahmen der Schulung für die folgende Europawahl ausdrücklich auf die Rechtslage hinzuweisen.

Der Petitionsausschuss merkte an, dass aufgrund der Verwaltungsstruktur der Wohnortgemeinde des Petenten kein gemeinsamer Briefwahlvorstand der Verwaltungsgemeinschaft gebildet werden könne. Er schlug vor, dass in diesem Fall die gleiche Regelung wie bei Ämtern anzuwenden sei. Auch regte er an, die in der Petition dargelegte Problematik in den

Informationen zur Berücksichtigung der Wahlhelfer zur Verfügung zu stellen.

(Anhaltende Unruhe)

- Es würde helfen, wenn Sie nicht so laut reden würden. - Danke.

Manche Petitionen greifen Thematiken auf, die bereits Gegenstand von Gesetzesnovellen sind. In diesem Fall hat ein Petent begehrt, Fachhochschulen das Recht einzuräumen, Promotionsordnungen zu verabschieden und somit Promotionen zu verleihen. Ihm konnte mitgeteilt werden, dass beabsichtigt sei, im Rahmen der vorgesehenen Novellierung des schleswig-holsteinischen Hochschulgesetzes den schleswig-holsteinischen Fachhochschulen in bestimmten Fällen das Promotionsrecht zu verleihen.

Regelmäßig finden Themen über ein Petitionsverfahren Eingang in den parlamentarischen Raum. In einer Petition hat sich der Petent für eine Förderung des Anbaus und des Vertriebs von Heilhanf und Arzneihanf über Apotheken aufgrund ärztlicher Verschreibung und entsprechender Forschungsprojekte eingesetzt. Diesen Wünschen konnten wir zwar aus verschiedenen Gründen nicht nachkommen, jedoch hat das zuständige Sozialministerium in einer Stellungnahme problematisiert, dass ein Arzt gegebenenfalls das Mittel Dronabinol und teilweise den hergestellten Wirkstoff aus Gruppen der Cannabinoide, der natürlicherweise in Hanf vorkommt, verschreiben kann.

Patienten haben aber in der Praxis häufig das Problem, dass die Kassen weder die Kosten für Medizinhanf noch für Dronabinolrezepturen übernehmen. Eine Verschreibung von Dronabinolpräparaten erfolgt nur bei schwierigen Erkrankungen mit entsprechender Symptomatik. Bei nicht erfolgter Kostenübernahme durch Krankenkassen kommt es aufseiten der Patienten zu erheblichen finanziellen Belastungen. Da leidenden Patienten nach Ansicht des Petitionsausschusses ein langer Klageweg nicht zumutbar ist, hat er diese Problematik an die Fraktionen und den SSW herangetragen, um Gelegenheit zu geben, politische und gesetzgeberische Initiativen zu prüfen.

Der Ausschuss bittet den Landtag, der Bericht zur Kenntnis zu nehmen und der Erledigung der Petitionen zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Sie haben den Bericht gehört. Wenn Sie den Bericht Drucksache 18/2177 zur Kenntnis nehmen

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

und die Erledigung der Petitionen bestätigen wollen, bitte ich Sie um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Ich rufe noch Tagesordnungspunkt 19 auf:

**Landesweit einheitliche Standards für Entwicklungsberichte von Kompetenzen in Grundschulen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/2212

**Zeugnisnoten in Kombination mit Lernentwicklungsberichten sind eine bereichernde Chance für alle**

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP  
Drucksache 18/2257 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Die Anträge sollen überwiesen werden, wenn alle zustimmen. Wer für die Überweisung an den Bildungsausschuss ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist sozusagen eine Punktlandung: Es ist 18 Uhr. Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend und gute Gespräche. Wir werden die Tagung morgen um 10 Uhr fortsetzen.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:59 Uhr**